

**Finanzausschuss**  
**Wortprotokoll**  
14. Sitzung

Berlin, den 17.05.2010, 12:00 Uhr  
Sitzungsort: Berlin, Plenarbereich Reichstagsgebäude,  
Sitzungssaal der SPD-Fraktion, 3 S 001

**Vorsitz: Dr. Volker Wissing, MdB**  
**Klaus-Peter Flosbach, MdB**

**Ö F F E N T L I C H E   A N H Ö R U N G**

Antrag der Abgeordneten Dr. Axel Troost, Dr. Barbara Höll, Eva Bulling-Schröter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Finanztransaktionssteuer international vorantreiben und national einführen

**BT-Drucksache 17/518**

Antrag der Abgeordneten Dr. Carsten Sieling, Nicolette Kressl, Joachim Poß, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Die Lasten der Krise gerecht verteilen, Spekulation eindämmen - Internationale Finanztransaktionssteuer einführen

**BT-Drucksache 17/527**

Antrag der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Dr. Barbara Höll, Dr. Axel Troost, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Die Banken sollen für die Krise zahlen

**BT-Drucksache 17/471**

Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Schick, Lisa Paus, Dr. Thomas Gambke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Finanzumsatzsteuer auf EU-Ebene einführen

**BT-Drucksache 17/1422**

Unterrichtung durch das Bundesministerium der Finanzen

Eckpunkte für die Finanzmarktregulierung

**Ausschussdrucksache 17(7)46**

Beginn: 12.02 Uhr

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen, damit wir, wie geplant, mit der heutigen Sitzung beginnen können. Ich begrüße Sie herzlich zur 14. Sitzung des Finanzausschusses, zur heutigen öffentlichen Anhörung. Ich bedanke mich bei allen, die jetzt ihre Gespräche einstellen und den einleitenden Ausführungen des Vorsitzenden folgen.

Ich begrüße die Experten, die dem Finanzausschuss heute ihren Sachverstand zur Verfügung stellen. Wir beraten über den Antrag der Fraktion der SPD mit dem Titel „Die Lasten der Krise gerecht verteilen, Spekulation eindämmen – Internationale Finanztransaktionssteuer einführen“ auf BT-Drucksache 17/527, über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit dem Titel „Finanztransaktionssteuer international vorantreiben und national einführen“ auf BT- Drucksache 17/518, über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Die Banken sollen für die Krise zahlen“ auf BT-Drucksache 17/471, über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN mit dem Titel „Finanzumsatzsteuer auf EU-Ebene einführen“ auf BT-Drucksache 17/1422 sowie über die Unterrichtung durch das Bundesministerium der Finanzen mit den Eckpunkten für die Finanzmarktregulierung auf Ausschussdrucksache 17(7)46. Dafür danke ich Ihnen herzlich.

Soweit Sachverständige davon Gebrauch gemacht haben, dem Finanzausschuss vorab ihre schriftlichen Stellungnahmen zur Verfügung zu stellen, sind diese an alle Mitglieder des Ausschusses sowie an die mitberatenden Ausschüsse – das sind der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie der Haushaltsausschuss – verteilt worden. Die Stellungnahmen finden sich auch im Internetauftritt des Finanzausschusses und werden Bestandteil des Protokolls zur heutigen Anhörung.

Ich begrüße die Kolleginnen und Kollegen des Finanzausschusses sowie die Kolleginnen und Kollegen mitberatenden Ausschüsse, die wir heute mit zur Anhörung eingeladen haben. Für die Bundesregierung darf ich an meiner Seite Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Koschyk sowie die Fachbeamten des Bundesministeriums der Finanzen begrüßen. Ich begrüße auch die anwesenden Vertreter der Länder und die Vertreter von Bild-, Ton- und Printmedien, die heute hier anwesend sind. Außerdem begrüße ich die erschienenen Gäste zu dieser öffentlichen Anhörung.

Zum Thema der Anhörung: Mit dem Antrag auf BT-Drucksache 17/527 fordert die Fraktion der SPD die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf EU- bzw. auf internationaler Ebene und für den Fall, dass sich dies nicht verwirklichen lassen sollte, die Einführung einer nationalen Börsenumsatzsteuer. Die Fraktion DIE LINKE. fordert mit ihrem Antrag auf BT-Drucksache 17/518 ebenfalls die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf internationaler bzw. nationaler Ebene. Mit ihrem Antrag auf BT-Drucksache 17/471 fordert die Fraktion DIE LINKE. darüber hinaus die Einführung einer „Finanzkrisen- Verantwortungsgebühr“. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert in ihrem Antrag auf BT-Drucksache 17/1422 ebenfalls die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer bzw. internationaler Ebene. In den „Eckpunkten für die Finanzmarktregulierung“ legt die Bundesregierung dar, dass sie unter anderem aufsichtsrechtliche Instrumente und Verfahren zur Restrukturierung systemrelevanter Banken sowie ein an das Insolvenzplanverfahren angelehntes Reorganisationsverfahren für systemrelevante Banken einführen will. Darüber hinaus will die Bundesregierung eine risikoadjustierte Bankenabgabe zur Errichtung eines Stabilitäts-Fonds zur Finanzierung künftiger Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen erheben.

Zum Ablauf der heutigen Anhörung: Als erstes möchte ich darauf hinweisen, dass uns die Sachverständigen Herr Staatssekretär Andreas Schieder aus dem Bundesministerium der Finanzen der Republik Österreich und Frau Prof. Dr. Beatrice Weder di Mauro, Mitglied im Sachverständigenrat, aus Amerika per Videokonferenz zugeschaltet sind. Die Abgeordneten, die Fragen an diese beiden Sachverständigen stellen wollen, werden gebeten, dazu die im Saal aufgestellten Standmikrofone zu benutzen, also nicht vom Sitzplatz, sondern bitte ausschließlich von den Standmikrofonen aus zu fragen, da nur diese Mikrofone mit der Ton- und Bildübertragung gekoppelt sind.

Darüber hinaus nimmt Herr Sony Kapoor von der New Economics Foundation aus London an unserer Anhörung teil. Da Herr Kapoor kein deutsch spricht, war es notwendig, hier im Sitzungssaal Dolmetscherkabinen zu installieren. Für die Bereitschaft der Fraktion der SPD, diese Umbauarbeiten ebenso wie die Installation der Technik für die Videokonferenz zuzulassen, danke ich herzlich. Ich bedanke mich auch bei den Mitarbeitern der Technik und des Finanzausschussessekretariats für die Vorbereitung der Anhörung, die mit enormem Zeitaufwand verbunden war. Um diese Anhörung erfolgreich durchführen zu können, ist von allen Beteiligten ein hohes Maß an Konzentration erforderlich, worum ich jetzt schon bitte.

Wir haben einen Zeitraum von vier Stunden vereinbart, d. h. bis 16.00 Uhr. Nach dem bewährten Verfahren sind höchstens zwei Fragen an einen Sachverständigen oder eine Frage an zwei Sachverständige zu stellen. Ich habe an die fragestellenden Kolleginnen und Kollegen die Bitte, zu Beginn Ihrer Frage jeweils den oder die Sachverständigen zu

nennen, an den oder die sich Ihre Frage richtet. Die Fraktionen werden gebeten, ihre Fragesteller – auch die aus den mitberatenden Ausschüssen – im Vorhinein bei dem Vorsitzenden hier vorne anzumelden.

Zu der Anhörung wird ein Wortprotokoll gefertigt. Zu diesem Zweck wird die Anhörung mitgeschnitten. Zur Erleichterung derjenigen, die unter Zuhilfenahme des Mitschnitts das Protokoll erstellen, werden die Sachverständigen vor jeder Abgabe einer Stellungnahme vom Vorsitzenden namentlich aufgerufen. Ich bitte, die Mikrofone zu benutzen und sie am Ende der Redebeiträge wieder auszuschalten, damit es nicht zu einer Störung der Tonanlage kommt. Ich komme damit zur ersten Fragerunde. Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Leo Dautzenberg, dem finanzpolitischen Sprecher der Fraktion der CDU/CSU.

**Leo Dautzenberg** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte meine Frage an Herrn Prof. Kaserer und an den Vertreter der Deutschen Bundesbank richten. Die Finanztransaktionssteuer, die Financial Activity Tax und die Bankenabgabe sind drei diskutierte Instrumente für eine Beteiligung des Bankensektors an der Finanzkrise. Könnten Sie bitte kurz darlegen, welche Form Ihres Erachtens das richtige Instrument darstellt und wie ein solches Instrument eingeführt werden könnte – Sowohl national, als auch europäisch und international –. Besonderen Wert lege ich auch auf die Begrifflichkeit, weil Begriffe teilweise die Frage selbst überlagern, und auf die erzielbaren Volumina.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Herr Prof. Kaserer, Sie haben das Wort.

**Sv Prof. Dr. Kaserer:** Herr Vorsitzender, besten Dank. Das ist jetzt natürlich eine sehr umfassende Frage. Ich versuche, mich dennoch kurz zu halten. Beginnen wir vielleicht zunächst mit der Finanztransaktionssteuer, weil das etwas ist, was heute im Mittelpunkt steht. Wie man meiner schriftlichen Stellungnahme entnehmen kann, bin ich per Saldo ein Gegner dieser Finanztransaktionssteuer, selbst wenn man nicht bestreiten kann, dass es natürlich auch Argumente für diese Steuer gibt. Aber, ich glaube, entscheidend sind zwei Aspekte: Wir dürfen zum einen nicht vergessen, dass wir mit einer Besteuerung von Finanztransaktionen die Preisfindungseffizienz der Märkte verschlechtern oder reduzieren. Es gibt auch empirische Belege dafür, dass mit einer solchen Besteuerung von Umsätzen die Transaktionskosten steigen und die Preisfindungseffizienz entsprechend leidet. Wichtig, in diesem Zusammenhang, aus meiner Sicht sogar extrem wichtig, ist die Tatsache, dass man Ausweichaktivitäten nicht unter Kontrolle kriegen kann, schon gar nicht auf globalisierten Finanzmärkten. Ich erinnere nur für diejenigen, die sich mal mit der Stempelsteuer in der Schweiz beschäftigt haben, daran, dass die Regelungen zu dieser Steuer löchriger sind als jeder Schweizer Käse. Es gibt eine ganze Liste von Ausnahmen. Dasselbe gilt übrigens für die Stamp Duty in Großbritannien, wo man sieht, dass die Durchsetzbarkeit einer solchen Steuer

extrem schwierig ist. Das alles hat dann letztlich Auswirkungen auf die Realwirtschaft in Form von höheren Kapitalkosten für die Unternehmen. Das sollte man auch nicht vergessen.

Über die Bankenabgabe möchte ich nur ganz kurz sagen, dass das sicherlich ein Instrument ist, über das man nachdenken kann. In jedem Fall ist die Durchsetzbarkeit oder die Umsetzbarkeit wesentlich leichter. Ausweichaktivitäten sind auch entsprechend schwieriger. Allerdings möchte ich auch dazu sagen: Wenn man eine Bankenabgabe macht, darf man das nicht als Steuer konzipieren, sondern muss es im Prinzip wie eine Versicherungslösung konzipieren, insbesondere natürlich für diejenigen Institute, die dann auch von der faktischen Staatshaftung profitieren, also letztlich für die systemrelevanten Banken. Und man darf natürlich auch nicht vergessen, dass es da gewisse ökonomische Probleme gibt – moral hazard ist hier ein Stichwort –, über die man dann nachdenken muss.

Vielleicht als Letztes, weil auch dieses Stichwort gefallen ist: Financial Activity Tax. Davon halte ich, ehrlich gesagt, auch nichts, und zwar deswegen, weil hier wiederum Lenkungswirkungen erzeugt werden, die eigentlich nicht gewünscht sind. Auch da hat man das Problem von Ausweichaktivitäten, die auf internationaler Ebene stattfinden werden. Auch da bin ich der Meinung, dass die Durchsetzbarkeit oder die Umsetzbarkeit extrem schwierig ist. Danke schön.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Wir danken Ihnen. Für die Deutsche Bundesbank: Herr Dr. Liebig.

**Sv Dr. Liebig (Deutsche Bundesbank):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte mich zunächst zur Finanztransaktionssteuer äußern. Zur Beantwortung der Frage, ob die Finanztransaktionssteuer sinnvoll ist oder nicht, möchte ich kurz auf die Ziele eingehen, die mit der Finanztransaktionssteuer verfolgt werden, und eine Einschätzung abgeben, inwieweit diese Ziele erfüllt werden. Mit einer Finanztransaktionssteuer können zwei Ziele verfolgt werden: Zum ersten eine Lenkungsfunktion, d. h. die Eindämmung von systemischen Risiken und die Reduzierung von spekulativen bzw. riskanten Geschäften. Und zweitens die fiskalische Komponente, also die Beteiligung der Finanzwirtschaft an den Kosten der aktuellen Krise bzw. die Vorsorge zur Bewältigung künftiger Krisen. Beide Ziele sind legitim. Die Ausgestaltung von Steuern und Abgaben sollte immer am Ziel der Finanzstabilität orientiert sein. Ich möchte zunächst auf die Lenkungsfunktion eingehen: Die Finanztransaktionssteuer ist grundsätzlich geeignet, Finanztransaktionen zu verteuern und letztlich zu reduzieren. Damit dürften sich auch spekulative Handelsstrategien von Marktteilnehmern verteuern und somit tendenziell weniger attraktiv werden. Dies gilt insbesondere für Positionen, die häufig verändert werden und damit mehrfach besteuert werden. Die Besteuerung aller Transaktionen stellt eine sehr breite Bemessungsgrundlage dar und würde nicht nur spekulatives, und damit tendenziell besonders risikoreiches Verhalten belasten, sondern auch Investitionen in Sachkapital sowie Transaktionen mit realwirtschaftlichem

Hintergrund. So würden also viele Transaktionen verteuert, die eigentlich nicht getroffen werden sollten, wie traditionelle Anlageformen von privaten Haushalten und Unternehmen. Betroffen wären auch Versicherungsunternehmen und Investmentfonds sowie Banken, die Absicherungsgeschäfte im Rahmen ihres normalen Geschäftsbetriebes betreiben. Ein Beispiel wäre die Absicherung von Zinsänderungsrisiken. Die Finanztransaktionssteuer ist daher nicht zielgenau. Im Allgemeinen: Die Finanztransaktionssteuer führt – wie bereits erwähnt wurde – zu weniger Transaktionen und vermindert damit die Marktliquidität. Des Weiteren deuten empirische Untersuchungen darauf hin, dass höhere Transaktionskosten und die niedrigere Marktliquidität zu volatileren Finanzmärkten führen können, was nicht zuletzt aus dem Blickwinkel der Finanzstabilität nicht wünschenswert ist. Unabhängig von der Zielsetzung einer solchen Steuer ist die Wirksamkeit jedoch davon abhängig, dass Ausweichreaktionen der Marktteilnehmer verhindert werden. Daher sollte eine Finanztransaktionssteuer nur international abgestimmt, zumindest aber auf den wichtigsten Finanzplätzen eingeführt werden. Falls eine globale Umsetzung nicht gelingt, ist von der Verlagerung von Geschäftstransaktionen und allen damit verbundenen Wettbewerbsnachteilen für den deutschen Finanzplatz auszugehen.

Als nächstes möchte ich noch auf die fiskalische Komponente eingehen: Das Ziel, den Finanzsektor an den fiskalischen Kosten der Krise zu beteiligen, ist legitim. Neben der Finanztransaktionssteuer sind aktuell verschiedene Alternativen in der Diskussion. Es wurde die Finanzstabilitätsabgabe erwähnt, die vom IWF vorgeschlagen wurde. Die verschiedenen Vorschläge unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Bemessungsgrundlage, also hinsichtlich der Frage, ob beispielsweise das Volumen der Finanztransaktionen oder eine Größe, die auf das systemische Risiko abstellt, die Bemessungsgrundlage darstellt. Das Aufkommen kann prinzipiell jeweils entweder in den allgemeinen Haushalt oder in einen zweckgebundenen Fonds fließen.

Ich möchte noch eine abschließende Bemerkung machen: Mit Blick auf das gesamte Reformpaket für die Finanzmarktregulierung verdienen aus Sicht der Bundesbank vor allem die Vorschläge Priorität, die dazu beitragen, die Finanzstabilität zu erhöhen und das Finanzsystem krisenresistenter zu machen. Das kann grundsätzlich besser über Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen erreicht werden als über Abgaben- oder Steuerlösungen. Für die Stabilität des Finanzsystems ist es vorteilhaft, vordringlich die Eigenkapitalbasis der Finanzinstitute zu stärken, die als Puffer im Falle von Verlusten zur Verfügung stehen. Aber es soll nicht in Abrede gestellt werden, dass eine Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten von Finanzkrisen politisch legitim ist. Die Ausgestaltung von Steuern und Abgaben sollte sich aber im Detail immer am Ziel der Finanzstabilität orientieren. Herr Walch würde gerne noch etwas zur Bankenabgabe sagen.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Bitte, Herr Walch.

**Sv Walch (Deutsche Bundesbank):** Ich würde gern sagen, dass die Überlegungen zur Erhebung einer risikoadjustierten Bankenabgabe nach unserem Kenntnisstand derzeit hinsichtlich der möglichen Ausgestaltung noch nicht so hinreichend konkretisiert sind, als dass man da ein abschließendes Urteil fällen könnte. Es gibt immerhin Fragen bezüglich der Abgrenzung einer beitragsrelevanten Bemessungsgrundlage, hinsichtlich der Höhe des Abgabesatzes, hinsichtlich des potenziellen Adressatenkreises der Abgabe sowie hinsichtlich der daraus abzuleitenden Frage der Tragfähigkeit aus der Ertragssituation der zur Bankenabgabe heranzuziehenden Institute. Insgesamt, je nach Ausgestaltung dieser Parameter, könnte aber nach unserer Ansicht eine solche Abgabe noch in Einklang mit dem Ziel der Finanzstabilität gebracht werden, wenn auch der Weg über strengere Kapitalanforderungen, so wie es Herr Liebig auch schon gesagt hat, vorzuziehen ist. Wir vermögen insofern nicht abzuschätzen, welche rechtlichen oder abgabenrechtlichen Probleme damit verbunden wären, und können auch im Moment nicht Stellung nehmen, ob eine, wie für Deutschland vorgesehene Bankenabgabe international konsensfähig sein kann. Grundsätzlich möchten wir jedoch anmerken, dass eine Bankenabgabe immer am erwirtschafteten Ertrag einer Bank gemessen werden muss, um Solvenz, Kapitalpuffer und Risikotragfähigkeit einer Bank nicht übermäßig zu belasten. Eine vom Ertrag unabhängige, nicht am Ertrag begrenzte Abgabe, die eine Substanzabgabe wäre, könnte sich aus unserer Sicht eher krisenverschärfend als stabilisierend auswirken.

Hinsichtlich der Ausgestaltung gibt es, denken wir, verschiedene Punkte, auf die ich noch eingehen möchte. Die Bemessung einer Bankenabgabe an der Summe der Passiva abzüglich des Eigenkapitals sowie abzüglich der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden wegen deren grundsätzlicher Berücksichtigung im Rahmen der Einlagensicherung erscheint als insgesamt sachgerechter, sehr einfacher Maßstab. Sachgerecht wäre auch, offene Vorsorgereserven der Banken gemäß § 340 HGB, die bankaufsichtliches Kernkapital darstellen, von der Bemessungsgrundlage abzuziehen. Umgekehrt scheint es sachgerecht, Risiken aus bilanzunwirksamen Geschäften zu berücksichtigen. Eine entsprechende Erweiterung der Bemessungsgrundlage würde Institute mit einem vergleichsweise geringen Derivategeschäft nicht zusätzlich belasten. Soweit Abzugspositionen von der Bemessungsgrundlage vorgesehen werden, würden wir uns dafür aussprechen, auch Pfandbriefe im Sinne des Pfandbriefgesetzes als traditionelles und bewährtes Finanzierungsinstrument von der Bemessung auszunehmen. Es ist durch den Begriff ‚Bankenabgabe‘ vordefiniert, dass Kreditinstitute Adressaten der Abgabe sein sollen. Wir halten einen solchen Bezug auf alle Kreditinstitute gemäß § 1 Abs. 1 KWG für sachbezogen. Insgesamt fraglich sind für uns natürlich die Interdependenzen einer solchen Bankenabgabe mit weiteren, möglichen Belastungswirkungen, die die Ertragslage der Kreditinstitute kumuliert betreffen, wenn weitere Lasten aus dem Ertrag als Folge etwa der Finanzkrise, möglicher Veränderungen bei den Anforderungen aus der gesetzlichen Einlegerentschädigung oder sonstiger Stützungslasten oder auch weiterer regulatorischer Eigenmittelanforderungen auftreten würden, denen aus unserer Sicht in aufsichtsrechtlicher Hinsicht der Vorzug zu geben wäre. Auch zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang das gesamtwirtschaftliche Interesse an der Vermeidung angebotsseitiger Kreditrestriktionen. Eine Doppelbelastung bestimmter Institute im Rahmen einer einheitlichen Bankenabgabe und einer spezifischen Finanzkrisenverantwortungsgebühr ist abzulehnen.



**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Wir danken Ihnen, Herr Walch. Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort Herrn Kollegen Dr. Sieling.

**Dr. Carsten Sieling (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte meine Frage an Frau Dr. Schratzenstaller und an den Deutschen Sparkassen- und Giroverband adressieren. Die Zahl derer, die sich in Deutschland für eine Beteiligung des Finanzsektors und auch für die Einschränkung der Spekulationen aussprechen, steigt von Tag zu Tag, manchmal hat man den Eindruck von Stunde zu Stunde, und das ist sicherlich auch gut so. Ich möchte vor dem Hintergrund gerne zu den drei, in der Diskussion befindlichen Instrumenten – Finanztransaktionssteuer, Financial Activity Tax und Bankenabgabe – von Ihnen – quasi im Vergleich – eine Beurteilung hören, sowohl im Hinblick auf die zu erwartenden Regulierungseffekte der jeweiligen Instrumente, als auch im Hinblick auf das Aufkommen und natürlich auch auf die möglichen Auswirkungen u. a. auf die Eigenkapitalbasis der Banken und damit natürlich auf ihre Kreditvergabemöglichkeiten. Das ist ja das Element der Zielgenauigkeit. Zu diesen drei Aspekten und den drei Instrumenten, die in der Debatte sind, hätte ich gern Ihre Einschätzung; und natürlich auch gerne die Benennung Ihres Favoriten.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Besten Dank, Herr Dr. Sieling. Zunächst zur Beantwortung für das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung: Frau Dr. Schratzenstaller-Altzinger.

**Sve Dr. Schratzenstaller-Altzinger (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (Wien)):** Ich darf mich zunächst sehr herzlich für die Einladung zu dieser Anhörung bedanken. Sie wissen, dass das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung schon vor einiger Zeit, nämlich schon vor dem akuten Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise, eine Studie zur Finanztransaktionssteuer erstellt hat. Ich darf vorweg ganz kurz sagen: Die Finanztransaktionssteuer ist gegenüber den beiden anderen, genannten Instrumenten unser „Favorit“ – in Anführungszeichen –. Ich will mich vor allem auf einen Vergleich zwischen der Finanztransaktionssteuer und der Bankenabgabe konzentrieren. Diese Financial Activity Tax, die der IWF vor kurzem ins Spiel gebracht hat, ist ein Zwischending zwischen beiden. Ich will mich eigentlich auf die beiden – ich sage mal – Reinformen konzentrieren.

Die Finanztransaktionssteuer hätte unseren Berechnungen zufolge bei einem sehr geringen Steuersatz von 0,01 Prozent ein erhebliches Aufkommenspotenzial. Sie würde – europaweit gesehen – ungefähr ein dreiviertel Prozent des BIP an Einnahmen erbringen, das sind ungefähr 70 Mrd. Euro. Bezogen auf Deutschland wäre es knapp ein halbes Prozent des Bruttoinlandsprodukts, ungefähr 12 Mrd. Euro, und damit das Zehnfache dessen, was im Moment auf deutscher Ebene für die Bankenabgabe vereinbart worden ist, die 1,2 Mrd. Euro

erbringen soll, also im Vergleich zur Finanztransaktionssteuer ein Zehntel, also 0,05 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, wobei es – Klammer auf – meines Erachtens oder unseres Erachtens nicht sehr sinnvoll ist, das den nationalen Haushalte direkt zuzurechnen, denn eigentlich sollten die Erträge aus der Finanztransaktionssteuer zumindest zu einem größeren oder zu einem bestimmten Teil in die Finanzierung des EU-Budgets fließen und damit indirekt die nationalen Haushalte entlasten. Aber das nur nebenbei – Klammer zu –. Unseres Erachtens hat die Finanztransaktionssteuer gegenüber der Bankenabgabe drei Vorteile: Der eine ist, dass sie – wie schon gesagt – ein wesentlich höheres Aufkommenspotenzial hat, weil sie natürlich eine ungleich höhere Bemessungsgrundlage hat. Die Finanztransaktionssteuer betrifft, wie ihr Name schon sagt, sämtliche Finanztransaktionen. Eine Bankenabgabe würde sich auf die Bilanzsumme, ggf. abzüglich des Eigenkapitals und der Spareinlagen, beziehen, d. h. auf die Bestände an Finanzinstrumenten. Naturgemäß ist der Handel an Finanzinstrumenten, der durch die Finanztransaktionssteuer besteuert würde, wesentlich höher als die Bestände. Ein gegebenes Aufkommen könnte mit einem wesentlich geringeren Abgabensatz erzielt werden. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass die Finanztransaktionssteuer eine gewisse Stabilisierungswirkung bezüglich extrem kurzfristiger Spekulationen mit Finanzderivaten hätte, weil sie diese kurzfristigen Spekulationen relativ stark verteuert. Eine Bankenabgabe kann kurzfristige Spekulationen nicht eindämmen, weil sie nur das Halten, nicht den Handel mit spekulativen Finanzinstrumenten besteuert. Und: Je nach Ausgestaltung bzw. je nach Verwendungszweck – es ist schon angesprochen worden – könnte eine Bankenabgabe negative Anreizwirkungen haben, nämlich dann, wenn sie quasi im Rahmen einer Versicherungslösung in einen Fonds fließt, weil das möglicherweise die Risikobereitschaft der Banken erhöht. Wir sehen aber eigentlich beide Instrumente komplementär und würden sagen, dass beide Instrumente ihre eigene Berechtigung haben. Bei der Bankenabgabe halten wir es für sinnvoll, sie zeitlich befristet einzuführen und in Form eines Konsolidierungsbeitrags der Banken zu erheben. Eine Finanztransaktionssteuer sollte zeitlich unbefristet eingeführt werden, natürlich möglichst EU-weit koordiniert, um, ich habe das schon angesprochen, das EU-Budget mit zu finanzieren und weitere globale Anliegen mit zu finanzieren, also, um ein Beispiel zu nennen, den Klimaschutz oder die Entwicklungszusammenarbeit. Hiermit könnte man, wenn man einen Teil des EU-Budgets – 70 Milliarden sind immerhin schon mehr als die Hälfte des derzeitigen EU-Haushaltes – durch eine Finanztransaktionssteuer finanziert, indirekt die nationalen Budgets entlasten und dafür sorgen, dass andere, verzerrend wirkende Steuern – also vor allem die hohen Abgaben auf die Arbeit; das ist ein Problem, das Deutschland hat; das ist auch ein Problem, das Österreich hat – sinken. Insgesamt würde ich meinen, dass die Finanztransaktionssteuer ein gewisses, aber natürlich nicht das einzige Element einer fundamentalen Reform der Finanzmarktarchitektur ist. Sie kann einen gewissen Beitrag zur Stabilisierung leisten, ist aber natürlich nicht das zentrale, und auch bei weitem nicht das einzige Element von fundamentalen Reformen im Finanzsystem.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Wir danken Ihnen. Für den Deutschen Sparkassen- und Giroverband erteile ich das Wort Herrn Dr. Schackmann-Fallis.

**Sv Dr. Schackmann-Fallis (Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, vielen Dank. Meine Damen und Herren, zunächst einmal sollten wir uns daran erinnern, dass es im Anschluss an die Finanzmarktkrise die Zielsetzung aller Maßnahmen, über die wir hier diskutieren, sein muss, dass sie die Finanzmarktstabilität in Zukunft fördern, die Branche krisenresistenter machen und damit zukünftige Krisen verhindern. Das bedeutet aber auch, dass alle Maßnahmen an Produkte und auch alle Geschäftsmodelle adressiert werden müssen, die an der Verursachung der Krise beteiligt waren oder durch ihren Risikogehalt auch in Zukunft zu entsprechenden krisenhaften Auswirkungen führen können. Unserer Ansicht nach sind dafür in erster Linie die Maßnahmen geeignet, die derzeit unter den Stichworten Basel III, CRD II, III, IV bis N der Stärkung des Eigenkapitals der Banken als Risikopuffer für künftige Belastungssituationen dienen. Wenn man aber dann zusätzlich und kumulativ über Bankenabgabe, Finanzaktivitätensteuer und Finanztransaktionssteuer spricht, befürworten wir die Finanztransaktionssteuer. Bei der Bankenabgabe ist nicht klar, welche Daten in die Bemessungsgrundlage eingehen können. Wenn man das nimmt, was sich derzeit zur Erhebung einer allgemeinen Bankenabgabe in der Diskussion befindet, dann wird deutlich, dass eine solche Bankenabgabe für diejenigen Banken vorteilhaft ist, die – wie beispielsweise viele Direktbanken – kein eigenes Kreditgeschäft betreiben. Sie würde dazu führen, dass Sparkassen, aber auch Volks- und Raiffeisenbanken gerade aufgrund ihres Mittelstandskreditgeschäftes stärker belastet werden und damit in ihrer Rolle als verlässlicher Kreditgeber der deutschen Wirtschaft beeinträchtigt werden. Das ist gerade in der derzeitigen, konjunkturellen Situation kontraproduktiv. Hinzu kommt, dass auch bei einer Bankenabgabe Ausweichreaktionen der Institute möglich sind, die grenzüberschreitend tätig sind. Sie können die eigene Bilanz im Inland so gestalten, dass die von einer Bankenabgabe betroffenen Geschäfte nicht hier ausgewiesen werden. Eine solche Möglichkeit haben regional oder kommunal ansässige Institute ohne weltweit verzweigtes Konzernnetz nicht. Die Finanztransaktionssteuer ist eine Lenkungssteuer, die zum Ziel hat, bestimmte Transaktionen, die der Besteuerung unterliegen, zurückzudrängen, d. h., im Idealfall müsste diese Steuer dazu führen, dass sie kein Aufkommen generiert. Dann hätte sie 100-prozentig ihren Denkungseffekt erfüllt. Deshalb sind Schätzungen über die Steuer, über das Steueraufkommen einer solchen Finanztransaktionssteuer sehr, sehr schwierig. Ich verweise auf die Vorrednerin, an deren Institut entsprechende Schätzungen angestellt worden sind. Jedenfalls würde es eine Finanztransaktionssteuer, die im Gegensatz zu der unternehmensbezogenen Bankenabgabe produktbezogen ansetzt, leichter möglich machen, die risikobehafteten Geschäfte und Produkte einer Besteuerung zu unterziehen, als die Bankenabgabe. Auf jeden Fall muss eine Finanztransaktionssteuer international eingeführt werden, denn Ausweichreaktionen, mindestens Ausweichreaktionen zwischen den größten Finanzplätzen des Globus, sollte man möglichst vermeiden. Ansonsten würde das inländische Steueraufkommen gegen Null sinken.

Bei dem dritten diskutierten Instrument, der Financial Activity Tax, die der IWF in die Diskussion eingebracht hat, hängt natürlich die zu erzielende Steuersumme auch von der Bemessungsgrundlage und dem Steuersatz ab. Wenn Sie hier das, was derzeit bekannt ist, einbeziehen, wenn Sie nämlich nur die Lohnsumme als Maßstab nehmen, würden Sie

– danach hat der Fragesteller auch gefragt – insbesondere die Sparkassen und Genossenschaftsbanken in erheblichem Maße treffen, die sehr, sehr personalintensiv arbeiten: Nach unseren Schätzungen fast bis zur Hälfte des Aufkommens. Da die beiden Verbundgruppen nicht gerade zu den Verursachern der Krise, sondern zu den stabilisierenden Faktoren gehören, wäre dies ein absurder Effekt. Wir schlagen, wenn man schon darüber nachdenkt, vor, auch Gewinne ab einer bestimmten Höhe oder Boni einzubeziehen. Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Wir danken Ihnen, Herr Dr. Schackmann-Fallis. Der nächste Fragesteller ist Frank Schäffler.

**Frank Schäffler (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe zwei Fragen, einmal an den BVI und zweitens an Herrn Prof. Vaubel. An den BVI: Die Finanztransaktionssteuer belastet im Wesentlichen den normalen Sparer. Können Sie denn mal an einem Beispiel sagen, um was für ein Volumen es sich bei dem Kleinsparer handeln würde, der 20 oder 30 Jahre in ein Investmentfonds spart. Was würde er letztendlich indirekt an Steuern, an Transaktionssteuern dafür bezahlen? Das ist das eine. Und die zweite Frage an Herrn Prof. Vaubel: Die Koalition will eine risikoadjustierte Bankenabgabe einführen. Wie müsste so eine Bankenabgabe aussehen, damit am Ende Übersprungeffekte nicht mehr stattfinden können? Also: Wie wäre idealtypisch aus Ihrer Sicht eine Bankenabgabe anzulegen? Welche Bemessungsgrundlage müsste man dafür heranziehen? Wie könnte man es auch risikoadjustiert angehen?

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Besten Dank. Wer übernimmt die Beantwortung für den BVI? Herr Siebel.

**Sv Siebel (BVI Bundesverband Investment und Asset Management e. V.):** Vielen Dank, Herr Schäffler, für die Frage. Guten Tag, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben natürlich Schwierigkeiten, hier mit einer Berechnung anzutreten, weil wir das Volumen der Transaktionen, die in einem Fonds stattfinden, nicht generalisieren können. Wir sind in einer Musterrechnung einmal davon ausgegangen, dass der Fonds das Volumen einmal im Jahr komplett umschlägt, also eine Turn Over-Rate von 100 Prozent hat. Wenn wir einen Sparplan mit 200 Euro im Monat, 7 200 Euro Jahressparsumme annehmen, kommen wir nach 30 Jahren auf 72 000 Euro eingezahlte Beiträge. Es kommt jetzt darauf an, in welcher Höhe Sie das Volumen der Finanztransaktionssteuer bestimmen. Es variiert, angefangen von – wenn man von 0,05 Prozent ausgeht – ungefähr 1,5 Prozent bis in der Spitze – wenn man von einem halben Prozent Transaktionssteuer ausgeht – von etwas über 10 Prozent der eingezahlten Beträge.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Besten Dank, Herr Siebel. Als Nächster: Herr Prof. Dr. Vaubel.

**Sv Prof. Dr. Vaubel:** Die sog. Bankenabgabe ist, wie Herr Kollege Kaserer schon gesagt hat, im Grunde eine Versicherungsgebühr, ein Versicherungsbeitrag. Damit setzt sie bei dem wirklichen Problem an. Das Problem sind nicht die Finanztransaktionen. Der Kurs von Wertpapieren hängt nicht vom Transaktionsvolumen ab. Dadurch, dass Sie Transaktionen besteuern, können Sie nicht spekulative Ausschläge der Kurse reduzieren. Sie können erhebliche Kursausschläge ohne jedes Transaktionsvolumen haben, nämlich dann, wenn sich die Erwartungen aller Marktteilnehmer in die gleiche Richtung entwickeln. Diese Lösung geht daher total am Problem vorbei. Sie enthält einen elementaren ökonomischen Denkfehler, denn sie verwechselt Nachfrage und Umsatz. Der Vorschlag einer Finanzverantwortungsgebühr setzt ebenfalls nicht beim Problem an. Das Problem sind – wie gesagt – die Garantien des Staates für die Verbindlichkeiten der Finanzinstitute. Diese werfen Kosten auf. Und diese Kosten müssen bei den Banken internalisiert werden. Das Gleiche gilt für die Finanzaktivitätsteuer des IWF. Sie setzt nicht beim Problem an. Sie ist ein Schuss mit der Schrotflinte. Zielgenau ist dagegen die Versicherungsgebühr. Denn worum es hier geht, ist, dass in Zukunft der Staat die Verbindlichkeiten der Finanzinstitute absichern muss, genauso wie er das in der letzten Krise getan hat. Dafür müssen die Banken zur Kasse gebeten werden, denn sonst bekommen wir eine Allokationsverzerrung. Der Bankensektor erhält Subventionen zu Lasten der anderen Sektoren. Dies ist eine Verzerrung. Zur Kasse gebeten werden müssen die Finanzinstitute für die Finanzgarantie, die sie für ihre Verbindlichkeiten bekommen. Infolgedessen müssen wir bei den Verbindlichkeiten ansetzen, die nicht in anderer Weise garantiert sind; natürlich: Minus Eigenkapital. Noch besser als die Versicherungslösung ist die Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen, denn hier wird tatsächlich das moral hazard-Problem, das bei jeder Versicherung zu erwarten ist, vermieden. Aber auch noch so hohe Eigenkapitalanforderungen können nicht verhindern, dass eine Krise ausbricht. Deswegen ist diese Versicherung notwendig. Es gibt keinen zwingenden Grund, die Versicherung als staatliche Versicherungsanstalt zu organisieren. Der Fonds kann wahrscheinlich effizienter privatrechtlich organisiert werden, z. B. als GmbH mit weitreichender Haftung der Banken als Gesellschafter. Besonders warnen möchte ich allerdings vor einem europäischen Krisenfonds, wie ihn Kommissar Barnier vorgeschlagen hat. Jeder Mitgliedstaat hat einen vollkommen hinreichenden Anreiz, eine Finanzkrise zu vermeiden und die notwendigen Institutionen und Regulierungsinstrumente zu schaffen. Wir haben schon gesehen, dass Schweden eine solche Lösung realisiert hat. Und wir haben auch gesehen, dass Österreich schon eine solche Lösung fest beschlossen hat. Durch einen EU-Krisenfonds würde dieser Anreiz der einzelnen Mitgliedstaaten geschwächt, da sich jeder Mitgliedstaat darauf verlassen würde, dass die anderen den größten Teil der Zeche zahlen müssen. Wir bekommen dann das, was man ‚International moral hazard‘ nennt. Insbesondere auf die Bundesrepublik könnten unabsehbare Belastungen zukommen.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Besten Dank, Herr Prof. Vaubel. Das Wort erteile ich für die Fraktion DIE LINKE. Herrn Kollegen Dr. Troost.

**Dr. Axel Troost (DIE LINKE.):** Danke schön. Ich habe auch zwei Fragen an zwei Personen. Zuerst eine Frage an Prof. Hickel: Wie stehen Sie zu der Behauptung, die wir eben wieder gehört haben, dass mit der Finanztransaktionssteuer der kleine Sparer, die kleine Sparerin hauptsächlich belastet werden würde und deswegen sozusagen die Krisenkosten falsch verteilt würden? Die zweite Frage geht an Attac: Immer wieder wird gesagt, die Finanztransaktionssteuer lässt sich prinzipiell nur global einführen. Wie stehen Sie zu der Frage, ob man das auch regional z. B. EU-weit machen könnte?

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Danke schön. Herr Prof. Hickel

**Sv Prof. Dr. Hickel:** Wenn man versucht, die Finanztransaktionssteuer als ökonomisch und politisch irrational zu erklären, weil sie am Ende den Sparer trifft, dann muss ich sagen, ist das Ausgangsproblem überhaupt nicht begriffen worden. Bei der Finanztransaktionssteuer geht es darum – und ich bitte, sich dies noch einmal in Erinnerung zu rufen –: Wir haben zwei große Krisen. Wir haben die große Finanzmarktkrise, die noch lange nicht vorbei ist. Wir haben jetzt die Eurokrise. Beide Krisen zeigen uns, dass diese Krisen massiv verstärkt bzw. – im ersten Fall – ausgelöst worden sind durch Spekulationsgeschäfte. Ich sage an dieser Stelle gleich als Ökonom dazu: Spekulationsgeschäfte muss es geben, aber die Spekulationsgeschäfte, die hier gemacht werden, sind ökonomisch irrational bzw. belastend. Deshalb ist als zweites festzustellen: Die Finanztransaktionssteuer ist im Grunde genommen in ihrer Lenkungsfunktion ganz bewusst dafür gedacht – Frau Schratzenstaller hat dankenswerterweise schon darauf hingewiesen –, die kurzfristigen Spekulationen, die ökonomisch – ich habe es auch in meinem Papier begründet – nichts mit der Finanzierungsfunktion von realer Ökonomie zu tun haben, die auch nichts mit der Bewältigung von Unsicherheit zu tun haben, zu verteuern. Auch das ist richtig: Wir haben viele Derivategeschäfte, die sinnvoll sind, weil sie versuchen, hohe Risiken transportabel bzw. verteilbar zu machen. Aber darum geht es nicht! Es geht darum, dass diese aggressiven Spekulationsgeschäfte verteuert werden. In der Verteuerung liegt dann die Erwartung, dass die Geschäfte vor allem kurzfristig zurückgeführt werden. Das ist die Lenkungsfunktion. Lassen Sie mich an dieser Stelle einen Satz sagen, weil ich über meine beiden Kollegen aus der Wirtschaftswissenschaft schon ein bisschen verwundert bin, wie beliebig der Begriff ‚moral hazard‘ benutzt wird. Moral hazard heißt, man schafft ein System, das Anreize setzt, die am Ende im Grunde genommen krisenbelastend sind. Die Bankenabgabe kann überhaupt keine Alternative zur Finanztransaktionssteuer sein. Die Bankenabgabe ist erstens eine Bestrafungsabgabe für diejenigen, die sich in der letzten Krise ordentlich verhalten haben. Und zweitens – moral hazard ist genau das Problem –: Sie setzt im Grunde genommen den Anreiz, den neoklassischen Anreiz, mit Risiken besonders lasch umzugehen, weil man weiß, wenn was schief geht, dann wird man schon von der Versicherung aufgefangen. Vorletzte Bemerkung: Hier ist auch ein Begriff gefallen, über den die Ökonomen streiten. Das muss man – glaube ich – noch einmal sagen, sonst versteht man die Debatte nicht. Wie nach diesen Erfahrungen, die wir haben, nach dem, was sich an von der Realökonomie abgetrenntem Spekulationskapital bewegt, einer sagen kann, ‚Die Finanztransaktionssteuer verletzte die Preisfindungseffizienz!‘, ist mir über-

haupt nicht einsichtig. Worum es ja gerade geht – Und das ist neu! Das kommt leider in vielen Lehrbüchern nicht vor. Das spricht aber nicht gegen das Problem, sondern gegen die Lehrbücher. Es kommt überhaupt nicht drin vor! –, ist die Tatsache – und darum kämpfen wir, darum setzen wir uns intellektuell auseinander –, dass die Preisfindungseffizienz maßgeblich durch die Spekulationsgeschäfte gestört wird, ja geradezu vernichtet wird. Und ich verstehe die Neoklassik, ich verstehe die Anhänger der Neoklassik, auch eines Markt-fundamentalismus nicht: Eigentlich müssten diejenigen, die jetzt die Erfahrung gemacht haben, ganz massiv dafür auftreten, beispielsweise Leerverkäufe zu verbieten. Warum? Weil Leerverkäufe in einem ganz strengen, marktwirtschaftlichen, ordnungspolitischen Sinne die Preissignale an der Börse irrationalisieren. Deshalb geht es doch darum – und das ist der Beitrag der Finanztransaktionssteuer –, dass man das, was gerade beklagt worden ist, nämlich die Preisfindungseffizienz, die völlig aus dem Ruder gelaufen ist, gewisserweise mit der Finanztransaktionssteuer wieder einfängt.

Letzte Bemerkung – das ist auch schon gesagt worden –: Die Lenkungsfunction – das ist ein bisschen vergleichbar mit der Ökosteuer –, die Lenkungsfunction der Finanztransaktionssteuer ist eigentlich dann optimal, wenn sie Null ist, d. h. also im Grunde genommen, wenn die zu treffenden Spekulationsgeschäfte zurückgehen. Niemand wird von einer solchen Steuernachfrage-Elastizität ausgehen. Ich sage deshalb noch einmal dazu – das wäre sozusagen mein Paket, das ich anbiete und in meinem Papier begründet habe –; Erstens: Wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer! Sie ist ökonomisch gut begründet. Zweitens: Aber sie muss dringend durch weitere Regulierungsmaßnahmen ergänzt werden, damit man nicht in die Falle läuft, nachher zu sagen ‚Wir besteuern bestimmte Spekulationsgeschäfte, aber die Spekulationsgeschäfte sind krisenfördernd.‘ Das heißt also: Beides! Finanztransaktionssteuer auf der einen Seite und auf der anderen Seite regulierende Maßnahmen, beispielsweise Verbot von Leerverkäufen, Einschränkung der CDS-Geschäfte auf normale Geschäfte. Dann wird daraus ein gutes Ding und dann haben wir auch die Möglichkeit, die nächste Finanzkrise einigermaßen ordentlich zu meistern, vielleicht sogar zu vermeiden.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Danke schön. Für Attac Deutschland erteile ich das Wort Herrn von Larcher.

**Sv von Larcher (Attac Deutschland):** Wenn man eine politische Maßnahme nicht will, dann ist es immer günstig zu sagen, sie klappt nur, wenn sie auf der ganzen Welt eingeführt wird. Dann kann man, wenn das Argument akzeptiert wird, ganz sicher sein, dass nichts passiert. So sehe ich eigentlich die Behauptung, es ginge nur, wenn man es an allen Finanzplätzen auf der ganzen Welt gleichzeitig und gleichsinnig einführt. Herr Prof. Spahn hat schon vor Jahren in Bezug auf die Devisentransaktionssteuer in einer Studie, die vom Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Auftrag gegeben war, nachgewiesen, dass diese Steuer durchaus im Euroraum und in der Eurozone, in der europäischen Zeitzone einzuführen wäre, ohne dass irgendwelche Turbulenzen entstünden und ohne dass die Effektivität leidet.

Das Wiener Institut von Frau Dr. Schratzenstaller und Herrn Schulmeister hat nachgewiesen, dass das gleiche für die Finanztransaktionssteuer gilt. Man kann sie im Euroraum einführen. Die Ausweichreaktionen kann ich mir nicht groß vorstellen, weil die Händler natürlich an den Finanzmärkten in Netze eingebunden sind und an ihren Standorten ihr Beziehungsgeflecht haben. Und solange eine solche Steuer – wir sprechen ja von einer winzigen Steuer, von 0,01 oder 0,05 oder 0,5 Prozent, sagt Attac – nicht teurer ist als ein Umzug, ein Wegziehen, wird es, glaube ich, diese Ausweichreaktionen nicht geben. Wir haben schon gehört, dass es die Steuer, eine Börsenumsatzsteuer, in London gibt. Bei aller Fragwürdigkeit und aller Lächerlichkeit, die hier erwähnt worden ist, hat sie nicht zum Exodus der Finanzindustrie aus London geführt. Es gibt inzwischen ganz viele Länder in Europa, die für die Einführung dieser Steuer sind. Infolgedessen sehe ich genau jetzt den Zeitpunkt für gekommen, in Europa voranzugehen. Wenn Europa vorangeht, dann bestehen vielleicht auch Chancen, dass man es weltweit eingeführt kriegt.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Danke schön. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem finanzpolitischen Sprecher der Fraktion, Dr. Gerhard Schick, das Wort.

**Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. Ich möchte meine Frage an Tax Justice Network und New Economics Foundation richten und damit noch einmal bei der Fragestellung, die gerade schon anklang, in die Tiefe gehen. Nämlich – Einführung: Muss sie weltweit sein, damit das – gerade aufgrund möglicher Umgehungstatbestände – funktionieren kann, oder kann eine europäische Lösung erfolgreich sein?

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Besten Dank. Für das Tax Justice Network Frau Liebert.

**Sve Liebert (Tax Justice Network):** Vielen Dank für die Frage. Wir von Tax Justice Network sind eindeutig der Meinung, dass es problemlos möglich wäre, die Finanztransaktionssteuer auf regionaler oder sogar auf nationaler Ebene einzuführen. Einige Gründe hat Herr von Larcher von Attac bereits genannt. Es ist interessant, darauf hinzuweisen, dass ausgerechnet der IWF, der jetzt häufig in der politischen Diskussion, gerade auch von der Kanzlerin, als Zeuge dafür angeführt wurde, dass eine Finanztransaktionssteuer nun gerade nicht das Geeignete sei, dass ausgerechnet der IWF in seiner vorläufigen Studie für die G20 gesagt hat – und ich zitiere hier aus der Studie –: ‚Die Erhebung von Steuern auf eine breite Auswahl börsengehandelter Wertpapiere kann einfach und billig sein, wenn sie über zentrale Clearingstellen erfolgt.‘ Es ist interessant zu bemerken, dass es nun ausgerechnet ein deutsches Unternehmen ist, nämlich die Deutsche Börse, die im Bereich Clearing besonders engagiert ist und übrigens auch international engagiert ist. Es ist nicht damit zu rechnen, dass hier plötzliche Ausweichreaktionen in sog. Schattenfinanzplätze, was auch manchmal ein Teufel war, der an die Wand gemalt wurde, erfolgen kann, weil solche Clearingsysteme außerordentlich komplex sind und vor allem außerordentlich hohe Sicherheitsanforderungen erfüllen müssen. Und es ist nicht damit zu rechnen, dass – sagen wir mal – die



Kaimaninseln plötzlich so ein System auf die Beine stellen können, dass auch den Anforderungen der Marktteilnehmern genügt. Ein weiteres Argument ist – es wurde auch schon als Beispiel genannt –: London! Nicht nur, dass es in London bereits eine Börsenumsatzsteuer gibt, sondern London ist auch einer der teuersten Standorte der Welt. Wenn es tatsächlich darum ginge, Steuern, also einer minimalen Steuer, aus dem Weg zu gehen – Wir reden hier von 0,01 bis 0,05 Prozent! –, wenn es wirklich darum ginge, dass Finanzmarktteilnehmer solch eine dramatische Belastung nicht aushalten können, dann würden sie sich doch sicherlich nicht in London oder New York ansiedeln. Wenn man betrachtet, wie und wo die Finanztransaktionen konzentriert sind – Wie gesagt: London, New York. In Europa fällt da wahrscheinlich nur noch Frankfurt ins Gewicht! –, zeigt sich auch, dass eine Umsetzung auf wenigen Finanzplätzen, eine Einigung mit wenigen Staaten genügen würde, um sogar eine relativ große internationale Abdeckung zu erreichen. Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Wir danken Ihnen. Für die New Economics Foundation Herr Kapoor.

**Sv Kapoor (Re-Define):** Darf ich zunächst etwas richtig stellen? Ich vertrete nicht die New Economics Foundation, sondern Re-Define, eine internationale Denkfabrik, die mehrere Finanzministerien berät. Ich spreche hier in meiner Eigenschaft als ehemaliger Investmentbanker, aber auch als Berater, der mehrere Finanzministerien in dieser Frage berät. Zunächst einmal möchte ich anmerken, dass wir, wenn wir von Finanztransaktionssteuern sprechen, nicht von einer Einheitssteuer oder einem einzigen Markt sprechen. Es gibt mehrere verschiedene Anlagemärkte: zum Beispiel den Aktienmarkt, die Rentenmärkte, Derivatmärkte oder auch die Devisenmärkte. Die Steuersätze müssen nicht einheitlich sein, tatsächlich sprechen wir uns sogar dafür aus, dass sie nicht einheitlich sein sollten. Nun gibt es aber einige Märkte, vor allem den Aktien- und den Rentenmarkt, die eine starke Bindung zur zugrunde liegenden Realwirtschaft aufweisen. Natürlich gibt es unzählige Konstrukte und auch derivative Konstrukte, doch als Derivathändler weiß ich, dass Derivate letzten Endes an eine festverzinsliche Anlage oder eine Aktienanlage oder in exotischen Fällen an Rohstoffe oder sonstiges gebunden sein müssen. Fakt ist, dass die meisten Finanztransaktionen mit Substanz sehr eng mit der zugrunde liegenden Realwirtschaft verknüpft sind. Zu behaupten, die Transaktion würde irgendwie verschwinden, ist extrem irreführend, doch man würde erwarten, dass die Finanzindustrie genau das behauptet, denn niemand will besteuert werden. Denken Sie stets daran, dass Sie Politiker sind. Sie sind sehr kluge Leute. Sie sind ein sehr fähiges Finanzministerium, das weiß ich ganz sicher. Auf der anderen Seite stehen diese wirklich klugen Banker, die vermutlich immer einen Weg finden, alles Mögliche zu umgehen. Wenn sie so klug wären, gäbe es keine Steuereinnahmen. Wenn sie so klug wären, würde es keinerlei Kapitalanforderungen geben. Tatsache ist, dass jede einzelne erhobene Steuer einem Katz-und-Maus-Spiel gleicht, bei dem Politiker allerlei flexible Instrumente, die nicht immer die gleichen bleiben, nutzen, um auf die Reaktion des Marktes zu reagieren. Nun gibt es gewisse Schnittpunkte mit der Realwirtschaft, an denen Steuern erfasst und vereinnahmt werden können. Etwa bei der Abwicklung. Darüber wurde bereits gesprochen. Eine einfache Möglichkeit in diesem Zusammenhang ist eine Steuer auf

Euro-Devisengeschäfte. Kein Euro-Devisengeschäft, nicht einmal wenn es zwischen zwei Banken auf den Kaimaninseln getätigt wird, kann von der Europäischen Zentralbank unbemerkt abgewickelt werden. Ebenso wenig können Pfund-Geschäfte abgewickelt werden, ohne dass die Bank of England davon weiß oder die Continuous Linked Settlement Bank über eine Kreditlinie verfügt. Wenn Sie also auf der Ebene der Eurozone beschließen wollen, eine Steuer auf Euro-Währungsgeschäfte zu erheben, können Sie das tun. Zweitens sollte man an die Umsatzabgabe nach britischem Vorbild denken, die es in mehreren Ländern gibt – nicht nur in Europa, sondern weltweit. China und Indien haben eine solche Abgabe vor kurzem eingeführt. In Taiwan gibt es sie bereits seit langem, ebenso in Brasilien und anderen lateinamerikanischen Ländern. Wenn sie, also diese sogenannten Entwicklungsländer der Dritten Welt, es tun können oder die Möglichkeiten haben, es zu tun, warum sollte es ein Land wie Deutschland dann nicht können? Tatsache ist, dass es auch hier gewisse Kniffe gibt, um die Steuer zu vermeiden. An der Londoner Börse, die ich sehr gut kenne, wurden ADRs, American Depository Receipts, verwendet, um die Steuer möglichst zu umgehen. Doch die Regierung hat darauf sehr geschickt reagiert und erhebt eine Abgabe, die für alle, die Aktien in ADRs umtauschen, nicht mehr 0,5, sondern 1,5 Prozent beträgt. Die Regierung sagte: «Natürlich dürfen Sie aussteigen. Dann brauchen Sie die Abgabe nicht zu zahlen – stattdessen aber eine Abgabe, die drei Mal so hoch ist.» Und das bedeutet, dass die Steuereinnahmen weiterhin hoch sind. Bei einem niedrigen Steuersatz ist der Anreiz, die Steuer zu umgehen, noch geringer. Fakt ist, dass ein Großteil der Steuerbasis bei Währungsgeschäften an den Aktien- und Rentenmärkten sehr einfach erfasst werden kann, sei es auf unilateraler Basis oder vorzugsweise auf Ebene der Eurozone oder der Europäischen Union. Man braucht nicht darauf zu warten, dass irgend jemand anderes oder alle anderen mitziehen, denn 192 Länder werden sich nicht auf eine Lösung einigen. Andernfalls gäbe es längst ein Abkommen zum Klimawandel.

Unser Bericht an die Finanzministerien enthält einen weiteren interessanten Punkt, den ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Wir empfehlen, die Finanztransaktionssteuer als sehr leistungsfähiges Aufsichtsinstrument zu Regulierungszwecken zu verwenden. Wie wir wissen, trugen in der aktuellen Krise zum systemischen Risiko unter anderem Liquiditätsinkongruenzen, eine zu geringe Kapitalausstattung usw. bei. Doch auch der Mangel an Transparenz hatte maßgeblichen Anteil daran. Ebenso die Komplexität. Wenn Sie also eine Ausgabesteuer erheben, muss es sich dabei nicht um eine Transaktionssteuer im herkömmlichen Sinne handeln. Für Geschäfte mit OTC-Derivaten, die nicht häufig den Besitzer wechseln, können Sie eine Ausgabesteuer erheben. Je komplexer die Transaktion ist, um so höher wird der Steuersatz. Wird das Geschäft außerbörslich (over-the-counter, OTC) getätigt und nicht an die Börse verlegt, erheben Sie einen höheren Steuersatz. Wenn das Geschäft irgendwie verwirrend oder irreführend ausgestaltet ist und es ihm an Transparenz mangelt, erheben Sie einen höheren Steuersatz. Tatsächlich sind Finanztransaktionssteuern sehr flexible Hilfsmittel, die Informationen über zugrunde liegende Geschäfte liefern, für progressive Steuereinnahmen in erheblicher Höhe sorgen sowie als Aufsichts- und Regulierungsinstrument verwendet werden können. Und wenn ich Gelegenheit zur Erläuterung erhalte, werde ich darauf etwas näher eingehen. Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Als nächstes erteile ich das Wort für die Fraktion der CDU/CSU Herrn Kollegen Michelbach.

**Dr. h. c. Hans Michelbach** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, ich habe eine Frage an das Mitglied des Sachverständigenrates, Frau Prof. Weder di Mauro, und an die hier anwesende Deutsche Bank Research. Finanztransaktionssteuer, Financial Activity Tax und Bankenabgabe sind die drei diskutierten Instrumente für eine Beteiligung an der Finanzkrise. Hier wurde das bereits zum Ausdruck gebracht. Können Sie bitte darlegen, welche Form Sie für als richtiges Instrument einschätzen und wie ein solches Instrument eingeführt werden könnte – national, europäisch oder international –. Mich interessiert natürlich insbesondere auch die Auswirkung einer solchen Entscheidung auf die Realwirtschaft und auf die Finanzierung der Realwirtschaft und die damit verbundenen Arbeitsplätze. Herzlichen Dank.

( Übernahme des Vorsitzes durch den  
stellvertretenden Vorsitzenden Klaus-Peter Flosbach. )

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Herr Dr. Michelbach. Bitte sehr, Frau Prof. Weder di Mauro.

( Sve Prof. Dr. Weder di Mauro erscheint – zugeschaltet aus  
Washington – auf den Monitoren und Videoleinwänden )

**Sve Prof. Dr. Weder di Mauro:** Guten Tag nach Berlin. Können Sie mich hören?

( Zustimmende Zwischenrufe )

**Sve Prof. Dr. Weder di Mauro:** Ganz herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung. Ich möchte gerne zu diesen verschiedenen Formen der Besteuerung des Finanzsektors und den Auswirkungen Stellung nehmen. Ich möchte vielleicht damit anfangen, dass es im Wesentlichen zwei Ziele gibt, die verfolgt werden: Man kann einerseits das Ziel verfolgen, Steuereinnahmen zu erzielen, allgemein Steuern zu erheben, um diese entweder zweckgebunden oder auch nicht zweckgebunden zu verwenden. Eine Zweckbindung, die häufig genannt wird, wäre beispielsweise, für die Kosten von Finanzkrisen aufzukommen. Das wäre eine Zielsetzung, die rückwärts blickend ist und die dazu führt, dass man eine Finanzierung der Kosten von Finanzkrisen besser gewährleisten kann und besser verteilen kann. Die zweite Zielsetzung ist eine andere Zielsetzung: Hier geht es darum, als Lenkungssteuer von

vorherein gesellschaftlich unerwünschtes Verhalten, wie beispielsweise exzessive Risikoübernahme, zu verhindern und damit eine Lenkungswirkung zu erzielen. Diese Art von Steuer wird typischerweise unter Ökonomen als eine Pigou-Steuer bezeichnet, eine Steuer, die dazu dienen soll, Marktversagen und negative Externalitäten zu internalisieren. Eine Finanztransaktionssteuer ist für beide Zwecke wenig geeignet. Weder ist es das beste Instrument, um allgemein Steuern des Finanzsektors zu erheben. Hierfür gibt es weniger verzerrende Vorschläge. Beispielsweise hat der Internationale Währungsfonds in seinen Zwischenberichten für die G20 vorgeschlagen, dass man erwägen könnte, eine Art von Mehrwertsteuer für den Finanzsektor zu erheben. Diese sog. Finanzaktivitätsteuer, FAT, wäre ein weniger verzerrendes Instrument, dass die Tatsache, dass im Finanzsektor normalerweise keine Mehrwertsteuer erhoben wird, kompensieren könnte. Eine Finanztransaktionssteuer ist hier ein sehr stark verzerrendes Instrument, da es – wie auch Umsatzsteuern – Kaskadeneffekte hat, da bei jeder einzelnen Transaktion immer wieder erneut die Steuer anfällt. Damit auch zu Ihrer Frage: Wie ist die Steuerinzidenz, also wer trägt letztendlich die Steuer? Die Gefahr, dass bei einer Finanztransaktionssteuer ein Großteil von den Kunden, von den Endkunden getragen wird, dass sie eben gerade nicht über die Gewinne des Finanzsektors, sondern letztlich von den Kunden und der Realwirtschaft getragen werden muss, ist besonders hoch.

Zum zweiten Typ von Steuern mit Lenkungswirkungen: Da gibt es auch verschiedenste Vorschläge. Wir haben im Sachverständigenrat – die Bundesregierung hat auch Entscheidungen in diese Richtung gefällt – vorgeschlagen, dass man eine Stabilitätsabgabe einführen sollte, die auf die systemischen Risiken abzielt. Weshalb ist das eine Lenkungsabgabe mit einer besseren Effektivität, als es eine Transaktionssteuer wäre? Nun: Die Transaktionssteuer ist im Wesentlichen eine Steuer auf Umsätze, auf Volumen. Und es gibt wenig oder keine Evidenz, dass zu hohe Volumina die Ursache der momentanen Volatilitäten oder auch der Finanzkrisen und insbesondere der Bankenkrisen darstellen.

(Zwischenruf: Das ist ja nicht zu glauben! )

**Sve Prof. Dr. Weder di Mauro:** Im Gegenteil! Der Hauptgrund für die Bankenkrise ist nach wie vor die systemische Relevanz großer Institute, großer und zu stark verbundener Institute, die dadurch den Anreiz haben, zu starke Risiken einzugehen, und die Unfähigkeit des Staates, hier mit geordneten Restrukturierungsinstrumenten die richtigen Anreize zu setzen. Insofern ist eine Kombination einer systemischen Risikoabgabe, also einer Stabilitätsabgabe auf dem Finanzsektor, mit einem Restrukturierungsverfahren – das würde auch einen Restrukturierungsfonds, wie er beispielsweise jetzt mit dem SoFFin eingerichtet wurde, der aber in permanenter Form weitergeführt werden müsste, beinhalten – einzuführen. Das wäre die optimale Lösung. Das ist – wie gesagt – der Vorschlag des Sachverständigenrats und auch des Internationalen Währungsfonds, der in seinem Bericht an die G20, dem Zwischenbericht an die G20, einen sehr ähnlichen Vorschlag mit dem Namen ‚Financial Stability Contribution‘ vorgelegt hat.

Zu Ihrer Frage der Steuerinzidenz: Natürlich, bei jeder Art von Steuer, aber auch bei zusätzlicher Eigenkapitalregulierung, wie sie beispielsweise in Basel verfolgt wird, muss die Frage gestellt werden, ‚Wer kriegt die letztlich?‘. Und: Es ist davon auszugehen, dass es immer eine Kombination sein wird. Nicht nur wird sich eine solche Steuer oder zusätzliches Eigenkapital auf die Gewinne der Institute und des Sektors auswirken, sondern sie wird auch verteilt werden an die Endkunden. Aber auch dort ist davor zu warnen, zu meinen, dass alles nur auf die Kreditvergabe gehen muss. Es ist ebenso möglich, dass ein gewisser Teil dieser Lasten an die Gläubiger weitergegeben wird, dass sich – mit anderen Worten – die Finanzierungskosten der Institute ändern.

Zur internationalen oder nationalen Einführung: Wollte man eine solche systemische Risikoabgabe einführen, wäre sicher eine europäische Lösung – zumindest unter den großen Finanzzentren – wünschenswert. Eine solche Stabilitätsabgabe wäre eine spürbare, also nicht eine minimale Belastung der Finanzen. Denn nur so würde man eine Lenkungswirkung erzielen. Und es wäre sicher wünschenswert, wenn sie zumindest in ähnlicher Form innerhalb Europas eingeführt würde, damit die grenzüberschreitenden Problematiken und auch die Fragen der Insolvenz und der Restrukturierung gleichzeitig angegangen werden können. Also noch einmal zusammenfassend: Zielführende Instrumente sind eine systemische Risikoabgabe, wie sie die Bundesregierung plant. Das hat sowohl Lenkungswirkungen, als auch wird sie selbst Einnahmen generieren, die dann einer Restrukturierung zugeführt werden können. Zusätzlich überlegenswert ist der Vorschlag des Internationalen Währungsfonds einer Finanzaktivitätsteuer. Allerdings sind hier die Arbeiten sehr, sehr viel weniger weit fortgeschritten, auch hier in Washington, um so etwas sofort einzuführen. Eine Finanztransaktionssteuer ist von diesen drei Möglichkeiten sicher die am wenigsten geeignete.

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Frau Prof. Weder di Mauro. Die Frage ging außerdem an Herrn Dr. Speyer von Deutsche Bank Research. Bitte sehr.

**Sv Dr. Speyer (Deutsche Bank Research):** Danke schön, Herr Vorsitzender, Herr Dr. Michelbach, sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, bei der Bewertung, welches der vorgeschlagenen Instrumente am besten geeignet ist, sollten wir davon ausgehen, dass wir zwei große Zielsetzungen bei der Stärkung der Finanzarchitektur haben: Das eine ist die Stärkung der Prävention. Das zweite ist, ‚Wie können wir zukünftig mit Banken Krisen besser umgehen, d. h. ein effizienteres Krisenmanagement haben?‘. Die Bewertung der beiden Instrumente, insbesondere der Finanztransaktionssteuer und der Bankenabgabe, ist hier meines Erachtens eindeutig: Die Bankenabgabe ist in beiden Fällen das überlegene Instrument. Warum? Erinnern wir uns kurz zurück: Was sind die Krisenursachen dieser Krise? Wir haben im Wesentlichen Probleme gehabt bei der mangelnden Eigenkapitalausstattung, bei mangelndem Risikomanagement und anderen Defiziten im Risikomanagement. Wir hatten Probleme bei Ratingagenturen, bei Verbriefungen etc. Warum sage ich das? Der Punkt ist, dass eine Finanztransaktionssteuer an

keiner dieser Krisenursachen etwas ändert. Es ist mehrfach genannt worden, dass eine Finanztransaktionssteuer möglicherweise in anderer Form eine stabilisierende Wirkung hätte, insbesondere dadurch, dass die Volatilität an den Finanzmärkten reduziert wird. Hier muss man – glaube ich – ehrlicher Weise sagen, dass bisher die empirische Evidenz über die Einführung von Finanztransaktionssteuern keineswegs eindeutig ist. Insofern können wir hier keine Gewissheit haben. Ich betone das auch deswegen ganz besonders, weil alle empirischen Studien, die wir heute dazu haben, lediglich auf die Einführung von Finanztransaktionssteuern in einzelnen Ländern abstellen, insofern ist es enorm schwierig, darüber ein Urteil abzugeben, wie sich eine solche Steuer auswirken würde, wenn sie in zahlreichen Jurisdiktionen gleichzeitig oder gar weltweit eingeführt würde. Der zweite Punkt ist: Können wir sicher sein, dass eine solche Finanztransaktionssteuer tatsächlich eine höhere Transparenz an den Finanzmärkten herstellt? Auch hier wäre ich skeptisch. Die Umgehungstatbestände sind schon genannt worden. Ich glaube, die größere Sorge ist nicht so sehr die geographische Verlagerung in nicht überwachte Jurisdiktionen – das ist in der Tat relativ unwahrscheinlich –, sondern das größere Problem ist, dass eine solche Finanztransaktionssteuer natürlich einen Anreiz schafft, Transaktionen hausintern bzw. im Rahmen von privaten Geschäften abzuwickeln, die eben nicht über offizielle Plattformen laufen. Insofern haben sie nicht nur die Gefahr einer geringeren Transparenz, sondern vor allen Dingen auch noch die Gefahr, dass sie einen höheren Konzentrationsprozess haben. Was das Krisenmanagement angeht, ist nicht erkenntlich, wie die Finanztransaktionssteuer einen Beitrag dazu leisten könnte, dass wir zukünftig mit Krisen von großen, systemisch relevanten Finanzinstituten besser umgehen können. Bei beiden genannten Zielsetzungen – mehr Prävention und besseres Risikomanagement – ist die Bankenabgabe ein zielführendes Instrument. Sie können die Bankenabgabe – je nachdem, wie sie die gestalten – insbesondere mit einer risikoadjustierten Komponente versehen und haben insofern auch die gewünschte Lenkungswirkung, was das Eingehen von risikoreicheren Geschäften betrifft. Sie haben aber vor allen Dingen mit der Bankenabgabe ein weiteres Element für ein besseres Management zukünftiger Banken Krisen. Ich betone ausdrücklich, dass es ein Instrument unter vielen wäre. Sie haben damit aber ein Instrument, was uns insbesondere ermöglicht, Kapital für eine geordnete Abwicklung von einem großen, systemisch relevanten Institut zu bekommen. Dieses muss man betonen. Ich glaube, dass das vor allen Dingen den Aspekt der moral hazard-Bedenken adressiert. Moral hazard würde durch die Einführung einer Bankenabgabe und eines Bankenrestrukturierungsfonds nur dann eintreten, wenn sie gleichbedeutend wäre mit einem vollständigen bail out dieser Institution. Das ist von keinem gemeint, sondern worum es geht, ist, Zeit zu kaufen für eine geordnete Abwicklung einer Institution. Dafür sollte dieser Fonds eingesetzt werden.

Hinsichtlich der Frage der Einführung – national, EU-weit, global –: Was die Einrichtung einer Finanzsektorabgabe und eines Bankenfonds angeht, würden wir dafür plädieren, diesen auf europäischer Ebene zu errichten, besser als auf nationaler Ebene. Warum? Wir haben einen Finanzbinnenmarkt und wir haben diverse grenzüberschreitend tätige Institute. Wenn die Zielsetzung ist, im Sinne einer größeren Stabilisierung des Finanzmarkts und im Sinne eines besseren Krisenmanagements vor allen Dingen die großen Institute im Falle eines Scheiterns besser abwickeln zu können, dann müssen wir natürlich insbesondere an der europäischen Ebene ansetzen. Ich möchte zweitens auch den Aspekt nennen: Der

europäische Finanzbinnenmarkt ist eine sinnvolle Einrichtung, die insbesondere der deutschen Wirtschaft, als exportorientierte und offene Volkswirtschaft, zugute kommt. Wir sehen ohnehin schon Tendenzen einer Renationalisierung dieses Marktes. Wir glauben, dass wir mit der Einrichtung solcher europäischer Krisenmanagementinstrumente auch eine Sicherung des europäischen Finanzbinnenmarktes haben.

Letzter Punkt – Auswirkung auf die Realwirtschaft: Hier ist es vergleichsweise schwierig, Aussagen zu treffen, da wir bei beiden Konzepten wenig Details haben, insbesondere bei der Finanztransaktionssteuer. Was die Finanzsektorabgabe angeht: In den Größenordnungen, die von der Bundesregierung vorgeschlagen worden sind, ist das sicherlich eine Belastung für die Banken, ist aber aus unserer Sicht eine verkraftbare Größenordnung, deren realwirtschaftliche Auswirkung sich in Grenzen halten wird. Was die Finanztransaktionssteuer angeht, ist in erster Linie die Frage, bei wem diese Finanztransaktionssteuer letztlich hängen bleiben wird. Nur auf der Basis der Kenntnis darüber – und das hängt wiederum an der konkreten Ausgestaltung –, kann man eine Aussage über die konkreten realwirtschaftlichen Konsequenzen treffen. Danke.

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Herr Dr. Speyer. Der nächste Fragesteller kommt aus der Fraktion der SPD, Herr Kollege Lothar Binding, bitte sehr.

**Lothar Binding (Heidelberg) (SPD):** Vielen Dank. Ich habe eine Frage mit Blick auf die Kleinsparer und mit Blick auf die Riester-Sparer. Ich möchte Herrn Prof. Otte und Frau Dr. Schratzenstaller fragen. Die Finanztransaktionssteuer zielt auf ein Marktgeschehen, bei dem ein Händler 5 000 Kontrakte am Tag abschließt. Es sind Methoden in Arbeit, die bis zu mehrere Millionen Kontrakte am Tag abschließen. Die FDP erhebt als Einwand gegen die Finanztransaktionssteuer, dass das ganz besonders die Kleinsparer und die Riester-Sparer belasten würde, und belegt das mit einer Rechnung des Bayerischen Finanzministeriums, die sagt, dass der Riester-Sparer mit einem Bruttoeinkommen von 30 000 Euro innerhalb von 20 Jahren mit 4 700 Euro an der Finanztransaktionssteuer beteiligt werde. Ich möchte Sie fragen, ob das stimmen kann und wer Ihrer Meinung nach tatsächlich das Gros der Belastung trägt.

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Herr Kollege Binding. Herr Prof. Otte, bitte sehr.

**Sv Prof. Dr. Otte:** Vielen Dank. Zunächst einmal habe ich mit großem Interesse zugehört, was Herr Schackmann-Fallis zum Regulierungswerk gesagt hat, also dass einmal natürlich das Wichtigste ist, dass wir das Eigenkapital der Banken in Ordnung bekommen. Als Zweites: Die Transaktionssteuer. Dann möchte ich ergänzen: Eine Regulierung der Geschäftsmodelle, also das, was Obama zum Beispiel mit dem Verbot des Eigenhandels hatte. Die

Bankenabgabe belohnt gerade diejenigen, die zocken, und geht auf Kosten der Banken, die gut funktionieren. Wir haben in Deutschland eines der besten Bankensysteme der Welt. Das sind die Sparkassen, die Genossenschaftsbanken. Die haben uns durch die Krise gebracht. Und wir sind jetzt dabei, diese Banken systematisch zu bestrafen und die großen Banken wieder mit der Bankenabgabe zu subventionieren. Das musste ich zunächst los werden!

Nun zur Frage: Wie wirkt die Finanztransaktionssteuer? Das ist wichtig, um nachher die Belastung des Kleinsparers zu sehen. Wir haben in der Tat noch nicht so viele empirische Erkenntnisse, aber die Logik ist hier eigentlich ganz eindeutig: Je stärker ein Produkt, ein Akteur gehebelt ist, desto stärker wirkt die Steuer. Je öfter das Vermögen gedreht wird, desto stärker wirkt die Steuer. Wir haben also genau die Lenkungswirkung, die Kollege Hickel auch schon ansprach. Sie trägt eben gerade zu einer effizienteren und besseren Preisfindung am Markt bei, weil wir im Moment das System umgedreht haben. Das hat auch Relevanz auf die Frage ‚Wie wird der Kleinsparer belastet?‘, denn sie müssen zwei Komponenten trennen: Einmal, wie werden die Einzahlungsbeträge des Kleinsparers belastet, es ist eine einmalige Einzahlung? Und dann: Was macht der Fondsmanager oder die Fondsmanagerin mit dem Vermögen? Wie oft wird es gedreht? Da kam eben schon einmal eine Annahme von 100 Prozent pro Jahr. Das ist noch in Ordnung. Ich denke, seriöse Fonds drehen weniger. Das heißt, das Fondsvermögen wird im Laufe der Zeit, wenn es z. B. ein Aktienfonds ist, gedreht. – Ich manage im Übrigen selber einen. Ich bin dort also durchaus auch Praktiker. – Und das ist die größere Belastungskomponente. Jetzt können Sie mal vorab sagen, dass eine Fondsgesellschaft, eine Riester-Gesellschaft, eine Gesellschaft, die Riester-Produkte anbietet, eigene Kosten von 1,5 bis 3 Prozent per annum hat. Da kommen jetzt die 0,05 Prozent durch die Transaktionssteuer drauf. Also: Die Kosten fließen in die Taschen der Fondsgesellschaft. Das soll auch so sein. Die Finanztransaktionssteuer ist da unerheblich. Dann komme ich zu dem Ergebnis – Ich habe das finanzmathematisch nachgerechnet. Die Rechnungen, die Excel-Tabellen teile ich auch gerne mit denjenigen, die da auf andere Zahlen kommen. Mir ist es völlig unbegreiflich, wie diese hohen Zahlen herauskommen können. –: Ich komme bei dem genannten Kleinsparer – 20 Jahre, Kleinsparer über 20 Jahre, Einkommen 30 000 Euro; Sparbetrag 1 200 Euro im Jahr –, ich komme auf eine Belastung nach 20 Jahren von 74 Euro. Die setzt sich zusammen aus 20 Euro Belastung der laufenden Einzahlungen und 54 Euro Belastung des Fondsvermögens durch Umschichtungen, wenn wir davon ausgehen, dass ein Drittel des Fondsvermögens jährlich umgeschichtet wird. Das macht dann vor Steuern 0,23 Prozent der Sparsumme und nach Steuern wäre es sogar noch weniger: 0,14 Prozent der Sparsumme. Ich fasse zusammen: Die Transaktionssteuer hat, wie Kollege Hickel schon gesagt hat, genau die Lenkungswirkung, die wir haben wollen. Sie belastet die spekulativen Geschäfte, die schnell drehenden Geschäfte, die stark gehebelten Geschäfte. Und wenn man over the Counter-Geschäfte macht, also Sachen, die nicht über Börsen laufen, dann kann man dafür auch Steuern erheben. Das hat Sony Kapoor eben dargelegt. Dann wird das eben auch erhoben. Sie belastet je nachhaltiger, je langfristiger angelegt wird, umso weniger. Wenn Daimler ein Werk in Indien baut und dafür einmalig mit 0,05 Prozent belastet wird, dann macht das nicht sehr viel. Wenn ein Hedgefonds wirklich mehrmals im Monat oder mehrmals am Tag das Vermögen dreht, dann schlägt sie zu. Und genau dort soll sie zuschlagen. Das ist die Logik. Dass sie nicht wirkt, dass sie keine Lenkungswirkung haben soll, erschließt sich mir nicht.



**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Herr Prof. Otte. Frau Dr. Schratzenstaller-Altzinger. Bitte sehr.

**Sve Schratzenstaller-Altzinger (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (Wien)):** Vielen Dank. Ich kann nicht sehr viel Neues beitragen. Es ist so – wir haben auch in unserer Studie so argumentiert und ich glaube, dass das sehr gut belegt ist –, dass die Finanztransaktionssteuer eben spekulative Transaktionen besonders stark betrifft. Und sie belastet Transaktionen umso mehr, je höher der Hebel ist, also das Verhältnis der Eigenmittel, die hinterlegt werden müssen, zum sog. notional value, also zum tatsächlichen Kontraktwert. Sie belastet Transaktionen umso mehr, je höher das Volumen der gehandelten Kontrakte ist und je höher die Position gewechselt wird. Umgekehrt – wenn man sich jetzt den Kleinsparer und die Kleinsparerin anschaut – wären bei einem sehr geringen Steuersatz – ich sage jetzt mal 0,01 Prozent – die Effekte wohl sehr gering, weil die sonstigen Gebühren und Kosten von den klassischen Sparprodukten und Altersvorsorgeprodukten, derer sich Kleinsparer bedienen, also Depotgebühren, Verwaltungsgebühren usw., wohl ein Vielfaches dieser sehr geringen Finanztransaktionssteuer ausmachen würden. Und ich fühle mich bestätigt. Wir haben keine eigenen Berechnungen angestellt, was das für den Kleinsparer, die Kleinsparerin heißen würde, aber ich fühle mich durch die beiden Rechnungen, die hier angestellt worden sind, bestätigt. In der Rechnung des BVI ist gesagt worden, bei 0,05 Prozent würden die eingezahlten Beträge mit anderthalb Prozent belastet. Also ist es eine einfache Rechnung: Mit 0,01 Prozent sind es nunmehr 0,3 Prozent, mit denen die eingezahlten Beträge belastet werden würden. Und Prof. Otte kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. Also: Ich denke, der Kleinsparer, die Kleinsparerin müsste sich keine großen Sorgen um die Finanztransaktionssteuer machen, sondern sollte eher darauf drängen, dass die sonstigen Gebühren sinken, weil sie das eigentliche Problem und die eigentliche Belastung sind. Danke schön.

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Frau Prof. Weder di Mauro ist uns aus den USA zugeschaltet. Um sowohl Frau Prof. Weder di Mauro als auch die Standleitung nicht über Gebühr zu strapazieren, will ich jetzt die Reihenfolge der bisherigen Fragesteller unterbrechen und frage die Kolleginnen und Kollegen, ob direkte Fragen an Frau Prof. Weder di Mauro vorliegen. Dann gibt es den Vorteil, sofort zu Wort zu kommen. Gibt es noch direkte Fragen? Herr Kollege Poß, Sie haben das Wort. Bitte benutzen Sie das Standmikrofon.

**Joachim Poß (SPD):** Schönen, guten Morgen, Frau Prof. Weder di Mauro. Bei Ihnen ist es ja noch etwas früher als hier. Ich hoffe, dass Ihnen der Aufenthalt beim IWF bisher Spaß gemacht hat und auch weiter Spaß macht. Was mich ein wenig irritiert hat, ist Ihre Einordnung der Financial Activity Tax – also der Tax, die in der Studie des IWF genannt wird; vielleicht war das ein Missverständnis – als eine Umsatzsteuer. Ich habe das eher so verstanden, dass es auf der einen Seite eine Steuer auf Erträge, also auf Gewinne ist, und dass auf der anderen Seite – das hat die Kanzlerin gestern beim DGB noch einmal betont, weil

sich das so schön macht mit den Boni – damit die Boni und die Gehälter erfasst werden. Und ich war auch ganz erstaunt, das sich zum Beispiel sogar der FDP-Vorsitzende für eine Art Gewerbelohnsummensteuer, die hier abgeschafft wurde, ausgesprochen hat. Es ist nämlich vom Charakter her eine Art Gewerbelohnsummensteuer oder eine Gewerbeertragsteuer. Von daher nochmal meine Nachfrage: War das ein Missverständnis? Habe ich das falsch verstanden? Oder: Wie ordnen Sie diese Steuer ein?

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Herr Poß. Frau Prof. Weder di Mauro.

**Sve Prof. Dr. Weder di Mauro:** Das ist tatsächlich ein Missverständnis bzw. habe ich mich möglicherweise missverständlich ausgedrückt. Eine solche Financial Activity Tax soll eine Mehrwertsteuer sein, soll eine Mehrwertsteuer ersetzen, nicht eine Umsatzsteuer. Mit anderen Worten: Sie sollte nur auf den Mehrwert erhoben werden, nur der Mehrwert sollte besteuert werden, nicht die jeweiligen Volumina und Transaktionen. Allerdings ist das natürlich bekanntlich im Finanzsektor besonders schwierig, den Mehrwert zu ermitteln. Deshalb wäre es möglicherweise die Idee des Währungsfonds, mit einer solchen Steuer, die auf die Gewinne einerseits und auf die Gehälter oberhalb einer bestimmten, normalen Grenze andererseits angedacht ist, so etwas zu simulieren. Ich will aber dazu auch sagen, dass es, um eine solche Art von Steuer einzuführen, ganz sicher noch deutlich mehr Untersuchungen und Analysen braucht. Diese Art von FAT, Financial Activity Tax, ist eine sehr neue Idee. Es laufen hier zurzeit die Hintergrundarbeiten, um sich zu vergegenwärtigen, was so etwas genauer bedeuten würde. Die Abgrenzung sollte also mit anderen Worten zwischen einer FAT und FTT, zwischen einer Transaktionssteuer und einer Aktivitätsteuer sein. Die eine geht auf die Volumina, die andere versucht zumindest den Mehrwert zu besteuern und ist somit so etwas wie eine Gewinn- plus Lohnsummensteuer. Da dies eine neue Idee ist, die zurzeit diskutiert wird, haben Sie insofern völlig richtig verstanden. Wenn ich aber doch noch einmal dazu sagen darf: Es gibt sehr viel zielführendere Formen, wenn es darum gehen soll, Finanzkrisen in Zukunft zu vermeiden. Die zielführendere Form der Besteuerung wäre eben eine Pigou-Steuer, eine systemische Risikoabgabe. Und darauf sollte auch die gesamte Energie, sollten die Bemühungen der Bundesregierung gerichtet sein, so etwas auf nicht nur nationaler, sondern eben auch internationaler Ebene einzuführen.

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Frau Prof. Weder di Mauro. Es sind keine weiteren Fragen an Sie. Deswegen bedanke ich mich ganz herzlich für die Beantwortung der Fragen. Alles Gute. Wir fahren in der Reihenfolge fort. Der nächste Fragesteller kommt aus der Fraktion der CDU/CSU, Herr Ralph Brinkhaus. Bitte sehr.

**Ralph Brinkhaus (CDU/CSU):** Ich habe zwei Fragen, die erste Frage an Prof. Kaserer, und zwar: Inwieweit entzieht die Finanztransaktionssteuer dem Markt die notwendige Liquidität zum Funktionieren des Marktes, bzw. was passiert im Marktmechanismus, wenn wir den

Knopf ‚Finanztransaktionssteuer‘ tatsächlich drücken? Die zweite Frage richtet sich an den Verband der Auslandsbanken: Wir haben gerade die Stellungnahme von Herrn Kapoor gehört, der gesagt hat, ‚Na ja, prima! Das Ganze lässt sich eigentlich sogar auf nationaler Ebene, wenn nicht auch auf regionaler Ebene regeln.‘. Wie sehen Sie diese Stellungnahme, weil Sie sich in Ihrer Stellungnahme anders geäußert haben? Vielleicht können Sie in der Beantwortung der Frage noch einmal auf die Ausgestaltung der Finanztransaktionssteuer in der jetzigen Form am Standort Großbritannien eingehen. Danke.

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank. Herr Prof. Kaserer, bitte sehr.

**Sv Prof. Dr. Kaserer:** Ich bedanke mich für diese Frage. Dann kann ich in diesem Zusammenhang auch noch einmal kurz auf die Äußerung von Herrn Hickel eingehen, der hierzu das genaue Gegenteil behauptet hat, dass nämlich eine Finanztransaktionssteuer im Grunde genommen die Preisfindungsprozesse an den Märkten verbessert, sozusagen weil unnötige Spekulation aus den Märkten eliminiert wird. Da muss ich Ihnen leider sagen – und das hat jetzt nichts damit zu tun, ob man einem neoklassischen oder einem keynesianischen oder sonst irgendeinem Weltbild nachhängt –: Es geht hier um einfache empirische Fakten! Und es gibt ein empirisches Faktum, das seit den 80er Jahren in der empirischen Marktstrukturforschung dutzende und hunderte Male belegt wurde, nämlich dass reduziertes Handelsvolumen einhergeht mit zwei Dingen: mehr Volatilität in den Preisen und höhere Transaktionskosten. Das kann man nicht wegdiskutieren. Das ist auch keine Frage von Neoklassik oder sonst was. Das ist einfach nur eine Frage, dass man zur Kenntnis nehmen muss, dass es diese empirischen Fakten gibt. Die ganze Idee der Finanztransaktionssteuer beruht darauf, dass Handelsvolumina reduziert werden. Das ist sozusagen dabei die Zielsetzung. Also muss man konsequenterweise sagen: Wir werden durch die Finanztransaktionssteuer sehen, dass Volatilitäten steigen und dass Transaktionskosten steigen. Was wir heute nicht wissen – und das kann Ihnen heute niemand beantworten –, ist, wie stark dieser Effekt ist und ob dieser Effekt auf den unterschiedlichen Märkten – also: Derivate, Aktienmärkte usw. – gleich stark sein wird. Da will ich jetzt auch gar nicht den Teufel an die Wand malen. Ich will auch nicht behaupten, dass hier gigantische Verzerrungen zutage treten werden. Alles, was ich sage, ist: Das Wenige, was wir dazu empirisch wissen, deutet in eine ganz eindeutige Richtung. Das heißt, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer – wenn wir das wirklich lückenlos und international machen – ist es ein Experiment mit äußerst ungewissem Ausgang. Aus meiner Sicht spricht Vieles dafür, dass wir uns am Ende sozusagen dahingehend in das eigene Fleisch schneiden, dass die Effizienz der Preisfindungsprozesse darunter leidet. Das bezahlen dann wohl-gemerkt eben nicht die Hedgefonds, sondern das bezahlen die Unternehmen. Das bezahlen auch die Sparer, die beispielsweise einen Kredit aufnehmen, um ihr Haus zu finanzieren, denn da stecken im Hintergrund auch Transaktionen der Banken, mit denen sie die Zinsänderungsrisiken u. a. Risiken managen. Diese Finanzdienstleistungen werden verteuert werden.

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Herr Prof. Kaserer. Der Nächste ist Herr Dr. Wagner vom Verband der Auslandsbanken in Deutschland. Bitte sehr.

**Sv Dr. Wagner (Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Zunächst einmal war die Frage, wie die Auslandsbanken die nationale Einführung einer Finanztransaktionssteuer bewerten würden. Da ist unsere größte Befürchtung, dass wir hier in Europa hinterher einen Flickenteppich verschiedenster nationaler Steuerungssysteme haben werden, die derzeit überall diskutiert werden. Da gilt es, sorgsam abzuwägen, ob wir hier in Deutschland wirklich vorpreschen wollen, weil bei meinen Mitgliedern durchaus die Möglichkeit besteht – das hat auch der Kollege aus Großbritannien, denke ich, eben schon gezeigt –, dass Geschäfte auch auf anderen Marktplätzen getätigt werden und auch dort verbucht werden. Viele meiner Mitglieder, die im Börsenhandel tätig sind, haben ihre Handelsbücher in London, das heißt, die Transaktionen werden in der Regel dort abgewickelt, das heißt, die nationale Wirkung einer solchen Steuer würde ich – zumindest für meinen Bereich – als nicht so erheblich erachten.

Davon abgesehen: Was haben wir in Großbritannien? Das war die nächste Frage. Dort haben wir die Stamp Duty, die aber wiederum zahlreiche Ausnahmen für verschiedene Instrumente zulässt. Soweit mir bekannt ist, sind das Finanzprodukte wie Rentenpapiere, wie Derivate und wie ausländische Aktien. Und soweit mir bekannt ist, gilt sie auch nur für solche Transaktionen, die an Börsen stattfinden, das heißt, ein OTC-Geschäft fällt damit heraus. Und das ist durchaus ein Geschäft, das erhebliche Volumina hat, sodass wir uns als Verband der Auslandsbanken im Ergebnis dafür aussprechen würden, dass hier zumindest auf europäischer Ebene ein Regelwerk geschaffen werden sollte, mit dem ein solches Instrument eingeführt würde. Da plädieren wir doch nachdrücklich für eine Bankenabgabe, die auf europäischer Ebene und in einem Gesamtkonzept mit anderen Stabilisierungsmaßnahmen, die wir zwar jetzt heute nicht so explizit in der Anhörung auf den Tisch haben, aber die doch in den einzelnen Beiträgen immer wieder genannt wurden, angesiedelt wird. Ich nenne jetzt die Eigenkapitalausstattung, die Liquiditätsteuer, Risikosteuerung etc. etc. Das kann nicht nur Finanztransaktionssteuer versus Bankenabgabe sein, sondern das muss als Gesamtpaket betrachtet werden.

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Herr Dr. Wagner. Der nächste Fragesteller kommt aus der Fraktion der CDU/CSU, Herr Peter Aumer. Bitte sehr.

**Peter Aumer (CDU/CSU):** Ich hätte eine Frage an den BVI und an das Deutsche Aktieninstitut. Der IWF beurteilt die Einführung einer Finanztransaktionssteuer kritisch. Mit welchen Mehrkosten für Endkunden wäre zu rechnen? Das wäre die erste Frage. Und: Inwieweit sind die für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer kontraproduktiv zu einer verbesserten privaten Altersvorsorge? Das wäre die zweite Frage.

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank. Zunächst der BVI. Wer antwortet hier? Herr Siebel. Bitte sehr.

**Sv Siebel (BVI Bundesverband Investment und Asset Management e. V.):** Vielen Dank für die Nachfrage. Wir haben im Augenblick nach von uns durchgeführten Umfragen in Deutschland ungefähr 15 Millionen Sparer in Altersvorsorgeprodukten mit Investmentfonds. Dazu kommen dann indirekt große Teile der Versicherungssparer, wo wir die Kapitalanlagen für Versicherungsgesellschaften verwalten. Beide Formen sind betroffen. Daneben haben wir auch noch zweieinhalb Millionen Riester-Verträge. Das sind ungefähr 20 Prozent des Gesamtbestandes. Das sind die Betroffenen. Für die Finanztransaktionssteuer im Bereich der Altersvorsorge ist, wie ich vorhin schon dargestellt habe, bei einem angenommenen Sparvolumen von 200 Euro im Monat über dreißig Jahre ein Anlagebetrag von 72 000 Euro eingezahlt worden. Auf diesen Anlagebetrag entfallen an Finanztransaktionssteuer, akkumuliert über 30 Jahre – je nach der Höhe der Steuer, die Sie unterstellen –, zwischen 1,5 Prozent – ungefähr 800 Euro – bei einem Steuersatz von 0,05 Prozent und bis zu 7 700 Euro, wenn Sie 0,5 Prozent unterstellen. Das entspricht also zehneinhalb Prozent der eingezahlten Beiträge.

(Zwischenrufe )

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Bitte, Herr Siebel, Sie haben das Wort.

**Sv Siebel (BVI Bundesverband Investment und Asset Management e. V.):** Entschuldigung.

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Anhörung. Deswegen hören wir auch die Sachverständigen an. Es ist keine Debatte, bei der Zwischenrufe gewünscht sind. Herr Siebel, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

**Sv Siebel (BVI Bundesverband Investment und Asset Management e. V.):** Gut! Bei 0,1 Prozent sind es – auf die 30 Jahre bezogen – 1 599 Euro oder etwa 2 Prozent der eingezahlten Beiträge.

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Herr Siebel. Der nächste Sachverständige ist Herr Dr. Leven vom Deutschen Aktieninstitut.

**Sv Dr. Leven (Deutsches Aktieninstitut e. V.):** Wenn wir uns überlegen, welche Auswirkungen eine Finanztransaktionssteuer auf die Altersvorsorge hat, dann müssen wir erst einmal sehen, dass eigentlich alle Bundesbürger davon betroffen sind. Es sind die vielen Millionen Fondssparer. Es sind Aktionäre. Es sind aber auch die Anleger in anderen Anlageformen, sofern sie von dieser Steuer erfasst werden und betroffen sind. Letztlich ist es eigentlich jeder von uns, direkt oder indirekt. Selbst jeder Lebensversicherte wird, wenn entsprechende Lebensversicherungen diese Transaktionen tätigen, dann mit bezahlen müssen. Ich kann das jetzt nicht quantifizieren. Ich möchte auf einen Effekt aufmerksam machen, der – neben den vielen anderen Effekten, die schon genannt wurden: Erhöhung von Volatilität usw. – für mich relevant ist. Der deutsche Anleger ist steuersensibel. Und das ist nicht nur eine Frage der Höhe des Steuersatzes, sondern eine Frage, ob überhaupt eine Steuer erhoben wird oder nicht. Ich habe die Erwartung, dass viele Anleger von den besteuerten Anlageformen, z. B. von Aktienfonds oder von Aktien, wechseln werden, z. B. in den Bereich Sparbücher, die nicht von der Steuer betroffen sind, weil sie nicht von der Steuer betroffen sind, unabhängig vom Steuersatz. Der Deutsche ist in gewisser Weise ein Steuervermeider. Dieses wird dazu führen, dass die Effizienz der Altersvorsorge, der Anlageform insgesamt, zurückgehen wird. Dies ist ein weiterer Grund, der gegen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer spricht.

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Herr Dr. Leven. Der nächste Fragesteller kommt aus der Fraktion der FDP. Herr Björn Säger, bitte sehr.

**Björn Säger (FDP):** Herr Vorsitzender, herzlichen Dank. Ich möchte noch einmal die Problematik der Kleinsparer beleuchtet haben. Wir haben jetzt dazu ein paar Akademiker gehört. Mich würde dazu die Meinung des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken und des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft interessieren.

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Herr Säger. Für die Volks- und Raiffeisenbanken, Herr Hofmann. Bitte sehr.

**Sv Hofmann (Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V.):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender, auch vielen Dank für die Frage an Herrn Säger. Die Situation der Kleinsparer: Ich denke, die ist jetzt mehrfach beleuchtet worden. Wir sehen bei den Kleinsparern nicht das ganz große Problem einer Erhebung der Finanztransaktionssteuer. Wenn wir abwägen – eine Bankenabgabe versus eine Finanztransaktionssteuer –, dann würden wir, ähnlich wie die Sparkassen, zu dem Ergebnis kommen, dass trotz vieler, noch bleibender Bedenken, eine Finanztransaktionssteuer eindeutig vorzuziehen wäre. Die Belastung der Kleinsparer sehen wir nicht als gravierend an. Das wurde jetzt auch schon mehrfach deutlich. Allerdings sind wir hinsichtlich anderer Aspekte skeptisch, was die Einführung einer Finanztransaktionssteuer betrifft. Auch diese Aspekte wurden teilweise

angesprochen. Aber ich möchte noch einen Aspekt hinzufügen, nämlich die Verteilungswirkung: Eine solche Finanztransaktionssteuer würde speziell bei den großen Finanzzentren anfallen. Sie würde, wenn sie denn überhaupt konsensfähig wäre, in New York, in London, vielleicht in Tokio, in Paris, in Frankfurt anfallen. Und die Frage ist tatsächlich, ob die vielen Länder, die von der Finanzkrise betroffen sind und auch eine Gegenleistung der Banken einfordern, wirklich bereit wären, eine solche ungleiche Verteilung des Steueraufkommens hinzunehmen. Selbst hier in Deutschland müssen wir uns fragen, ob eine Förderung des Finanzplatzes London auf diese eklatante Art und Weise wirklich ein politisches Ziel sein kann. Das verschiebt die internationalen Gewichte und hat ganz klare Auswirkungen auf die Finanzströme. Das sind eigentlich unsere Kernbedenken, also übergeordnete Bedenken, nicht so sehr die Bedenken, was die Kleinsparer angeht. Vielen Dank.

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Herr Hofmann. Für den GDV spricht Herr Dr. Wehling. Bitte sehr.

**Sv Dr. Wehling (Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender, vielen Dank, Herr Sänger. Die Frage der Zuspitzung auf die Kleinsparer verzerrt aus unserer Sicht ein bisschen das Bild, das wir in dieser aktuellen Finanzkrise haben. Und es zeigt auch, dass man sich vielleicht anders an die ganze Problematik heranbringen muss. Die aktuelle Zeche wird ohnehin schon – so ist die allgemeine Wahrnehmung – durch den kleinen Sparer bezahlt und er wird durch das aktuelle Niedrigzinsumfeld – egal in welcher Kapitalanlageform – ohnehin schon mit zur Kasse gebeten. Dementsprechend ist es aus unserer Sicht wichtig, dass man dort ansetzt, wo die Verursachung der Krise ist, nämlich gerade dort, wo die hoch spekulativen Derivategeschäfte insbesondere im OTC-Bereich, im unregulierten Markt erfolgt sind. Es ist aus unserer Sicht erforderlich, dass man gerade hier auf EU-Ebene ansetzt und dass man diese Art der spekulativen Geschäfte entsprechend steuert und ggf. auch besteuert. Ein aus unserer Sicht guter Ansatzpunkt ist insbesondere das Vorgehen der EU-Kommission, an einer zentralen Clearingstelle für OTC-Derivate anzusetzen. Hier könnte, wenn das politisch gewollt ist, auch eine entsprechende Besteuerung ansetzen. Als Verbandsvertreter würde ich mich an dieser Stelle weder für noch dagegen aussprechen. Aber wenn, dann ist es erforderlich, dass man insbesondere dort ansetzt, wo die aktuelle Krise ist und eben gerade nicht beim Kleinsparer, um diesen noch weiter zu bestrafen. Vielen Dank.

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Herr Dr. Wehling. Die nächste Fragestellerin ist Frau Nicolette Kressl, finanzpolitische Sprecherin der Fraktion der SPD. Bitte sehr.

**Nicolette Kressl (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender, in diesem Fall. Ich habe eine Frage an die Wirtschaftskammer Österreich und eine Frage an den DGB. Von der Wirtschafts-

kammer Österreich würde uns eine Antwort auf diese Frage interessieren: Nachdem jetzt mehrmals diskutiert worden ist, wo die Belastungen durch eine Finanztransaktionssteuer enden, ist es sicher spannend, auch noch einmal zu hören, warum sich gerade Österreich und die Wirtschaftskammer Österreich, die auch für Unternehmen spricht, in der Unterstützung speziell gegen eine Bankenabgabe und für eine Transaktionssteuer entschieden haben. Und dem DGB würde ich auch gerne noch einmal die Frage, die grundsätzliche Frage von vorhin stellen, wie Sie die drei diskutierten Instrumente voneinander abgrenzen, wo Sie jeweils Vor- und Nachteile sehen.

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Frau Kollegin Kressl. Für die Wirtschaftskammer Österreich, Herr Dr. Pichler? Ist das richtig?

**Sv Dr. Pichler (Wirtschaftskammer Österreich):** Nein, nicht Herr Dr. Pichler, sondern Präsident Dr. Leitl.

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Herr Dr. Leitl. Bitte sehr.

**Sv Dr. Leitl (Wirtschaftskammer Österreich):** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, die österreichische Wirtschaft ist gegen eine Bankenabgabe, weil sie eine Bankkundenabgabe ist, das heißt, in ihrer Tendenz Kaufkraft senkt, Investitionen verteuert und damit Wachstum – das ist gerade in Europa eine entscheidende Frage – erschwert. Die Finanztransaktionssteuer hingegen ist fair, weil sie neben der Realwirtschaft auch die Finanzwirtschaft in eine Besteuerung mit einbezieht. Da geht es nicht um Strafe und Verursacherprinzip. Da geht es um ein reguläres Miteinbeziehen eines Bereiches, der sich bisher einer Besteuerung entzogen hat. Sie ist notwendig, weil sie einerseits, wie das hier in Deutschland angedacht wird, ermöglicht, Krisenvorsorge zu bewerkstelligen. In anderen Ländern, u. a. auch in Österreich, soll sie dazu dienen, den Haushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Sie ist sinnvoll, weil sie langfristige Investitionen statt kurzfristiger Spekulationen fördert. Sie müsste allerdings ergänzt werden durch eine europäische Ratingagentur. Sie müsste auch ergänzt werden durch eine Betrachtung additiver Belastungen des Bereiches Banken: Einlagensicherung als Stichwort, Notfallfonds als Stichwort und Basel III als Stichwort. Bezüglich Basel III würde ich überhaupt vorschlagen: Nachdem die Amerikaner zwar Basel II initiiert haben – ich habe in meiner damaligen Funktion als europäischer Wirtschaftskammerpräsident selbst mit verhandelt –, glaube ich, sollten wir die Amerikaner diesmal vorgehen und zeigen lassen, was sie zusammenbringen, um das dann in gleicher Proportion in Europa nachzumachen, aber wir sollten nicht vorhüpfen. Die Finanztransaktionssteuer ist schließlich machbar. Zehn Länder haben schon Erfahrungen bezüglich Auswirkungen. Ich schlage vor, dass diese einmal empirisch und nicht nur theoretisch erfasst werden, und dass man das, was angedacht wird – Börsenumsatzsteuern und ähnliche Dinge – auch national machen kann, wenn man sich schon international nicht so traut. Das sollte, zumindest als erster Schritt, ins Auge gefasst werden. Die Frage ist auch:



Es ist heute oft von ‚Was kann Europa – damit verstehe ich auch die Europäische Union – leisten?‘. Ich glaube, wir sollten einschränken und sagen. ‚Was kann die Eurozone leisten?‘ Sie ist es in erster Linie, die die Stabilität und das Vertrauen des Euro zurückgewinnen muss. Internationale Regelungen sind in Ordnung. Aber für internationale Regelungen bedarf es Pionierleistungen. Da gehört einmal dazu, dass bei den G20 Europa mit einer Stimme spricht – Das vermisste ich noch! – und dass wir uns auch Gedanken machen, ‚Wie bringen wir in Europa unsere Haushalte wieder in Ordnung?‘. Da ist ja das Grundproblem. Ich glaube aber, dass auch die stabileren Länder – und dazu zähle ich Deutschland, aber auch Österreich –, dass wir alle in Europa in die Richtung Griechenland unterwegs sind, nur mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Daher müssen wir diesem Problem der Haushaltssanierung auf den Grund gehen und daher auch sagen, ‚Was könnte hier eine Besteuerung der Finanzdienstleistungen, im Finanzbereich machen?‘. Die Zukunft des Euro ist mit der Zukunft der EU verbunden. Das, was die Bundeskanzlerin Ihres Landes sagt, wird auch von uns so vertreten. Und auch das, was Ihr Finanzminister zum Ausdruck bringt: Nämlich dass eine koordinierte, nicht zentralisierte – es ist ein großer Unterschied –, eine koordinierte Wirtschafts- und Budgetpolitik abgestimmt vereinbart, aber auch kontrolliert – das hat bis jetzt gefehlt – und sanktioniert werden muss. Auch das hat bisher gefehlt. Wenn wir ein 750 Mrd. Euro-Netz spannen, dann sollte das kein Freibrief sein, sich in dieses Netz hineinzubegeben, sondern sollte auch entsprechende Sanktionsmöglichkeiten haben. Schließlich geht es um ein handlungsfähiges Europa. Wir sollten damit auch die Glaubwürdigkeit nach innen und außen wieder herstellen. Ihnen als Vertreter Deutschlands, der Deutschen Bundesrepublik, kommt hier in Europa – und damit auch in der Vorbildfunktion für globale Regelungen – ein entscheidendes, ein entscheidendes Gewicht zu. Daher erwarten nicht nur wir Österreicher, sondern eigentlich ganz Europa, dass hier Initiativen gesetzt werden, dass sie nicht nur die Narkose, die bis jetzt gelungen ist – 750 Mrd. Euro –, sondern auch die Operation bewerkstelligen, sodass der Patient nachher gesund ist.

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Herr Dr. Leitl, für die Wirtschaftskammer Österreich. Jetzt – für den Deutschen Gewerkschaftsbund – Frau Uhl. Bitte sehr.

**Sve Uhl (Deutscher Gewerkschaftsbund):** Vielen Dank. Ich muss zugeben, ich bin total überrascht. Ich würde mir wünschen, dass ich vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag oder auch von der Handwerkskammer ein ähnlich entschiedenes Plädoyer für eine Finanztransaktionssteuer hören würde wie eben von der Wirtschaftskammer Österreich. Ich gebe zu, bei uns gehört es eher in den Bereich der Phantasie. Aber vielleicht können Sie da selbst auch noch einmal Überzeugungsarbeit leisten in Richtung Ihrer Kollegen in Deutschland. Das wäre für die hiesige Debatte sehr hilfreich und äußerst erfreulich. Das gebe ich zu. Ich kann eigentlich zu den vielen, von der Wirtschaftskammer Österreich emphatisch vorgetragenen Punkten, die für eine Finanztransaktionssteuer sprechen, gar nicht mehr viel zufügen. Es wurden ganz klar noch einmal die drei großen Vorteile gesagt, die damit verbunden sind. Das reicht vom dem Aufkommen, von dem wir heute schon was gehört haben. Insbesondere vor dem Hintergrund der dramatischen Zuspitzung der Haushalts-situation sind wir drauf angewiesen, auch neue Bemessungsgrundlagen mit in die Besteue-

rung einzubeziehen. Und diese neuen Bemessungsgrundlagen sind auch ganz entschieden bei den Finanzprodukten und in diesen Bereichen zu suchen und vor allem zu finden. Sie haben gehört, wie wenig Steuersatz schon wie viel Aufkommen generieren wird. Und wenn es das Minimum für dieses Land ist, von 12 Milliarden mehr pro Jahr zu sprechen – nimmt man jetzt die Finanztransaktionssteuer mit all ihren Produkten, die damit einhergehen, zur Basis –, dann ist das, finde ich heutzutage, ein ganz entscheidendes Argument oder ein wesentliches Argument.

Das zweite wesentliche Argument ist dann aber auch das, was die Finanztransaktionssteuer durchaus von der Bankenabgabe unterscheidet, nämlich die Lenkungsfunktion. Es soll ja gerade das Instrument, ein Instrument der Regulierung sein. Das kann nur eine Finanztransaktionssteuer. Das kann eine Bankenabgabe nicht. Im Gegenteil! Sie haben das Problem gehört! Im Übrigen finde ich es auch immer merkwürdig, wenn – ich sage mal – von der Kanzlerin oder vom Bundesfinanzministerium gesagt wird, dass sich so eine Krise wie die heutige niemals wiederholen darf. Und: ‚Wir müssen alles dafür tun, dass es Instrumente gibt, die das auch sicherstellen!‘. Und gleichzeitig schafft man aber ein Instrument, was die nächste Krise finanzieren soll. Das ist in sich ein Widerspruch, der kaum aufzulösen ist, auch weil wir wissen, dass wir uns mit der Bankenabgabe, wie sie in Deutschland geplant ist, eine Krise wie die jetzige höchstens erst wieder in 150 Jahren leisten können, weil wir solange sammeln müssten, bis wir das Geld zusammen hätten. Das bedeutet, eine Bankenabgabe muss anders gestrickt sein. Dann wäre sie sicher eine sinnvolle Ergänzung zu der Finanztransaktionssteuer. Aber sie kann, wie gesagt, die positiven Elemente einer Finanztransaktionssteuer nicht ersetzen.

Da würde ich gerne jetzt noch einmal zwei kleinere Entgegnungen zu diesem Teil der Lenkungswirkung machen. Vorhin wurde in einem – ansonsten, wie ich finde, sehr schönen – Beitrag vom Sparkassenverband gesagt, dass sich eine Lenkungswirkung dahingehend auswirkt, dass man, wenn sie besonders gut läuft, nichts mehr einnimmt. Das ist natürlich nicht das, was wir möchten. Das würde auch voraussetzen, dass man sie so hoch macht, dass sie plötzlich prohibitiven Charakter hätte. Das würde, was wir gar nicht wollen, dann eine durchaus sinnvolle Finanztransaktionssteuer stören. Aber das ist so weit weg von der Wirklichkeit, über die wir reden, weil wir über eine Besteuerung im Promillebereich reden, dass das Gegenteil der Fall sein wird. Das glaube ich tatsächlich. Die Realwirtschaft wird nämlich von dieser Steuer nicht sehr beeindruckt sein, sondern es wird höchstens die fatalen Geschäfte zurückdrängen, die auch in der Realwirtschaft getätigt werden. Ich komme ja aus Schwaben und mag gar nicht über den Fall Merckle reden, aber das zeigt doch, dass es auch in der Realwirtschaft Geschäfte gab, die nicht nur Konzerne zugrunde gerichtet haben, sondern auch die Menschen, die mit ihnen verwoben waren. Ich finde, daraus kann man auch sehen, dass es teilweise sogar eher ein Schutz für die Realwirtschaft sein kann, wenn man das erhebt.

Ich kann mich nicht enthalten, noch etwas zu dem Thema ‚Volatilität‘ zu sagen, das Dr. Vaubel – Ich hoffe, ich spreche Sie richtig aus! – angesprochen hat. Sie haben gesagt: ‚Es gibt auch Ausschläge ohne jede Transaktion!‘ Das ist ganz eindeutig richtig. Das ist ganz eindeutig richtig! Das spricht aber mitnichten gegen eine Finanztransaktionssteuer, sondern das ist nur ein Argument dafür, dass man sich die Instrumente anguckt, mit denen man auf solche Volatilitäten an den Märkten, die nur auf Anlegerverhalten zurückzuführen sind, reagieren kann, dass man sich das anguckt und sich dafür Instrumente überlegt. Das heißt, es ist kein Argument gegen eine FTT, sondern es ist ein Argument für andere Instrumente. – Die CDU regt sich wieder auf! Das ist immer so, wenn ich rede, schon traditionell. Ich danke dafür. Jetzt gibt es ein bilaterales Gespräch – auch schön. – Auch da gibt es durchaus Instrumente, die man sich vorstellen kann. Und es gibt auch die Überlegung und die Debatte, ob tatsächlich jeder Rohstoff börslich gehandelt werden muss, ob das überhaupt ein sinnvolles Instrument ist. Auch in diesen Bereich gehen wir also mit der Frage rein, die Herr Vaubel aufgeworfen hat. Dafür danke ich ihm dann natürlich auch schon wieder. Ich gebe zu, spannend fand ich den Vorschlag von Sony Kapoor, parallel dazu so eine Art Wegzugsteuer für Finanztransaktionen zu beschließen, wobei ich leider gar nicht glaube, dass wir die brauchen würden, weil sich bei den Besteuerungssätzen, über die wir hier reden, tatsächlich nicht besonders viele besonders weit weg bewegen wird.

Das letzte Stichwort, auf das ich eingehen sollte, war noch die Financial Activity Tax. Dazu als Instrument ist jetzt schon viel gesagt worden. Es ist eher eine Gewinnsteuer, eine Ertragsteuer. Ich finde den Vorschlag erst mal nicht verwerfenswert, sondern ich würde gerne sehen, was der IWF dazu vorlegt. Aber auch das ist keine Alternative zu einer Finanztransaktionssteuer, sondern darüber kann man hier mit den Kollegen reden. Die werden dann aber wahrscheinlich jaulen, wenn man die dann auch noch will. Zumindest ist das aber eine spannende Debatte. So! Jetzt muss ich hier mal meine ganzen Zettel durchwühlen, ob ich Ihnen noch irgendetwas aufdrängen muss. Sonst sage ich: Danke!

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Sie kommen bestimmt noch einmal dran, Frau Uhl. Vielen Dank, Frau Uhl. Der nächste Fragesteller kommt aus der Fraktion der CDU/CSU, Herr Ralph Brinkhaus.

(Zwischenruf )

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Nein? Herr Dr. Michelbach, bitte sehr.

**Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU):** Entschuldigung, Herr Vorsitzender. Ich frage den Bundesverband deutscher Banken und den Verband deutscher Pfandbriefbanken. Bei der Bankenabgabe verweisen auch heute einige Bankengruppen darauf, sie hätten keine Verantwortung für die Finanzmarktkrise und könnten zudem niemals den zu bildenden

Bankenrettungsfonds selbst nutzen. Sollte es nach Ihrer Ansicht Ausnahmen von Bankengruppen bei der Bankenabgabe geben? Und: Wie könnte eine Bankenabgabe systematisch ausgestaltet werden? Und: Ist das Werben für eine Finanztransaktionssteuer dieser Bankengruppen nicht eher als Ablenkungsmanöver zu verstehen, um die nicht geliebte Bankenabgabe zu verhindern?

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank. Für den Bundesverband deutscher Banken Herr Prof. Weber. Bitte sehr.

**Sv Prof. Dr. Weber (Bundesverband deutscher Banken e. V.):** Herr Vorsitzende, meine Damen und Herren, was die Verantwortung für die Finanzmarktkrise angeht, hat sich bei allen Fehlern, die auf Bankenseite in gravierender Weise gemacht worden sind, hoffentlich inzwischen auch herumgesprochen, dass es da eine Menge anderer Mitverantwortlicher gibt. Insofern halte ich – nach vorne schauend – insbesondere auch eine Differenzierung zwischen einzelnen Bankengruppen nicht für angebracht. Es gibt keine Bankengruppe, die per se krisenresistent ist. Ich verweise auf die Krise der Sparkasseninstitute in den USA Ende der 1980er Jahre, Anfang der 1990er Jahre. Ich verweise – um Ihnen hier nur zwei Beispiele zu nennen – auf die aktuelle Situation der Sparkassen in Spanien. Von daher halten wir sehr viel von einer Bankenabgabe als ein Instrument in einem Baukasten neben vielen anderen Instrumenten, die benötigt werden, damit unser System künftig krisenresistenter ist, als das bisher der Fall gewesen ist, stabiler ist, als das bisher der Fall gewesen ist. Dazu gehören in erster Linie verbesserte regulatorische Vorschriften mit Blick auf Eigenkapitalliquidität und in einigen Markt Bereichen auch Transparenz. Dazu gehört aber auch der Aufbau eines Stabilitätsfonds, gespeist aus einer solchen Bankenabgabe. Der Blick zurück hilft hier nicht sehr viel. Nach vorne schauend kann man nur feststellen, dass alle Finanzmarktteilnehmer von einem solchen, durch eine Bankenabgabe gespeisten Stabilitätsfonds profitieren würden. Von daher sind wir wirklich der Meinung, dass hierzu alle Finanzmarktteilnehmer gemäß dem Risikogehalt ihrer Geschäfte beitragen sollten. Sie sehen: Ich ziehe hier den Kreis durchaus weiter als nur über die Kreditwirtschaft. Was das Eintreten des einen oder anderen Kollegen – in dem einen oder anderen Fall auch erst in aller jüngster Zeit – für eine Finanztransaktionssteuer angeht, sollten Sie die Kollegen, meine ich, direkt befragen. Verwundern tut es mich ehrlich gesagt schon etwas, denn wir sind hiervon alle betroffen. Und ich glaube, es ist richtig, hier gemeinsam nach vorne zu schauen. Man kann sicherlich, wenn man für eine Finanztransaktionssteuer eintritt, damit kaum die Hoffnung verbinden, sie so zu stricken, dass man selbst in seinem Geschäftsmodell davon nicht betroffen ist. Das würde dem Risikoaspekt in keinster Weise gerecht werden.

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Herr Prof. Weber. Für den Verband deutscher Pfandbriefbanken, Herr Tolckmitt, bitte sehr.

**Sv Tolckmitt (Verband deutscher Pfandbriefbanken e. V.):** Vielen Dank für die Frage. Ich kann mich den Ausführungen von Prof. Weber weitgehend anschließen. Ich möchte es eigentlich nur insofern akzentuieren, als ich Wert darauf lege, ich glaube, es kann nicht darum gehen, einzelne Institutsgruppen auszunehmen. Ich glaube auch, es kann – und auch da stimme ich mit Ihnen überein – nicht darum gehen, das auf Banken zu beschränken, denn die Erfahrung zeigt, die nächste Krise wird nicht in diesem Segment angesiedelt sein. Insofern wird zur Bewältigung der Krise – und genau dazu soll ja der Fonds, der über die Bankenabgabe aufgebaut wird, dienen –, wird zur Bewältigung der Krise auch derjenige Kreis von Instituten heranzuziehen sein, der potenziell in der Lage ist, so eine Krise auszulösen – und das ist die gesamte Finanzindustrie –. Was die konkrete Ausgestaltung einer solchen Abgabe angeht, glaube ich, dass es bei allen noch offenen Fragen, die zu der Abgabe gegenwärtig bestehen, wichtig ist, dass man produktweise vorgeht und dass Produkte einfach entsprechend ihrem Risikogehalt gemessen werden und adäquat mit einer entsprechenden Abgabe belegt werden. Dabei ist nicht allein die Kapitalmarktorientierung Ausdruck eines besonderen Risikoreichtums. Ich glaube, dass es durchaus auch Argumente dafür geben kann, kurzfristige Refinanzierung von langfristiger Kreditausreichung, wenn sie nicht über den Kapitalmarkt läuft, unter Risikogesichtspunkten, unter Liquiditätsrisikogesichtspunkten zu hinterfragen. Deswegen glaube ich, dass es adäquat wäre, zum einen – wie gesagt – den Kreis der Betroffenen oder den Kreis der Zahler größer zu ziehen, zum anderen sich genau anzuschauen, ‚Gibt es Produktkategorien, die vergleichbare Risiken aufweisen?‘, dann sind sie auch vergleichbar zu behandeln. Und ich glaube, so wird aus der Bankenabgabe ein relativ umfassendes System, das zukünftigen Krisen adäquat vorbeugt und alle potenziell Betroffenen an ihr beteiligt.

Hinsichtlich der Frage, ob das mit der Finanztransaktionssteuer ein Vorwand ist oder ob das ein Ausweichargument oder Nebenkriegsschauplatz ist: Ich nehme jedem ab, dass er redliche Gründe dafür vorbringt, dass er das, was er hier vorträgt, auch fordern kann. Jeder ist geprägt durch seine Erfahrungen. Unsere Institute sind, das wissen Sie, als Pfandbriefbanken in besonderem Maße und vielleicht am stärksten von allen Institutsgruppen kapitalmarktbasierend und generieren ihre Refinanzierung hauptsächlich aus dem Kapitalmarkt. Entsprechend sehen wir natürlich die Probleme, die mit einer entsprechenden Finanztransaktionssteuer auch ohne Spekulation – das sei ausdrücklich gesagt, auch ohne Spekulation in einzelnen Instrumenten – verbunden sind, als ganz erheblich an. Vielen Dank.

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Herr Tolckmitt. Herr Staatssekretär Andreas Schieder aus dem Bundesministerium der Finanzen der Republik Österreich ist uns jetzt für eine halbe Stunde zugeschaltet. Ich werde deshalb jetzt von der vorgesehenen Reihenfolge der Fragesteller abweichen und frage die einzelnen Fraktionen, ob sie ...

( Heiterkeit )

**Stellv. Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** ... sich zu Wort melden möchten. Herr Dr. Sieling, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

**Dr. Carsten Sieling (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Staatssekretär, guten Tag erst einmal. Jetzt sind Sie in derselben Zeitzone wie wir und nicht in den USA. Wir waren - glaube ich - vorhin alle überrascht, als mein Kollege Poß guten Morgen wünschte. Aber das ist hier nicht nötig. Ich habe zwei Fragen an Sie. Die erste bezieht sich auf die Tatsache, dass der Österreichische Nationalrat mit der Mehrheit von ÖVP und SPÖ quasi einen Vorratsbeschluss pro Finanztransaktionssteuer gefasst hat und so gesehen Ihrer Regierung freie Hand gibt, sich dafür einzusetzen. Meine Frage ist, welche Argumente es sind, die Sie zu einem solchen Schritt in Österreich bewogen haben. Die zweite Frage bezieht sich darauf, dass der IWF in seiner Studie sehr politisch bezogen argumentiert, dass eine Finanztransaktionssteuer keine Mehrheiten im Staatenverbund finden würde. Unsere Bundeskanzlerin, wie Sie wissen, bezieht sich sehr darauf und formuliert immer, dass sie bei allen Sympathien für eine Finanztransaktionssteuer dieses doch für das Durchschlagende hält. Wie wird aus Österreich die internationale Lage gesehen und wie viel Mut sprechen Sie unserer Bundeskanzlerin an der Stelle zu, dass sie etwas forscher für das Richtige eintreten sollte?

**Stellvertretender Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Herr Kollege Sieling. Herr Schieder, bitte sehr.

**Sv Schieder (Bundesministerium der Finanzen der Republik Österreich):** Herzlichen Dank. Schönen Gruß aus dem Burgenland nach Berlin. Bei uns ist ebenfalls Mittagszeit, so wie bei Ihnen. Zu der ersten Frage, zu den Beschlüssen im österreichischen Nationalrat darf ich festhalten, dass wir sogar einen Parlamentsbeschluss aller im Parlament vertretenen Parteien in Österreich für die Einsetzung einer Finanztransaktionssteuer und zusätzlich noch im Regierungsprogramm 2008 festgeschrieben haben, dass diese Bundesregierung die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sich zum dezidierten Ziel gesetzt hat, und wir noch einmal im August 2009 einen Ministerratsbeschluss gefasst haben zur Erneuerung dieses Bekenntnisses und damit verbunden auch, dass alle Regierungsmitglieder aufgefordert sind, international - wo es geht - auch massiv Informationen und Lobbying für diese Frage zu machen.

Was waren unsere Beweggründe, was war unsere Grundüberlegung zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer? Wir sehen, dass Spekulationen zu überschießenden Preisreaktionen führen, welche dann letztlich auch die Realwirtschaft negativ beeinflussen können. Durch eine geschickt geeignet formulierte Finanztransaktionssteuer könnte damit auch der Anreiz für Spekulationen sinken. Eine Finanztransaktionssteuer ist wohl unbestrittenermaßen desto effektiver, desto internationaler sie umgesetzt ist. Es geht darum, dass gewisse Transaktionen in Währungen und Derivaten am besten auf internationaler - ich sage aber auch dazu, auch auf europäischer - Ebene sinnvoll und effektiv besteuert werden können. Was wir uns wünschen, ist eine europäisch akzeptierte Lösung für diese Frage zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Wir haben auch eine Studie des

Wirtschaftsforschungsinstituts in Österreich, die im Auftrag des Finanzministeriums und des Wirtschaftsministeriums durchgeführt wurde. Diese Studie geht davon aus, dass je nach Ausgestaltung und quasi Annahmen über Verhaltensänderungen bei einer EU-weiten Einführung zwischen 0,68 Prozent und 2,11 Prozent des EU-weiten Bruttoinlandsprodukts erzielbar ist: Ich darf Ihnen in Erinnerung rufen, dass die Einnahmen des EU-Budgets nur bei knapp 1 Prozent des BIP liegen. Das würde eine substantielle Haushaltsentlastung auch der EU-Mitgliedstaaten bewirken können. Nur als Vergleichszahl, denn wir haben keinen Beschluss, wie man die Finanztransaktionssteuer verwenden kann. Zur Zeit ist natürlich die Verlockung sehr groß, dass es die einzelnen Nationalstaaten doch zur Sanierung ihrer durch die Krisen ins Wanken geratenen Budgets verwenden sollen.

Zu der zweiten Frage des Internationalen Währungsfonds, der im April wie besprochen ein Gutachten für den nächsten G20-Gipfel erstellt hat, muss man festhalten, dass die Aufgabe, die dem IWF gestellt worden war, die war, eine faire und substantielle Beteiligung des Finanzsektors an der Bankenrettung zu verfassen. Daher ging es darum, auch festzuhalten, wo entsteht das systemische Risiko für den Staat durch den Bankensektor. Hier hat der Internationale Währungsfonds ganz klar festgestellt, dass er eine Bankenabgabe, die sich an der Bilanzsumme orientiert, die die Verbindlichkeiten der Banken, quasi eine Financial Activity Tax, als sinnvoll erachtet mit dem Ansatzpunkt Bilanzsumme ggf. minus jenen Bereichen auf der Seite, wo das systemische Ansteckungsrisiko ist, also auf der Passivseite minus Eigenkapital und solche Faktoren, als für die systemische Frage und die Beteiligung des Bankensektors an den Kosten der Krise für das Richtige erachtet hat. Allerdings sagt der IWF richtigerweise zu einer Finanztransaktionssteuer, diesem Ansteckungsrisiko kann nicht durch eine Finanztransaktionssteuer begegnet werden, weil das eben eine Frage der systemrelevanten Banken und Finanzinstitute ist. Allerdings ist es wichtig zu beachten, dass durch eine Finanztransaktionssteuer eine andere wirtschaftspolitische und spekulationseindämmende Zielsetzung erfolgt. Ich gehe auch davon aus, dass der Internationale Währungsfonds in dieser unterschiedlichen Einschätzung - Bankenabgabe und Finanztransaktion - für zwei verschiedene Fragestellungen des Finanzsektors uns auch noch demnächst Näheres vorlegen wird.

Zu der letzten Frage, die Sie mir gestellt haben. Ich würde es sehr begrüßen, wenn Deutschland als die führende Volkswirtschaft in der Europäischen Union einen massiven Schritt auch in diese Richtung machen würde. Jedes Nachdenken und jede Diskussion in Deutschland, so wie die heutige auch, wird international auch sehr wahrgenommen und auch - darf ich sagen - in Österreich sehr positiv wahrgenommen, denn es geht letztlich darum, dass wir schauen, dass diese Spekulationsbestrebungen, die zurzeit in Wahrheit die große Gefahr für die Volkswirtschaften rund um den Erdball sind, auch durch eine vernünftige Steuer wiederum eingebremst werden. Daher: Alle Maßnahmen, wo die deutsche Bundesregierung und auch die deutsche Bundeskanzlerin ermuntert werden kann - ich weiß nicht, ob mir das zusteht, sie zu ermuntern -; sind positiv zu begrüßen. Ich glaube, wir brauchen mehr Regulierung innerhalb der Europäischen Union. Finanzmarktaufsicht mit Biss. Wir hoffen, dass jetzt bei den Hedgefonds endlich eine vernünftige Regulierung herauskommt und auch eine europaweit eingeführte Finanztransaktionssteuer.

Letztlich brauchen wir uns auch nicht fürchten, denn einige Staaten kennen ähnliche Institute wie eine Finanztransaktionssteuer jetzt schon in ihren nationalen Steuerrechten.

**Stellvertretender Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Herr Schieder. Eine weitere Frage kommt von Herrn Kollegen Dr. Troost für die Fraktion DIE LINKE.

**Dr. Axel Troost (DIE LINKE.):** Ich möchte noch einmal anschließen an Ihre Antwort von eben. Wie würden Sie denn die Chancen zur Umsetzung auf europäischer Ebene sehen, wenn der Deutsche Bundestag in der Tat auch so einen Vorratsbeschluss fassen würde? Ist dann möglicherweise der Durchbruch zu erwarten oder glauben Sie, dass das noch nicht reichen wird?

**Sv Schieder (Bundesministerium der Finanzen der Republik Österreich):** Um das ganz kurz zu sagen: Ich glaube, dass ein deutscher Vorratsbeschluss, ein Signal des Deutschen Bundestages extrem positiv wäre und höchstwahrscheinlich der entscheidende Durchbruch in dieser Frage ist, denn wir kennen die Position in Österreich, wir kennen die Diskussion in Frankreich, wir kennen die Diskussion in Belgien. Solch ein deutscher Beschluss wäre mehr als Rückenwind, höchstwahrscheinlich wirklich der Durchbruch in dieser wichtigen Frage.

**Stellvertretender Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Herr Schieder. Noch eine weitere Wortmeldung. Eine Frage von Herrn Ralph Brinkhaus. Bitte hier vorn das Saalmikrofon benutzen.

**Ralph Brinkhaus (CDU/CSU):** Herr Schieder, Sie haben gerade mit Vehemenz erklärt, also dass man dem internationalen Spekulantentum auch Einhalt gebieten muss. Können Sie vielleicht noch einmal erklären, auch anhand empirischer, faktischer Zahlen, inwieweit die Spekulation dazu beigetragen hat, dass wir jetzt eine Staatsanleihenkrise haben und wie die Finanzmarkttransaktionssteuer dagegen wirkt?

**Stellvertretender Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Herr Brinkhaus. Herr Schieder, bitte sehr.

**Sv Schieder (Bundesministerium der Finanzen der Republik Österreich):** Ich darf Ihnen anhand der österreichischen Haushaltszahlen verdeutlichen, was ich meine. Im Jahr 2008 hatten wir ein Budgetdefizit von 0,4 Prozent. Im Jahr 2009, als die Krise in Europa vollkommen angekommen ist, hatten wir ein Budgetdefizit von 3,4 Prozent, das jetzt angestiegen ist im Jahr 2010 sogar auf 4,7 Prozent. Es ist wohl auf der Hand liegend, dass es kein strukturelles Budgetproblem gibt, sondern dass das die Kosten der Krise und dieser Finanzmarktkrise sind, die quasi über die Blasen in Amerika letztlich nach Europa



gekommen sind. Daher kann es auch als die Antwort auf die Griechenland-Diskussion nur sein zu sagen, scharfe Regulierung und auch solche Instrumente wie Finanztransaktionssteuern, die nämlich genau durch den geringen Steuersatz jene mitunter oft computergenerierte Spekulation auf minimale Änderungen abschneidet und diesen Bereich der Spekulation auch wegglättet und hiermit auch mehr Stabilität für die Märkte bringt und letztlich auch die dringend benötigten Einnahmen für die Staatshaushalte bereitstellt. Letztlich muss man auch noch eines sagen: Wir haben auf jede Geschäftstätigkeit, auf den Kauf einer Banane Umsatzsteuer - auf Finanzmarktgeschäfte nicht. Daher ist es wohl nur auch recht und billig, dass eine ganz kleine Finanztransaktionssteuer, eine Art Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte, eingeführt wird, was letztlich auch Geld zum Wohle der gesamten Gesellschaft bedeutet.

**Stellvertretender Vorsitzender Klaus-Peter Flosbach:** Vielen Dank, Herr Schieder. Sie wollen noch einmal? Ich habe keine weitere Wortmeldung. Dann wäre das die letzte Nachfrage noch zu Herrn Schieder. Bitte sehr, Herr Brinkhaus.

**Ralph Brinkhaus (CDU/CSU):** Bei allem Respekt, das war jetzt keine Beantwortung meiner Frage. Können Sie meine Frage beantworten?

**Sv Schieder (Bundesministerium Finanzen der Republik Österreich):** Bei allem Respekt gegenüber der Frage und dem Fragesteller – die Frage war doch, wie sehr Spekulation die Staatshaushalte negativ beeinflusst hat und wo hier die Ursachen zu legen sind. Ich kenne nur die Zahlen anhand des österreichischen Staatshaushaltes. Und hier sehen wir, wir hätten einen ausgeglichenen Staatshaushalt ohne Finanzkrise erreichen können. Wir haben durch die Finanzkrise, wo kein Arbeitnehmer, keine Wirtschaft, kein Politikversagen in der österreichischen Finanzpolitik schuldig sind, sondern die internationale Finanzkrise, das Platzen von Blasen und Spekulationen, wie man es im Volksmund sagt, alle diese Faktoren zusammen haben unseren Staatshaushalt, so wie alle anderen in Europa, letztlich auch ins Minus gerissen. Hier müssen wir eine Antwort darauf finden. Ich denke mir daher, dass die Frage schon beantwortet ist. Ich möchte abschließend vielleicht eines noch betonen: In Österreich ist das Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer nicht nur von Sozialdemokraten getragen, auch von der Konservativen Volkspartei, sogar von der rechtskonservativen Freiheitlichen Partei und den Grünen, also von allen Parteien im österreichischen Parlament. Es ist wirklich ein Konsens über alle Bereiche hinweg, weil auch jede gesellschaftspolitische Anschauungswelt anscheinend erkennt, dass diese Finanztransaktionssteuer ein wichtiger Beitrag für die Welt wäre.

(Übernahme des Vorsitzes durch den  
Vorsitzenden Dr. Volker Wissing)

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Gibt es noch weitere Fragen an Herrn Schieder? Das ist nicht der Fall. Dann bedanken wir uns sehr herzlich. Ich erteile dann als nächster Fragestellerin das Wort Frau Kollegin Dr. Barbara Höll für die Fraktion DIE LINKE..

**Dr. Barbara Höll (DIE LINKE.):** Ich habe zwei Fragen an zwei Sachverständige. Als Erstes möchte ich mich an Herrn Peter Wahl wenden. Zum Teil läuft die Diskussion ja so, dass die Finanztransaktionssteuer eventuellerweise den Finanzsektor über Gebühr belasten würde. Das könnte nun dazu führen, dass sie umgangen werden soll. Wie sehen Sie die Möglichkeiten, dass die Finanztransaktionssteuer zu umgehen ist?

Dann möchte ich mich noch an Herrn Prof. Wegner vom Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD wenden. Sie haben in Ihrer Stellungnahme darauf hingewiesen, welche Motivation Keynes und Tobin hatten, als sie ihre Vorstellungen von der universellen Steuer auf Finanztransaktionen entwickelt haben. Sie verweisen auch darauf, dass beide Ökonomen bestimmte Vorstellungen darüber hatten, wie man mit den Einnahmen verfahren sollte. Das würde mich noch einmal interessieren, wenn Sie zu diesem Bereich noch einiges ausführen könnten.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Ja, wir danken. Zunächst erteile ich das Wort Herrn Wahl.

**Sv Wahl (weed – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e. V.):** Zunächst einmal muss man sich darüber im Klaren sein, dass jede Steuer hinterzogen und umgangen werden kann. Die Lohnsteuer kann umgangen werden durch Schwarzarbeit. Ich hätte heute morgen eine Stange Zigaretten am U-Bahnhof kaufen können unter Umgehung der Mehrwertsteuer. Insofern ist dieses Argument kein Argument gegen die FTT als solche, sondern gegen Steuern überhaupt. Insofern würde ich sagen, sollte man dieses Argument, weil ich nicht glaube, dass ein vernünftiger Mensch auf Steuern überhaupt verzichten sollte, jetzt langsam aus dem Verkehr ziehen. Zweitens muss man aber natürlich sehen, dass ungeachtet dessen die FTT in viel geringerem Maße hinterzogen und umgangen werden kann, als das für andere Steuern der Fall wäre. Wenn man sich einmal vorstellt, wie dieser Handel wirklich konkret abläuft. Hauptzielscheibe der FTT ist der high frequency trade, also der Hochfrequenz-, der ganz schnelle computergestützte Handel, der in Millisekundenabständen irgendwo auf der Erde computergestützt nach einer kleinen Differenz in Zinsen, in einem Aktienkurs, in einem Wertpapierkurs oder in einem Wechselkurs sucht und dann darauf sozusagen zugreift. Dieser Handel ist automatisiert. Er läuft elektronisch und vor allem ist er abhängig bei diesem wahnsinnigen Tempo auf ein absolut sicheres Zahlungsausgleichssystem. Denn das ist nun das Allerteuerste, was diese Branche hat, nämlich ihr Geld zu bekommen. Deswegen hat sie diese technisch außerordentlich ausgereiften und sicheren Plattformen entwickelt. Die beiden wichtigsten sind zum einen das SWIFT-System, das als Geschäftsanbahnungssystem und Informationssystem gilt und dann natürlich das Continuous Linked Settlement-Banksystem, das den Zahlungsausgleich macht. Es ist einfach möglich, durch die

Anfügung eines kleinen elektronischen tags an jede dieser Transaktionen, dass jede Zentralbank automatisch über diese Steuer informiert wird und die Summe quasi auf diese Weise abziehen kann. Aus diesem Grunde ist es sehr schwer und vor allem kostspielig, dieses System zu umgehen. Denn es würde nicht nur Kosten verursachen, wenn man dieses System umgeht - ich weiß jetzt nicht, mit Geldkoffer oder per Fernschreiben oder wie man das dann in Zukunft machen würde den Zahlungsausgleich zu bewerkstelligen -, sondern was hinzukommt: Finanzmarktakteure, die darauf verzichten, diese eingefahrenen elektronischen Plattformen zu benutzen, würden riskieren, dass ihre Bonität sinkt, weil sie sich unsicherer, nicht eingefahrener, nicht herkömmlicher Verfahren bedienen. Aus diesem Grunde, ist es viel teurer, das zu umgehen und zu hinterziehen, als diese Steuer zu bezahlen.

Ich möchte aber eine kleine Bemerkung jetzt an dieser Stelle noch zum Thema Volatilität anfügen, weil dies mehrfach eine Rolle gespielt hat. Es kam das Argument, dass die Volatilität erhöht würde, wenn diese high frequency trades beendet würden. Wenn man über Volatilität spricht, muss man über verschiedene Typen von Volatilität sprechen. Es gibt die kurzfristige Volatilität – also diese im Sekundenbereich oder auch im intraday trade – und es gibt die für die Realwirtschaft relevante, entscheidende und wichtigere Volatilität, nämlich die mittelfristige, die sich auf 2, 3, 4 Monate bezieht. Da dieses kurzfristige overshooting des high frequency trade dazu führt, mittelfristig eben Blasen zu bilden, Bullenmärkte oder Bärenmärkte jeweils zu erzeugen, aus diesem Grunde ist diese Volatilität die entscheidende. Deswegen sind die empirischen Daten, die vorhin zitiert worden sind, für die kurzfristige Volatilität für unsere Themenstellung nicht ausschlaggebend, sondern ausschlaggebend ist, wie sich die Volatilität im mittelfristigen Rahmen bewegt. Und diese wird exakt, weil das overshooting, das permanente, verhindert wird, reduziert und deswegen geht die für die Realwirtschaft bedeutende mittelfristige Volatilität zurück und die Stabilität der Finanzmärkte wird erhöht.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Besten Dank, Herr Wahl. Als nächstes erteile ich das Wort Herrn Prof. Dr. Wegner vom Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD.

**Sv Prof. Dr. Wegner (Sozialwissenschaftliches Institut der EKD):** Es ist in der Tat richtig, wir haben in unserer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass sowohl Keynes als auch Tobin in ihren Voten für eine entsprechende Steuer weniger an zusätzliche Einnahmen gedacht haben, sondern auf die Lenkungswirkung für die Gewährleistung funktionsfähiger Märkte und einen funktionsfähigen Preisbildungsmechanismus hingewiesen haben. Wir stehen aber heute vor einer Situation, dass sich durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer beide Ziele in einer vernünftigen Kombination erreichen ließen, sowohl die Generierung zusätzlicher Einnahmen als auch eine sinnvoll steuernde, dämpfende Wirkung auf spekulative Prozesse auf den Finanzmärkten und von daher eine Verbesserung der Preisfindungsmechanismen und der Märkte in diesem Bereich. Insofern empfiehlt sich von daher die Einführung solch einer Steuer. Lassen Sie mich in dem Zusammenhang eine Anmerkung zur Diskussion machen. Wir diskutieren die Einführung dieser Steuer vor dem Hintergrund

des Versagens von Märkten und des Versagens in der Effizienz von Preisfindungsmechanismen, die schon jetzt seit längerem deutlich leiden und insofern ist eine Diskussionslage, die jetzt immer darauf abhebt, wie sehr durch die Einführung dieser Steuer die Märkte wieder beeinträchtigt würden, eigentlich eine seltsame Schieflage in der Diskussion. Auch eine Diskussion, die jetzt darauf abhebt, wie sehr kleine Sparer oder kleine Pensionäre oder Rentenempfänger unter der Einführung dieser Steuer leiden, ist irgendwie ein bisschen absurd, weil diese Menschen leiden jetzt schon unter den Folgen der Wirtschaftskrise, die wir zu ertragen haben. Die entscheidende Frage muss doch sein: Wie können wir in Zukunft die Wiederholung solcher schweren Krisen auf den Finanzmärkten verhindern und was leisten dazu die vorgeschlagenen Maßnahmen, die wir hier durchdiskutieren? Mir scheint nach allem die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in dieser Hinsicht noch am spezifischsten zu wirken, weil mit ihr die Chance verbunden ist, kurzfristige spekulative Transaktionen zu dämpfen, die Kosten dafür teurer zu machen und in dieser Hinsicht regulierend und im Sinne eines vernünftigen Marktwirkens einzugreifen. Die anderen vorgeschlagenen Maßnahmen, wie Bankenabgabe oder die andere diskutierte Steuer, wirken in dieser Hinsicht viel zu unspezifisch und sie bergen das Risiko, dass es unterhalb dieser Abgaben dann doch im Wesentlichen so weitergeht wie bisher. Deswegen sollten wir den Mut haben, solch eine Steuer einzuführen und ich möchte darauf hinweisen, dass entscheidende Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte so dringlich sind wie nur irgendetwas. Es sollte der politische Wille dafür da sein, dies auch schnell umzusetzen.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Besten Dank, Herr Prof. Wegner. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich das Wort Frau Kollegin Paus.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe zwei Fragen an zwei Anzuhörende. Zunächst an Herrn Pater Dr. Alt: Sie stehen für die Initiative der Kampagne „Steuern gegen Armut“, mit der Sie auch über 60 000 Unterschriften gesammelt haben für eine Petition im Deutschen Bundestag. Könnten Sie uns noch einmal erläutern, welche Gründe für Sie dafür gesprochen haben, diese Initiative zu starten und wie Sie die Menschen haben gewinnen können, mit 60 000 Unterschriften für diese Kampagne einzutreten.

Zum Zweiten möchte ich befragen Herrn Neukirch von der GLS-Bank. Es ist heute schon mehrfach unterschiedlich beurteilt worden, wie diese Finanztransaktionssteuer auf die Realwirtschaft und auf Finanzdienstleistungen wirken könnte. Sie haben in Ihrer Stellungnahme noch einmal explizit darauf hingewiesen, dass Sie der Auffassung sind, dass bestimmte Geschäftsmodelle durch diese Finanztransaktionssteuer verschlechtert werden und andere begünstigt werden. Könnten Sie vielleicht das noch etwas weiter ausführen?

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Zunächst hat das Wort Herr Dr. Alt, bitte.

**Sv Pater Dr. Alt:** Was bei mir das Ganze ausgelöst hat, war ein Jugendlager im mittelamerikanischen Belize, in Maya Mountains. Ich sollte da ein Jugendlager machen. Ich brauchte Mais und Reis, um die Jugendlichen zu ernähren. Auf einmal gab es keinen mehr. Und das bisschen, das es noch gab, war schweinetuer, obwohl die Ernte gut gewesen ist und keiner mir sagen konnte, was da eigentlich los ist. Erst hinterher habe ich erfahren, dass das die Zeit gewesen ist, wo mit Agrarrohstoffen künstlich weltweit die Preise hochgetrieben wurden. Wir konnten uns behelfen, aber anderswo kam es zu Hungeraufständen. Als ich dann irgendwann später einmal geguckt habe, was denn beim G20 in Washington und was beim G20 in London so diskutiert wird, da fand ich keine Spekulantensteuer. Obwohl ich kein Wirtschaftswissenschaftler bin, wusste ich schon, dass eben von Keynes über Tobin eine solche Steuer für gut befunden wurde, um Spekulationen zu beschränken. Das war der Punkt, wo ich dann angefangen habe, herumzutelefonieren und Leute zu fragen: „Wäre es nicht eine gute Idee, wenn in der Diskussion der G20 auch eine Spekulationssteuer auf der Tagesordnung stünde?“ Und nachdem dann endlich einmal klar war, dass wir nicht über eine Erneuerung der Tobin-Tax, sondern um ganz etwas anderes reden, nämlich das, was eben vom österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut sehr gut in die Diskussion gebracht wurde, hatte ich den Eindruck, diese Idee verfängt. Also wir hatten dann relativ bald ein Kampagnenbündnis zustande und dann kam die Petition. Ich muss am Anfang sagen, dass alle eher skeptisch gewesen sind, dass wir innerhalb von drei Wochen die 50 000 Unterschriften schaffen, aber wir haben es geschafft. Aus der Korrespondenz auch mit diesen Leuten, die diese Petition unterzeichnet haben, weiß ich, dass die Bürgerinnen und Bürger froh waren, zu sagen, diese Finanztransaktionssteuer ist überzeugend, sie ist einfach, sie ist elegant und sie trifft vor allen Dingen die, die es treffen soll. Und wenn wir auf diese Art und Weise bei unserem Sparbuch, eben auch bei unserer langfristigen Anlage diese Steuern zahlen, das machen wir gerne, solange die Spekulanten sie auch zahlen. Es ist hier heute sehr viel von der Stabilität die Rede – Stabilität der Märkte. Ich möchte hier in dieser Kampagne und in meinem Beitrag einen Appell richten zur Stabilität der Gesellschaft, zur Stabilität der Welt. Denn letzten Endes wollen wir alle keine griechischen Verhältnisse. Aber ich weiß auch aus den Emails, die ich kriege, dass unsere Bürgerinnen und Bürger in diesem Land der Meinung sind, dass die Politik nur Politik aus Sicht der Banken, zugunsten der Banken betreibt, während der kleine Bürger über seine Steuern die Rechnungen begleichen muss. Da ist ziemlich viel Wut. Eine Steuer, die von Bundespräsident Köhler - gut, Präsident Köhler nennt sie eine Abgabe, aber das ist jetzt egal - und vielen Wissenschaftlern unterstützt wird, sollte gemacht werden. In der Eurozone oder in der EU oder in der G20, aber man muss irgendwann einmal anfangen und natürlich auch andere Maßnahmen dazu nehmen, weil eine Finanztransaktionssteuer allein das Problem nicht lösen wird.

Das Zweite, was wir als Kampagne wollen, ist, dass wir einen Teil der Gewinne für die Armutsbekämpfung verwenden wollen. Da wird dann immer gesagt: „Ach ja, die Kirche, die Gutmenschen – die wollen halt den Armen auch was Gutes tun.“ Ich habe in meiner Stellungnahme dargelegt, warum ich denke, dass die Einnahmen aus dieser Steuer nicht nur Gutmenschentum betreffen, sondern auch ein Beitrag zur Prävention von Terror und von illegaler Migration sein können. Das sind sicherheitspolitische Interessen unseres Landes, an die wir ruhig in diesem Kontext auch einmal denken sollten. Letzten Endes denke ich, dass die Banken mit diesen 0,05 Prozent sehr leicht fertig werden, aber ich glaube, dass in unserer

Gesellschaft und in der Welt jedes weitere Zuwarten eine explosive Situation schafft, die keiner von uns wollen kann.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Danke an Sie. Das Wort hat Herr Neukirch für die GLS-Bank.

**Sv Neukirch (GLS-Bank):** Ich möchte nahtlos anknüpfen. Die Überlegungen, weshalb diese Steuer jetzt in den Vordergrund kommt, knüpfen doch daran an, dass die Lasten aus den Risiken, die in den letzten Jahren sichtbar geworden sind, heute schon bei dem Steuerbürger angekommen sind. Das Problem haben wir ja bereits. Also geht es doch um eine Verfeinerung dessen, wie wir damit jetzt umgehen können und bzw. es wirksam an eine bestimmte Stelle bringen. Insofern beschäftigen wir uns mit der Transaktionssteuer unter dem Gesichtspunkt, welchen Einfluss hat es auf die Entscheidungsmechanismen im Zusammenhang mit Arbitrage-Geschäften. Und das ist heute mehrmals angeklungen: Die einen haben das Austrocknen der Märkte als besonders kritisch empfunden. Die anderen haben das Hochtreiben von Volatilitäten durch besonders viele Umsätze für kritisch befunden. Wenn wir den Blick über eine Transaktionssteuer dafür stärken, welche Entscheidungsmerkmale wir überhaupt haben, wenn wir über Arbitrage sprechen, dann ist es dringend nötig, dass ein Kostenmerkmal den Entscheidungsträgern bewusst macht, was sie damit auslösen. Also das heißt, so ähnlich wie wir es auch in der Realwirtschaft kennen: Wenn ich Transporte über die ganze Welt habe, dann sind damit Kosten verbunden und ich muss sie in meiner Entscheidung mit berücksichtigen. Hätte ich diese Kosten nicht, wäre alles beliebig. Das ist im Umkehrschluss für die Kapitalwirtschaft erst recht der Fall. Solange ich keine Kosten für den Verkehr habe, den ich für Arbitrage-Vorteile nutze, solange bin ich beliebig in meiner Entscheidung und mache mir keine weiteren Gedanken darüber. Es ist unser Hauptgesichtspunkt, dass wir den Entscheidungsträgern in den Unternehmen klar machen müssen, dass diese Vorgänge Kostenanteile haben, die heute noch nicht bekannt sind. Wir sind sicher, dass damit beruhigende Gesichtspunkte eintreten. Insbesondere haben wir auch schon von den gegnerischen Stimmen zur Transaktionssteuer gehört, dass man Sorge hat, bspw. von Kaskadeneffekte, also dass die Kosten der Steuer sich multiplizieren. Aber gerade darin sehen wir genau den Grund, sich mit dieser Steuer intensiv auseinander zu setzen und sie einzuführen. Es sind genau die sich hochschaukelnden Effekte, wie wir sie jetzt in der Griechenlandkrise beobachtet haben und vor zwei Jahren, die nicht nur mit Ausdünnen von Märkten, sondern im Vorfeld mit Verzerren von Preisen einhergehen und darauf würde die Transaktionssteuer einen zielgerichteten, lenkenden Einfluss zur Reduzierung dieses Risikos ausüben.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Danke schön. Für die CDU/CSU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Kollegen Brinkhaus.

**Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): Ich habe zwei Fragen, beide an die Deutsche Börse. Die erste Frage: In allen Stellungnahmen, die wir im Vorfeld dieser Anhörung bekommen haben und auch Presseäußerungen von Politikern verschiedener Parteien werden immer wieder Zahlen genannt, was denn die Finanztransaktionssteuer für einen fiskalischen Effekt erbringt. Das fängt an bei 10 Milliarden für Deutschland und hört weltweit - von Attac zumindest angeführt - bei einer Billion auf. Gibt es in Ihrem Haus irgendwelche fundierten Berechnungen, wie sich denn eine Finanztransaktionssteuer mit diesem 0,05-Volumen tatsächlich auswirken würde? Die zweite Frage ist eine technische Frage, da Sie über alle Handelsplattformen verfügen: Was würde denn jetzt passieren, wenn wir a) auf europäischer, b) auf nationaler Ebene vorpreschen und eine Finanztransaktionssteuer einführen würden? Was würde technisch passieren und welche Bewegungen würden Sie erwarten?

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Vielen Dank, Herr Kollege Brinkhaus. Wer übernimmt die Beantwortung für die Deutsche Börse AG? Herr Riess, bitte Sie haben das Wort.

**Sv Riess (Deutsche Börse AG):** Ich bin Geschäftsführer der öffentlich-rechtlichen Frankfurter Wertpapierbörse und Managing Director bei der Deutschen Börse. Vielleicht beginne ich mit Ihrer zweiten Frage und der Einordnung: Ich denke, wie wir bei der Krise rund um Lehman Brothers gesehen haben, haben insbesondere die intransparenten OTC-Märkte versagt. Die Geld- und Kreditmärkte haben damals ihre Funktionsfähigkeit nicht mehr gewährleisten können. Börsen mit ihren transparenten und hochregulierten Märkten haben funktioniert. Es hat immer eine Preisbildung stattgefunden und es war immer möglich, Geld gegen Stücke - Zentralbankgeld in diesem Fall - entsprechend zu tauschen, und insofern hat die Deutsche Börse auch in der Hochphase der Finanzkrise zu jeder Zeit den Handel aufrechterhalten können. Wir haben als Clearing House - Eurex Clearing - die erheblichen Verbindlichkeiten von Lehman versichern können und entsprechend schonend, ohne Schaden für den Markt abarbeiten können. Aus Sicht der Deutschen Börse ist es sehr wichtig, dass man als ordnungspolitisches Leitmotiv letztendlich bei dem politischen Handeln und bei der zukünftigen Regulierung gerade über Marktintegrität und -stabilität nachdenkt und wenn Sie zu den technischen Aspekten fragen, die das entsprechend bedingt, dann möchte ich vielleicht ein paar Zahlen nennen, was überhaupt über unsere Plattform abgewickelt wird. Thema Bondhandel - gerade im Rahmen von Griechenland vielleicht aktuell: Die Schätzungen beim Bondhandel sind, dass etwa 99 Prozent aller Transaktionen OTC abgewickelt werden. D. h., nur ein schwindend geringer Teil wird überhaupt an transparenten Märkten erfasst und ist insofern bekannt. Derivate: Schätzungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gehen davon aus, dass etwa 90 Prozent des Derivate-Handels OTC stattfindet und nur 10 Prozent finden über regulierte Märkte in Deutschland über die Eurex statt, immerhin die weltgrößte Terminbörse. D. h., nur etwa 10 Prozent werden über diese größte Börse abgewickelt, 90 Prozent sind im OTC-Bereich. Da ich Geschäftsführer einer Aktienbörse bin, vielleicht noch ein paar Zahlen zu dem Aktienhandel, der immer sehr prominent zwar genannt wird, aber vom Gesamtfinanzmarkt nur einen sehr kleinen Teil ausmacht: Im Bereich des Aktienhandels ist es so, dass in Europa nur etwa 40 Prozent noch an den regulierten Märkten stattfinden. Etwa 40 Prozent des DAX-Handels findet bei Xetra an der Frankfurter Börse statt. Etwa 45 Prozent wird

außerbörslich gehandelt, der Rest auf verschiedenen anderen Plattformen im Ausland. Wenn man diese 40 Prozent, die an Xetra an der Frankfurter Wertpapierbörse gehandelt werden, mit den nur 30 Prozent deutschen Marktteilnehmern multipliziert, weil etwa 70 Prozent der Marktteilnehmer, die an Xetra handeln, aus 19 anderen Ländern kommen, insbesondere aus Großbritannien, dann bleiben am Ende noch etwa 12 Prozent des DAX-Handels, der tatsächlich aus in Deutschland befindlichen Häusern an der Frankfurter Börse stattfindet. Der deutsche Aktienhandel sind nur etwa 15 Prozent des gesamteuropäischen Aktienhandels. D. h., wir sind am Ende unter 2 Prozent des gesamteuropäischen Aktienhandels, der tatsächlich in Deutschland stattfindet. Das macht vielleicht auch etwas deutlich, wie wichtig eine umfassende Erfassung aller Finanzmarkttransaktionen ist und das kann beileibe nicht, um auf Ihre Frage der technischen Infrastruktur zurückzukommen, in Deutschland erfolgen, weil eben viele dieser Geschäfte heute im außerdeutschen Umfeld und auch im außereuropäischen Umfeld stattfinden. Hier wurde von einem Kollegen, von Herrn Wahl, z. B. gesagt, dass SWIFT-System oder auch Continuous Linked Settlement Bank beides Institutionen, die in der Schweiz respektive den USA befindlich sind - also insofern sicher für die Erhebung einer deutschen Finanzmarkttransaktionssteuer nicht sehr hilfreich wären. Aus unserer Sicht ist es jetzt insofern sehr wichtig, alle Transaktionen überhaupt erst einmal erfassen zu können, eine entsprechende effektive Aufsichtsstruktur zu etablieren und auch eine möglichst weitreichende Standardisierung von Finanzmarktprodukten zu ermöglichen und insofern ein International Level Playing Field hinzubekommen.

Um auch auf Ihre erste Frage einzugehen - das macht es vielleicht auch etwas deutlich: Ich halte alle Schätzungen, die hier genannt wurden, für relativ aus der Luft gegriffen. Wenn wir davon ausgehen, dass selbst in dem relativ transparenten Aktienhandel weniger als 2 Prozent des gesamteuropäischen Volumens von deutschen Akteuren stattfinden, dann ist es wahrscheinlich recht vermessen, irgendwelche Schätzungen abzugeben, was eine vermutliche Steuer in einem nationalen Kontext einbringen könnte - ganz zu schweigen von den viel größeren im OTC-, im intransparenten Bereich befindlichen Derivate- oder auch Fixed-Income-Bereich. D. h., jegliche Schätzungen in diesem Bereich halte ich für eigentlich sehr weit hergeholt.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Besten Dank. Wir kommen dann wieder zur SPD-Fraktion und ich erteile das Wort Herrn Kollegen Zöllmer.

**Manfred Helmut Zöllmer (SPD):** Wenn man das so hört, kann man die Befürchtung vieler Leute verstehen, dass sie Angst haben vor Entwicklungen, die nicht mehr kontrollierbar sind und vor Entwicklungen, wo die Politik nur noch der Getriebene zu sein scheint, ohne etwas gestalten zu können, wenn es noch nicht einmal möglich ist, solche Fragen zu beantworten. Aber das nur am Rande. Die Aufgabe muss darin bestehen, die Frage zu beantworten, was wir tun müssen, um Krisen zu bekämpfen und weitere Fehlentwicklungen zu verhindern. Ich habe vor kurzem in einem Aufsatz gelesen, dass der Handel auf den Finanzmärkten inzwischen dazu übergegangen ist, im Pikosekundentakt zu spekulieren, und dass das Ganze



vollautomatisch nur noch von Computern betrieben wird. Meine Frage geht an Prof. Dr. Horn. Sie haben sich in Ihrer Stellungnahme unter dem Stichwort obsessive Kurzfristorientierung mit diesem Phänomen beschäftigt. Meine Frage lautet: Was bedeutet dies eigentlich aus Ihrer Sicht für die Stabilität der Finanzmärkte? Ist es überhaupt wissenschaftlich zu analysieren, welche Auswirkungen das möglicherweise hat? Ich denke da z. B. an den Crash in New York, den wir vor kurzem hatten. Würden Sie das auch auf diese „obsessive Kurzfristorientierung“ möglicherweise zurückführen? In diesem Zusammenhang die Frage: Wie würde sich eigentlich die Transaktionssteuer auf das Verhältnis Finanzmarktsektor/Realwirtschaft auswirken? Eine letzte Frage: Gibt es eigentlich ein anderes Instrument außer der Finanzmarktsteuer, dass die Spekulanten direkt an den Kosten der Krise beteiligen würde?

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Herr Prof. Horn, Sie haben das Wort.

**Sv Prof. Dr. Horn:** Wir müssen in der Tat immer wieder den Kontext der Diskussion herstellen, weil wir sonst unseren Blick unnötig verengen. Der Kontext der Diskussion lautet: Wir müssen die dramatischen Folgen der Finanzmarktkrise, die global massive Einbrüche an Wachstum und Beschäftigung und eine massive Zerrüttung der Staatshaushalte verursacht hat, immer vor Augen haben. Wir müssen dieses Problem immer in seiner Gänze adressieren. Es ist völliger Konsens eigentlich, dass die richtige Adressierung dieses Problems einen völligen Umbau unseres Finanzmarktsystems durch neue Regulierungen erfordert. Wir brauchen eine Regulierung, die zum Ziel hat, dem Finanzmarkt engere Grenzen anzulegen, die Risikobereitschaft der Finanzmärkte zu vermindern, die Liquiditätszufuhr zu Finanzmärkten zu begrenzen, seine Handlungsmöglichkeiten einzuschränken oder - um es mit den Worten von Paul Krugman zu sagen: Banking must be boring again. Wenn wir dies in diesem gesamten Kontext sehen, müssen wir eine Reihe von Maßnahmen ergreifen. Die Finanzmarkttransaktionssteuer kann nur ein Teil dieser Maßnahmen sein, der konsistent in diese generelle Richtung wirken kann. Die Finanztransaktionssteuer ist kein Ersatz für risikoadjustierte Eigenkapitalanforderungen, ist auch kein Ersatz für möglicherweise eine Bankenabgabe. Sie ist kein Ersatz für eine Reform des Baseler Regulierungsinstrumentariums. Das ist eine völlig falsche Diskussion. Wir müssen auch bei all dem, was wir sagen, immer die gesamtwirtschaftliche Perspektive wählen, nicht die partielle Perspektive des Finanzmarktes. Ich darf Ihnen das an einem Beispiel, das hier heute stattgefunden hat, deutlich machen: Wir haben eben gehört, die Kleinsparer werden durch die niedrigen Zinsen schon geschädigt. Das ist eine partielle Sichtweise. Der gleiche Kleinsparer behält durch die niedrigen Zinsen seinen Arbeitsplatz. Wir können jetzt raten, was ihm lieber ist. Diese gesamtwirtschaftliche Perspektive müssen wir immer wählen, wenn wir die einzelnen Maßnahmen beurteilen und wir dürfen es nicht einfach aus der Perspektive des Finanzmarktes sehen. Das sind interessengeleitete Statements. Wir müssen es gesamtwirtschaftlich sehen.

Ein Punkt in dieser gesamten Geschichte, wo die Finanztransaktionssteuer in der Tat einen wesentlichen Beitrag leisten kann, ist obsessive Kurzfristorientierung. Wir haben eben in einer Stellungnahme von Frau Weder di Mauro gehört, dass die Finanzmarkttransaktionssteuer eine Kaskadensteuer ist. Das war als Vorwurf gemeint. Sie ist eine Kaskadensteuer und genauso ist sie gemeint, weil sie die Kaskade verhindern will. Denn es ist gerade die Kaskade mit zahlreichen eben in Pikosekundentakt stattfindenden Transaktionen, die genau diese Schädigung herbeiführen kann. Sie vermindert in der Tat auch, wie wir es gehört haben, die Preisbildungseffizienz. Das ist richtig. Die Untersuchungen sind korrekt. Sie vermindert aber eine Preisbildungseffizienz, die schädigend war. Wir senken die Effizienz einer Schädigung, denn wir sollten nicht weiter von der Fiktion ausgehen, von der die Ökonomie auch viel zu lange ausgegangen ist, dass die Finanzmärkte inhärent stabil seien und dass sie gesamtwirtschaftlich wertvolle Informationen liefern. Ich denke, die letzten zwei Jahre haben uns gezeigt, dass diese Hypothese falsch ist. Wir sollten davon ausgehen, dass sich an Finanzmärkten idiosynkratische Trends bilden, die sich aus sich selbst heraus nähren. Die können wir zulassen, solange sie niemanden schädigen. Die können wir aber nicht zulassen, sofern sie die Gesamtwirtschaft mit bedeutenden Wachstums- und Beschäftigungsverlusten und einer Zerrüttung der Staatshaushalte schädigen. Insofern ist eine Entschleunigung des Finanzmarktes, seine Verkleinerung, seine Verlangsamung essentieller Bestandteil neuer Regulierungsmaßnahmen, die wir hier ergreifen müssen. Die Finanzmarkttransaktionssteuer adressiert dieses Problem in seiner ganzen Breite. Es geht eben nicht nur um Banken. Es geht um viel mehr. Es geht auch um Hedgefonds. Es geht um den ganzen OTC-Handel. Und es ist richtig, dass man das nun mit einer möglichst breiten Adressierung erreicht und nicht mit einer schmalen Adressierung. Die Steuersätze sollen sehr gering sein. Das ist klar. Das wird den kleinen Sparer, der sich im OTC-Handel nicht besonders engagiert, wenig treffen. Es wird diejenigen treffen, die dort sehr aktiv sind und das sind die richtigen. Das sind auch die, die sicherlich in dem Computerhandel sehr stark engagiert sind, weil es anders auch gar nicht bewältigbar ist. Wir haben aus dem Vorfall von vor eineinhalb Wochen in New York auch sehen müssen, dass es viele Indizien dafür gibt, dass es hier eine sich selbst nährende Destabilisierungswelle war, die automatisch ausgelöst wurde durch eine Verkaufsoffer im Computerhandel, durch die Schwellenwerte bei anderen Händlern automatisch ausgelöst wurden, die diesen Effekt dann potenzieren können. Das sind extreme Risiken, die durch Automatisierung entstehen. Die hat niemand gewollt, aber die Automatisierung produziert sie. Das ist ein klassischer Fall dafür, dass wir entschleunigen müssen, dass wir Regularien einziehen müssen, die eine solche Ballung von Risiken von vornherein verhindern. In diesem Kontext leistet die Finanzmarkttransaktionssteuer einen Beitrag zur Entschleunigung, einen Beitrag dahingehend, dass die Liquiditätszufuhr in bestimmten Bereichen noch vermindert wird. Lassen Sie mich eines sagen: Wir haben in den letzten Jahrzehnten hier eine massive Deregulierung der Finanzmärkte erlebt. War das letzte Jahrzehnt ein Jahrzehnt von besonders hoher Investitionstätigkeit in den westlichen Volkswirtschaften, in realwirtschaftliche Ausrüstungen und Maschinen, die unsere Wirtschaft mit massiven Produktivitätssteigerungen vorangebracht haben? Das ist nicht der Fall. Wir haben ein Jahrzehnt hinter uns, in dem der Produktivitätszuwachs schwach war, die Ausrüstungsinvestitionsquote schwach war insgesamt. D. h., das, was der Finanzmarkt vorgibt zu leisten, leistet er gar nicht. Das Gegenteil ist richtig. Er hat massiven Anteil an der Wertschöpfung für sich requiriert. Die Gewinne waren in den Finanzmarktsektoren am größten, weshalb auch viele große Unternehmen sich

Abteilungen oder Tochterfirmen gegeben haben, die am Finanzmarkt aktiv wurden. Man konnte mehr am Finanzmarkt verdienen als durch den Verkauf von Autos. Das ist eine pathologische Entwicklung, die wir durch eine neue Finanzmarktregulierung umkehren müssen und in diesem Gesamtkonzept, das vielerlei Maßnahmen erfordert, spielt eben die Transaktionssteuer eine kleine aber wichtige Rolle.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Vielen Dank, Herr Prof. Horn. Das Wort hat Frank Schäffler.

**Frank Schäffler (FDP):** Ich habe zwei Fragen. Einmal an Prof. Weber und einmal an Herrn Vaubel. An Prof. Weber, ob er abschätzen kann, welchen administrativen Aufwand die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Deutschland für seine Institute hätte, ob man das quantifizieren könnte. Und zweitens an Prof. Vaubel. Wir haben jetzt viel über Symptome der Krise gesprochen. Mich würde interessieren, wo Sie die Ursache der Krise sehen und was im Kern das Problem ist, wieso diese Finanzkrise tatsächlich entstanden ist und was man eigentlich dagegen aus Ihrer Sicht tun müsste.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Herr Prof. Weber, Sie haben das Wort.

**Sv Prof. Dr. Weber (Bundesverband deutscher Banken e. V.):** Was den administrativen Aufwand angeht, kann man nicht seriös, Herr Schäffler, eine Zahl hier in die Welt setzen. Das hat schon damit zu tun, dass man keine genaue Ausgestaltung dieser Finanztransaktionssteuer kennt. Ganz abgesehen davon weiß man natürlich, dass wir viele, viele Milliarden Transaktionen an den Finanzmärkten haben – in Deutschland, in Europa, weltweit. Wir wissen auch, dass wir es gleichzeitig mit einer Vielzahl von Produkten zu tun haben, die hier berücksichtigt werden müssen. Das alles spricht dafür, dass ein nicht unerheblicher administrativer Aufwand entstehen würde, der in der EDV aufgefangen werden müsste, die sowieso eine große Baustelle ist. Nicht zuletzt auch wegen der Finanzmarktkrise mit Blick auf das Risikomanagement, das durchgehend verbessert wird und auch mit Blick auf die absehbaren regulatorischen Anforderungen bspw. vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht. Hinzu kommt, dass man nicht genau absehen kann - aber nach meiner Einschätzung sehr wohl damit rechnen muss, wenn es eine nationale Finanzmarkttransaktionssteuer gibt - dass es erhebliche Verlagerungseffekte gibt. England wurde mit umgekehrten Vorzeichen hier als ein Beispiel genannt, dass das nicht der Fall sein würde. Es wurde schon klargestellt, dass die englische stamp duty ein Käse mit mehr als Löchern, sondern wirklich ausgehöhlt ist, indem praktisch das ganze derivative Geschäft und alles von ausländischen Emittenten nicht betroffen ist. Von daher brauchen wir dort auch kein Abwandern zu befürchten. Ich möchte den Blick - deshalb habe ich es noch einmal erwähnt - lieber auf Schweden richten, wo Sie sehen können, dass bei Einführung einer Börsenumsatzsteuer - das ist ja schon ein bisschen breiter angelegt, als das in England der Fall ist - innerhalb kürzester Zeit drei Viertel des Geschäftes abgewandert sind. Auch das

würde natürlich in gewissem Umfang einen Aufwand nach sich ziehen. Viel wesentlicher als der administrative Aufwand - und darauf möchte ich abschließend hinweisen - sind aber nach meinem Dafürhalten wirklich die wirtschaftlichen Effekte, denn eine Finanzmarkttransaktionssteuer würde letztlich von den Kunden getragen werden, wie immer die Verteilung auf die einzelnen Kunden und Kundengruppen dann aussieht. Das heißt Verteuerung von Krediten und das heißt Schmälerung von Renditen und im Endergebnis auch geringeres Wirtschaftswachstum. Da beißt die Maus gar keinen Faden ab. Das Schlimmste ist, dass wir die eigentlichen Ursachen der Finanzmarktkrise nicht angehen. Ich habe vorhin schon einmal kurz darauf hingewiesen: Da müssen wir mehr reden über bessere, strikere Regulierungen in einzelnen Bereichen, nicht nur was die Akteure an den Finanzmärkten angeht, sondern auch, was Eigenkapital und Liquidität angeht. Stattdessen suggerieren wir nach wie vor, als könnten wir unterscheiden, was eine gute Finanzmarkttransaktion ist, was eine schlechte Finanzmarkttransaktion im Sinne von spekulativ ist, wobei sich schon die Frage stellt, wo Spekulation anfängt und wo sie deshalb nach Ansicht einiger vielleicht verwerflich wäre. Da hilft kurz und langfristig zu unterscheiden überhaupt nicht weiter und auch nicht eine Entschleunigung an den Märkten. Wer wollte denn - nehmen Sie nur das Beispiel Griechenland - sagen, wer sich denn hier spekulativ im negativen Sinne verhalten hat? Der Anleger, der vor einigen Wochen angefangen hat, Griechenlandanleihen zu verkaufen? Ist das Spekulation? Haben Sie den im Auge? Soll der getroffen werden? Diese gesamtwirtschaftlichen Nachteile, die damit verbunden sind, überwiegen natürlich bei Weitem alle administrativen Kosten, die es hier gibt.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Vielen Dank, Herr Prof. Weber. Herr Prof. Vaubel, Sie haben das Wort.

**Sv Prof. Dr. Vaubel:** Wenn man über die Therapie nachdenkt, dann braucht man zunächst einmal eine zutreffende Diagnose. Die Ursache der Krise ist ein riesiger doppelter Irrtum. Es ist der Irrtum der Banken, hinreichend für ihre Risiken vorgesorgt zu haben. Und es ist der Irrtum der Aufsichtsbehörden, hinreichend reguliert zu haben. Dieser Irrtum ist jetzt aufgedeckt. Sowohl die Banken als auch die Aufsichtsbehörden sind dabei, ihre Fehler zu korrigieren. Wenn man aus einem Irrtum lernen will, dann braucht man mehr Informationen, d. h., man braucht mehr Transparenz über die Märkte. Man braucht z. B. Transparenz über den Eigenanteil der verbriefenden Kreditinstitute. Man braucht Transparenz über die Zweckgesellschaften der Finanzinstitute, über die Fristentransformation, die in diesen Zweckgesellschaften stattgefunden hat. Man braucht Informationen über die Beratungstätigkeit der credit rating agencies. Also der erste Punkt beim Irrtum ist: Wissen erzeugen – Transparenz herstellen. Was das Versagen der Banken in der Risikovorsorge angeht, ist die offensichtliche Therapie Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen. Was die Zukunft angeht, Verzerrungen in der Allokation zu verhindern, ist die richtige Therapie eine Versicherungslösung. Weshalb ist die Finanztransaktionssteuer keine geeignete Therapie? Sie wollen Transaktionen besteuern. Was sind das für Transaktionen? Es geht um zwei Arten von Transaktionen. Erstens: Transaktionen zwischen Nachfragern von Wertpapieren. Zweitens: Transaktionen zwischen Nachfragern und Anbietern von Wertpapieren. Weshalb

finden Transaktionen statt zwischen verschiedenen Nachfragern von Wertpapieren? Weil sie verschiedene Erwartungen haben hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung des Wertes dieser Papiere. Solche Transaktionen zwischen Parteien, die unterschiedliche Erwartungen haben, sind Pareto-Verbesserungen. Sie stellen beide Vertragsseiten besser. Es gibt keinen Grund, solche Verträge zu unterbinden oder zu besteuern. Nun zu den Verträgen zwischen Nachfragern und Anbietern. Nehmen wir an, die Nachfrager schätzen den Preis des Wertpapiers für die Zukunft höher ein als bisher. Das führt zu Volatilität. Jetzt ist es naheliegend für die Anbieter, mehr von diesen Wertpapieren anzubieten. Das aber reduziert die Volatilität. Sie sehen also, wenn Sie mit Ihrer Steuer die Transaktionen zwischen Anbietern und Nachfragern behindern, dann bekommen Sie mehr Volatilität, weil das Angebot nicht elastisch reagieren kann. Deswegen ist Ihr Vorschlag kontraproduktiv.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Danke schön. Wir kommen wieder zur CDU/CSU-Fraktion. Das Wort hat Herr Kollege Aumer.

**Peter Aumer (CDU/CSU):** Ich hätte zwei Fragen an Dr. Speyer und an den Bundesverband Öffentlicher Banken. Es wird gesagt, dass die Höhe einer Bankenabgabe die Ertragskraft der Finanzindustrie und weitere Belastungen berücksichtigen muss, die aus einer Vielzahl von Regulierungen entstehen werden. Welche Gefahren sehen Sie für die Realwirtschaft und deren Kreditversorgung?

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Herr Dr. Speyer.

**Sv Dr. Speyer (Deutsche Bank Research):** Wir haben - das wurde heute schon mehrfach erwähnt - eine ganze Reihe von Maßnahmen, die in der regulatorischen Pipeline sind. Die wichtigsten sind sicherlich die Neuregelungen der Eigenkapitalunterlegung. Wir arbeiten zurzeit an einer Auswirkungsstudie, die abschätzen soll, wie hoch die neuen Eigenkapitalanforderungen für das europäische Bankensystem sein werden. Es gibt einige Schätzungen, die bis in die Größenordnung von etwa 700 Milliarden gehen. Das berücksichtigt schon den Abbau von existierenden Risikopositionen und auch eine Reduzierung des Risikogehalts der Banken. Diese Belastungen wären massiv für das Bankensystem und wären vor allen Dingen nicht abzudecken durch die laufenden Erträge und eine Einbehaltung von Gewinnen, selbst nicht durch eine Reduzierung der Ausschüttungsquote der Banken, und wären auch nicht zu lösen allein durch einen geringeren Risikogehalt der Bilanzen. Die realwirtschaftlichen Auswirkungen sind schwierig abzuschätzen. Das wird im Wesentlichen davon abhängen, welche Aktivitäten die Banken zurückfahren. Es liegt nahe und das haben wir in einem ersten Schritt gesehen, zunächst einmal zu versuchen, insbesondere jene Positionen zu reduzieren, die kurzfristig sind. Das betrifft insbesondere die Aktivitäten im Handelsbuch. Hier haben wir in der Tat auch schon einen deutlichen Abbau gesehen. Es ist aber klar, dass es bei entsprechenden Größenordnungen sicherlich auch dazu kommen wird, dass längerfristige und traditionellere Bilanzpositionen, wie insbesondere dann auch das

Kreditgeschäft, davon beeinträchtigt würden. Von der Größenordnung kann man das bestenfalls approximieren, das aber ganz gut. Sie wissen, dass hier die einschlägigen Eigenkapitalanforderungen greifen werden. Wenn man einmal relativ einfach den Standardansatz zugrundelegt und unterstellt, dass Forderungen an Unternehmen mit 100 Prozent zu unterlegen wären, dann haben Sie etwa einen Faktor von  $12 \frac{1}{2}$ , wie sich erhöhte Eigenkapitalanforderungen auswirken werden auf die Kreditvolumina. Sie erkennen an diesem Faktor schon, dass die Auswirkungen auf die Kreditvolumina, die für die Volkswirtschaft zur Verfügung stünden, durchaus massiv sein könnten. Wie gesagt – Klarheit wird hier sicherlich die Auswirkungsstudie bringen, die im Juni, im Sommer dieses Jahres fertig sein soll.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Danke schön. Als nächster ist der Bundesverband Öffentlicher Banken gefragt. Herr Boos, Sie haben das Wort.

**Sv Boos (Bundesverband Öffentlicher Banken e. V.):** Ich möchte ganz kurz nur an das anschließen, was Herr Speyer gesagt hat. In der Tat, Kumulation von belastenden Maßnahmen bei Banken führt dazu, dass dasjenige, was Banken machen, nämlich aus dem Hebel, der regulatorisch vorgegeben ist, aus dem Verhältnis von Eigenkapital zu den Aktiva, dass dieser Hebel sich verändert und dann bleiben in der Tat den Banken nur zwei Möglichkeiten, entweder das Eigenkapital zu erhöhen - das ist in Deutschland deswegen schwierig, weil wir nicht einen so tiefen und breiten Kapitalmarkt haben wie in den USA oder z. B. Großbritannien und weil wir Institutsgruppen in Deutschland haben, die eben keinen Zugang zum Kapitalmarkt haben -, die andere Möglichkeit für die Banken wäre nur, die Aktivseite zu reduzieren. Was macht man dann in der Tat auf der Aktivseite? Herr Speyer hat es angedeutet: das kurzfristige Geschäft. Das ist aber nur ein Teil. Man verabschiedet sich vom margenarmen Geschäft. Margenarm ist z. B. das Kommunalkreditgeschäft und insoweit gäbe es natürlich Auswirkungen auf die Realwirtschaft und auf die Kommunalhaushalte, die sowieso schon unter einer angespannten Lage reagieren müssen. Die Situation verschärft sich in der Tat deswegen, weil wenn wir alle Regulierungsmaßnahmen, die derzeit auf dem großen Plan der Regulierer stehen, uns ansehen und alle kumulativ kommen würden, wir in der Tat nicht mehr von einem Hebelverhältnis von 1:12,5 ausgehen können, sondern allenfalls von 1:5 oder 1:4,5.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Wir danken Ihnen. Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Kollegen Binding.

**Lothar Binding (Heidelberg) (SPD):** Ich habe eine Frage an Herrn Sony Kapoor. Er hat relativ viel über high frequency trading gearbeitet. Mich würde interessieren, ob er noch einmal erklären könnte, welche Verfahren da ablaufen, welche Gefahren dort existieren und welche Allokationswirkungen durch dieses Geschäft induziert werden im Zusammenhang mit der von uns vorgeschlagenen Finanztransaktionssteuer und Lösungsmodellen, um die Gefahren

abzuwehren. Ich habe eine zweite Frage an die Deutsche Bank Research, Dr. Speyer: Ich habe Ihr Plädoyer für einen Finanzsektor-Stabilisierungsfonds gelesen. Mich hat etwas - vielleicht auch mit Blick auf Ihr bisheriges Geschäftsgebahren, die gezahlten Boni, Gehälter und Gewinne - verwundert, dass Sie sich getrauen, dort den Vorschlag zu machen, dass auch der Staat jetzt wieder als notwendiger Beitragszahler in diesen Fonds genannt wird. Sie führen das ziemlich genau aus, ob es nicht an der Zeit wäre, endlich den ihren Gewinnen folgenden Verantwortungsmaßstab anzulegen.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Danke schön. Zunächst erteile ich das Wort Herrn Kapoor.

**Sv Kapoor (Re-Define):** Es ist interessant, der Diskussion hier zuzuhören. Ich hatte erwartet, dass wir wie im US-Kongress und im Europäischen Parlament Gelegenheit zu einer Erläuterung erhalten würden, doch das scheint nicht der Fall zu sein, wie ich soeben festgestellt habe. Allerdings möchte ich neben der soeben gestellten Frage auf einige weitere Aspekte eingehen, die immer wieder aufkommen. Zunächst einmal wird man aus dem Finanzsektor – ich berate u. a. das Europäische Parlament in Regulierungsfragen und weiß daher, wie die Dinge funktionieren, wie Lobbyarbeit geht – niemals jemanden hören, der sagt: „Ja, wir wollen Steuern zahlen.“ Daher sollten Sie alles, was Sie von einem Vertreter des Finanzsektors hören, mit einer gesunden Skepsis betrachten. Ich kann heute versichern, dass ich davon unabhängige Interessen habe. Es besteht also kein Interessenskonflikt.

Zum sog. ‚high frequency trading‘ mit computergestützten Handelssystemen schrieb die Financial Times: „Händler, die im high frequency trading aktiv sind, betätigen sich im opportunistischen und sehr kurzfristig orientierten Handel, durch den die Märkte volatiler werden und der für den normalen Anleger wenig vorteilhaft ist.“ Einer der größten Online-Broker in den USA, TD Ameritrade, sagte zum selben Thema, dass der „erhebliche und rasche Anstieg“ des Volumens im high frequency trading an den US-Aktienmärkten Privatanleger «auf vielerlei Arten betrifft, die zumeist nicht zu ihrem Vorteil sind.» Wir wissen, was am 6. und 7. Mai geschah, als der Dow Jones innerhalb von 15 Minuten um fast tausend Punkte einbrach. Die Ursache war der automatisierte algorithmische Handel. Was die meisten nicht mehr wissen, ist, dass sich die Finanzkrise erstmals im August 2007 andeutete, als eben jenes algorithmische Computersystem, das Modelle für das high frequency trading generierte, vollständig zusammenbrach. Das war das erste Anzeichen der Krise. Der CFO von Goldman Sachs bezeichnete dies als ein 25-Sigma-Ereignis – ein Ereignis, das mit 25 Standardabweichungen vom Normalzustand abweicht – das nur extrem selten eintrete. Doch nun ist es bereits zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren geschehen. Drittens ist das high frequency trading eine sehr signifikante und bedeutender werdende Ursache für systemische Risiken. Wir haben beispielsweise mit US-Regulierern zusammengearbeitet, die das mittlerweile erkannt haben und wenige Monate vor den Vorfällen vom Mai begannen, sogenannte ‚dunkle Liquiditätspools‘ und das high frequency trading als mögliche Kandidaten für eine strengere Regulierung genauer zu betrachten. Die Europäische Union – die Europäische Kommission – hat sich ihnen nun angeschlossen. Fakt

ist, dass jede Störung eines Systems, bei dem die Transaktionszeit nun ... Offenbar gibt es ein neues Modell, bei dem vom Absenden der Order bis zu deren Ausführung tatsächlich nur noch 15 Mikrosekunden vergehen. Die kürzere Zeit und der Anstieg des prozentualen Anteils der Transaktionen, die über diesen automatisierten Handel ausgeführt werden... In den USA werden heute – Europa liegt dabei noch etwas zurück – aber in den USA werden heute rund 60 Prozent – 50 bis 60 Prozent – des Handels, aller Aktiengeschäfte über Computer abgewickelt. Sehr bald werden wir an einen Punkt gelangen, an dem vermutlich alles über sie läuft und der gesamte Kursbildungsprozess ausgelagert wird – nicht nach Indien, was für das Land, aus dem ich stamme, sehr erfreulich wäre -, sondern auf Computer, was potenziell ernste Gefahren birgt.

Der zweite Aspekt, der immer und immer wieder aufgekommen ist, sind die kleinen Sparer. Wer sind die kleinen Sparer und wer spricht für sie? Zunächst einmal lässt sich überaus einfach sicherstellen, dass kleine Sparer keine Finanztransaktionssteuer zahlen. Jede einzelne Finanztransaktionssteuer – bzw. jede einzelne Finanztransaktion – wird heute elektronisch verbucht. Wenn Sie einen Pensionsfonds haben, können Sie mühelos einen Ausdruck zu jeder für Sie ausgeführten Transaktion erhalten. Auch können Sie ganz einfach einen gesetzlichen Freibetrag von beispielsweise 100 000 EUR festlegen, sodass jedem, dessen Ersparnisse unter 100 000 EUR betragen, die Steuer erstattet wird. Gemeinsam mit dem US-Kongress erarbeiteten wir dort einen Gesetzentwurf. Nach US-Recht wird eine Pauschalsteuer erhoben, die Personen mit Ersparnissen unter 100 000 USD später erstattet wird. Alles erfolgt elektronisch, und das lässt sich auch hier realisieren, wo die Systeme sogar noch moderner sind. Und was all die Debatten über mögliche Belastungen der kleinen Sparer betrifft – ich bitte Sie! Diese Frage ist irrelevant. Beim Thema high frequency trading darf auch nicht vergessen werden, dass technisches Trading nichts Ungewöhnliches war. Ich zitiere aus dem Handbuch für technisches Trading von Lehman Brothers – unglücklicherweise die Bank, für die ich arbeitete, mit deren Zusammenbruch ich aber nichts zu tun hatte – jedenfalls ist das Handbuch für technisches Trading für alle Bereiche das gleiche und es beginnt mit dem Satz „The trend is your friend“ (Der Trend ist dein Freund). Fast alle automatisierten Modelle und computergenerierten Modelle folgen beim Handel der Richtung der Preisänderung und verstärken sie so. Der von einigen Kollegen hier angeführte Aspekt, der Unterschied zwischen kurzfristiger und langfristiger Volatilität, ist daher sehr, sehr wichtig. Der Großteil der automatisch generierten Transaktionen will und darf auch nicht gegen den Trend handeln, denn das ist gefährlich. Gegen den Trend handeln – das können Hedgefonds oder auch einzelne Händler tun. Doch Maschinen sind fast immer so programmiert, dass sie genau das unterlassen. Je größer der prozentuale Anteil des high frequency trading oder des computergestützten Handels ist, um so größer wird die Instabilität an den Finanzmärkten. Ferner muss ich an die Aussage eines Herrn, seines Zeichens ein Prof. Dr., denken, die ich durchweg unaufrichtig fand. Demnach würde immer, wenn eine Finanztransaktionssteuer erhoben wird, diese – empirisch belegbar – zu einer höheren Volatilität und höheren Transaktionskosten führen. Das ist völlig falsch. Lassen Sie mich erläutern, warum. Erstens die hohen Transaktionskosten... Man darf nicht vergessen, wem diese hohen Transaktionskosten entstehen. Ich weiß nicht, wie vertraut Ihnen der Begriff «Churning» ist. Das ist ein sehr bekannter Begriff, den jeder in der Branche kennt. ‚Churning‘ bedeutet Provisionsschneiderei. Wenn also die Person, der Sie als kleiner Sparer



oder auch als Pensionsfonds Ihr Geld anvertrauen, damit diese Person es für Sie anlegt, zahllose Transaktionen durchführt, weil sich dadurch die Gebühren- und Provisionseinnahmen für diese Person erhöhen. Ihr Geld wird in volatileren Aktien angelegt, weil sich dadurch die Einnahmen erhöhen. In den USA wird gegen diese Praxis gesetzlich vorgegangen. In Europa wird es auch dazu kommen. Dieses Churning verursacht die wahren Kosten für den Privatanleger – die Durchführung von Transaktionen für den Privatkunden, die dieser nicht braucht. Also gerade alle diese völlig unnötigen Finanztransaktionen, die für Kunden durchgeführt werden, deren Geld angelegt wird, verursachen die wahren Kosten. Eine zusätzliche Finanztransaktionssteuer von 0,1 oder 0,5 oder 1,0 Basispunkten ist dabei unerheblich. Die Transaktionskosten durch den zusätzlichen, unnötigen Handel sind weit höher und alle wissenschaftlichen Studien zeigen, dass sie die Rendite des Endkunden spürbar schmälern. Wenn Sie – ob Sie nun der FDP oder einer anderen Partei angehören – sich also um die Endkunden sorgen, müssen Sie das unbedingt berücksichtigen.

Der nächste Aspekt im Zusammenhang mit dem Problem des high frequency trading und der Volatilität ist die Liquidität. Für Sie ist das wahrlich nichts Neues... Ich habe heute gehört, von der Deutschen Bank und anderen, dass Liquidität das Gleiche ist wie die Anzahl an Transaktionen. Jeder, der an den Finanzmärkten tätig ist, jeder seriöse, angesehene Experte wird Ihnen sagen, dass das völlig falsch ist. Liquidität bedeutet, dass eine Gegenpartei verfügbar ist, wenn Sie verkaufen müssen, damit Sie ohne zu große Auswirkungen auf den Preis verkaufen können. Theoretisch kann es einen liquiden Markt geben, an dem es keine Transaktionen gibt, weil beide Parteien einen Preis vereinbaren. Soweit klar? Die Anzahl an Transaktionen weist eine bedeutende Schwachstelle auf. Sie ist das vielleicht am wenigsten geeignete Maß für Liquidität. Ein viel besseres Maß für die Liquidität am Markt ist die Meinungsvielfalt. Menschen, die unterschiedlich bezahlt werden, unterschiedliche Anlagehorizonte haben, einige langfristig, andere kurzfristig, Menschen mit unterschiedlichen Portfolios – solche Dinge sorgen für Vielfalt. Solche Dinge sorgen für echte Liquidität. Was die Art von Liquidität bedeutet, die aktuell vorhanden ist, nämlich durch das high frequency trading, wurde im Verlauf beider Krisen wie auch am 7. Mai deutlich. Denn diese Liquidität verschwand genau dann, als sie am dringendsten benötigt wurde. Der Grund für den Absturz des Dow Jones Index um tausend Punkte war, dass diese vermeintliche Liquidität, für die das high frequency trading und der algorithmische Handel im Normalfall – bei normalen Marktbedingungen – in Hausse-Phasen sorgen, nicht existiert, wenn man sie am dringendsten braucht. Die Möglichkeit zu verkaufen braucht man vor allem dann, wenn die Märkte in Turbulenzen geraten. Die Möglichkeit zu verkaufen braucht man vor allem dann, wenn die Märkte nachgeben. Doch genau dann verschwindet diese Liquidität. Vielen Dank.

**Frank Schäffler** (FDP): Herr Vorsitzender, wäre es möglich, Herrn Prof. Kaserer dazu noch einmal Stellung nehmen zu lassen?

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Das können wir nachher machen. Er kann dann noch einmal darauf eingehen. Zunächst haben wir die Frage an Herrn Dr. Speyer.

**Sv Dr. Speyer (Deutsche Bank Research):** Herr Binding, ich würde mich auch viel lieber beliebt machen. Wir wussten, dass wir uns damit nicht beliebt machen. Aber lassen Sie mich doch noch einmal den Versuch machen zu motivieren, warum wir das so formuliert haben. Der Ausgangspunkt unserer Überlegungen war, wie ich eingangs in meinem ersten Statement schon sagte, der Versuch, dass eine der Zielsetzungen all unserer Bemühungen, die wir momentan machen, sowohl in der Politik als auch in der Finanzindustrie, sein muss, bei zukünftigen Krisen das Krisenmanagement so zu gestalten, dass wir möglichst geringe Auswirkungen und Ansteckungseffekte aus dem Scheitern einer großen systemisch relevanten Institution haben. Wir haben dann gesagt, dazu bedarf es wohlgerne einer Reihe von Instrumenten – besseres Insolvenzrecht, bessere Eingriffsrechte der Aufsichtsbehörden etc. etc.. Wir haben aber auch gesagt, ein Teil dieses Instrumentenkastens muss die Möglichkeit sein, dass wir einen Pool von Kapital zur Verfügung haben, mit dem wir ein Institut, das in Schieflage geraten ist, so weit stabilisieren können, damit wir einer geordneten Abwicklung zuführen können. Das können bspw. höhere Sicherheitenleistung für Derivatemarktpositionen sein, das können höhere Sicherheiten für ein zurückgehendes Rating sein, das kann die Übertragung von guten Einheiten an eine andere Institution sein etc.. Wenn man diesen Gedanken akzeptiert, ist die Frage: Wo kann so ein Kapitalpool herkommen? Unsere Antwort war: Aus vielfältigen Quellen, aber eine Quelle sollte mit Blick auf die Lenkungswirkung und mit Blick auf die Generierung von solchen Mitteln eine Abgabe auf die Finanzindustrie sein. Wenn man das akzeptiert – und das tun wir – dann stellt sich die Frage: Wie viel brauchen wir dazu? Wenn wir von den Erfahrungen ausgehen, die wir in dieser Krise gemacht haben, sagen wir: Wenn man sich die direkte Kapitalzufuhr anguckt, die die Staaten für Banken in der Eurozone vorgenommen haben, sind wir in fast allen Mitgliedstaaten für die direkte Kapitalzufuhr bei etwa 1 Prozent des BIP. Das wären so etwa 140 Mrd. Euro für Euroland und für Deutschland etwa 20/25 Milliarden. Die Frage ist: Können wir einen solchen Kapitalstock in absehbarer Zeit aus einer Abgabe für die Finanzindustrie erzielen? Da muss man, einfach realistische Größenordnungen anlegen. Na ja, nehmen Sie einmal das deutsche Bankensystem, was bekanntermaßen leider Gottes nicht zu den ertragsstärksten in dieser Welt zählt, mit selbst in einem guten Jahr wie 2006 gerade mal einem Profit insgesamt im deutschen Bankensystem von etwas über 20 Milliarden. Wenn man diese beiden Größenordnungen ein bisschen nebeneinander stellt, ist relativ schnell klar, dass wir einen Fonds von einer ähnlichen Größenordnung nicht in einem absehbaren Zeitraum machen können. An diesem Punkt war dann unsere Überlegung zu sagen, damit wir dieses Instrument möglichst schnell handlungsfähig zur Verfügung haben, sollten wir zumindest für eine Übergangszeit auch über einen staatlichen Beitrag nachdenken. Ich möchte bei der Stelle auch darauf verweisen, dass es in den USA bei der FDIC eine staatliche Back-up-Linie genau für diesen Zweck gibt, wenn der Fonds erschöpft ist, dass in Schweden, wo man ein solches Instrument eingeführt hat, auch der Staat einen anfänglichen Betrag reingezogen hat. Insofern ist es keineswegs außergewöhnlich, dieser Gedanke. Letzter Punkt: Wir haben auch gesagt – das finden Sie auch in unserem Papier -, dass es natürlich vernünftig und denkbar ist, diese staatliche Anschubfinanzierung im Zeitablauf zu reduzieren, so wie dann die Beiträge der Finanzindustrie in diesen Fonds

fließen und die kritische Masse erreicht ist. Allerletzter Punkt, wenn ich das auch noch sagen darf: Wir haben in dieser Krise gesehen – und es gibt wenig Anlass zu der Vermutung, dass das in zukünftigen Krisen anders sein wird –, dass im Fall von systemischen Banken Krisen das Finanzsystem selbst überfordert ist, seine Stabilisierung wieder her zu bekommen. Wenn das in Zukunft auch so sein wird, ist die Frage, wie kann man es möglichst erreichen – und dieses auch gerade im Sinne des Parlaments –, dass man die Bedingungen, zu denen das passiert, möglichst frühzeitig festlegt. Das ist für uns auch ein Gedanke, dass es gerade aus Sicht des Deutschen Bundestages sehr zu überlegen ist, macht es nicht Sinn, so weit wie möglich Institutionen für das Krisenmanagement zu schaffen, bei denen ich auch als Parlament die Bedingungen festlegen kann, anstatt in einer akuten Krisensituation zum Handeln quasi gezwungen zu werden und dann relativ wenig Gestaltungsspielraum zu haben.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Kurze Nachfrage vom Kollegen Binding.

**Lothar Binding (SPD):** Eine kurze Nachfrage. Warum sollte die Deutsche Bank nach Ihrem Modell künftig darauf verzichten, Geschäftsmodelle zu entwickeln und Risiken auch einzugehen in Erwartung auf Zahlung aus diesem Fonds, der vom Staat auch gespeist wird?

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Herr Speyer, bitte.

**Sv Dr. Speyer (Deutsche Bank Research):** Weil die Deutsche Bank die Absicht hat, ihren 137 Jahren der Geschäftstätigkeit noch weitere hinzuzufügen. Noch einmal: Die Absicht ist, dass wir einen Fonds haben, der nicht dazu dient, risikoreiche Geschäfte zu belohnen und die Banken, die darob in Schwierigkeiten gekommen sind, weiter so treiben zu lassen, indem man ihnen staatliches Geld oder auch Geld ihrer peers zur Verfügung stellt, sondern Intention eines solchen Fonds wäre einzig und alleine, Zeit für eine geordnete Abwicklung eines solchen Instituts zu gewinnen. Sie haben eine Sanktionswirkung und die immer unterstellte moral hazard-Wirkung würde nur dann eintreten, wenn man das Regelwerk für einen solchen Fonds nicht so eng definieren würde, dass ausgeschlossen ist, dass ein Institut, das in Schieflage geraten ist, dafür nicht sanktioniert wird.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Besten Dank. Das Wort hat Herr Kollege Middelberg für die CDU/CSU-Fraktion.

**Dr. Mathias Middelberg (CDU/CSU):** Wir haben soeben ein engagiertes Plädoyer von Herrn Kapoor in Sachen Sekundenhandel gehört. Ich muss sagen, ich habe persönlich einige Sympathie für eine Transaktionssteuer, um solche Handelspraktiken in Schranken zu halten.

Aber letzten Endes geht es darum, heute auch die Frage zu klären, was tun wir, um in Zukunft Krisen wie die, die wir jetzt erlebt haben oder vielleicht noch erleben, nämlich die Finanz- und Bankenkrise, die aus den USA auch durch nicht werthaltige Produkte hierher importiert worden ist, wie wir die auch in Zukunft verhindern können. Also wie wir das Problem wirklich im Kern angehen. Da ist meine Frage: Hätte eine Finanztransaktionssteuer in Deutschland oder in Europa die Bankenkrise und die Finanzkrise, die wir jetzt erlebt haben, verhindern können oder hätte sie einen Beitrag dazu leisten können, eine solche Krise dieser Qualität zu unterbinden oder zu verhindern? Ich würde gerne diese Frage richten an Herrn Prof. Kaserer und vielleicht auch an die Deutsche Börse AG.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Zunächst Herr Prof. Kaserer und vielleicht können Sie auch, weil der Wunsch geäußert worden ist, auch noch einmal auf Herrn Kapoor etwas eingehen.

**Sv Prof. Dr. Kaserer:** Es gibt eine einfache Antwort: Wenn wir eine Finanztransaktionssteuer einführen, die die Finanzmärkte kaputtmacht, dann kann es in Zukunft keine Finanzkrise mehr geben. Insofern muss ich sagen: Ja, in der Tat hat die Finanztransaktionssteuer das Potenzial, solche Krisen zu verhindern. Aber dann prophezeie ich Ihnen auch, dass wir das in unserem eigenen Geldbeutel im Sinne von Wohlstandsgewinnen spüren werden. Und das ist ...

( Zwischenruf )

**Sv Prof. Dr. Kaserer:** Ich glaube, eines jetzt einmal ganz ohne Polemik ...

( Zwischenrufe )

**Sv Prof. Dr. Kaserer:** Man darf nicht vergessen, dass der Wohlstand dieser Gesellschaft - und nicht nur dieser Gesellschaft, sondern der westlichen Welt - auch darauf beruht, dass wir hochentwickelte Finanzsektoren haben, also sollten wir jetzt nicht sozusagen die ganze Diskussion aus einer grundsätzlichen Verteufelung des Finanzsektors heraus führen. Herr Horn hat vorhin eine - wie ich finde - sehr wohltuend differenzierte Stellungnahme abgegeben, der ich auch in vielen Punkten folgen kann. Der fundamentale Punkt, um den es hier geht, ist der folgende: Sind diese high frequency trades oder insgesamt dieses Anwachsen an Transaktionen, das wir an den Märkten sehen, ist das informationsbasiert, ist das getrieben durch fundamentale Informationen oder ist das getrieben von Noise Tradern, also von Leuten, die sozusagen nur auf kurzfristige Bewegungen setzen. Sie schreiben das auch in Ihrer Stellungnahme. Die einfache Antwort darauf ist: von beidem. Das große

Problem ist, dass wir das nicht unterscheiden können. Wir können niemals eine Steuer einführen, wo wir informationsbasierten Handel in Ruhe lassen und den nicht informationsbasierten Handel bestrafen. Das geht halt nicht. Das ist der ganze Streit, um den es hier geht. Die Frage ist, was passiert, wenn wir den Handel insgesamt treffen, also auch den informationsbasierten. Welche Auswirkungen hat das dann auf die Preisfindung? Dazu habe ich meine Meinung schon gesagt.

Wenn ich noch die Gelegenheit habe, zu Herrn Kapoor noch kurz Stellung zu nehmen: Vielleicht sollte man ein bisschen vorsichtig sein, bevor man anderen Leuten vorwirft, dass sie keine Ahnung haben, möglicherweise ist auch die Übersetzung nicht so gut, wie sie sein sollte. Jedenfalls das, was Herr Kapoor gesagt hat, hat mit meinem Argument überhaupt nichts zu tun. Ich habe nur festgehalten, es ist ein unverrückbares empirisches Faktum, das seit 30 Jahren in der empirischen Marktstrukturforschung belegt wurde, dass Reduktion von Handelsvolumen, von Liquidität - und zwar egal, wie man das misst, da gibt es ganz unterschiedliche Möglichkeiten - dazu führt, dass Volatilität und dass Transaktionskosten steigen. Was Herr Kapoor gemeint hat, ist ein ganz anderer Punkt. Die Frage ist nämlich, wenn es sozusagen Transaktionskostengewinne gibt, weil es mehr Handel gibt, kommen diese Vorteile auch beim Endkunden an, bspw. bei demjenigen, der das Investmentfondszertifikat zeichnet. Da sage ich: Nein, wahrscheinlich nicht. Aber das ist ein ganz anderer Punkt. Das hat nichts mit meiner Äußerung zu tun und das ist auch überhaupt kein Argument, weder für noch gegen die Finanztransaktionssteuer.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Besten Dank, Herr Prof. Kaserer.

**Dr. Mathias Middelberg (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender, vielleicht könnte Herr Kaserer noch die Frage beantworten. Die Frage war, ob eine Finanztransaktionssteuer in Deutschland oder auch in Europa die Bankenfinanzkrise, die wir jetzt erlebt haben, hätte verhindern können. Vielleicht könnte er darauf noch eingehen.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Bitte, Herr Prof. Kaserer.

**Sv Prof. Dr. Kaserer:** Also Entschuldigung, aber das war mein erstes Statement, dass ich gesagt habe: Wenn Sie eine Steuer einführen, die die Finanzmärkte kaputtmacht, wird es nie mehr wieder eine Finanzmarktkrise geben.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** So hatte ich es auch verstanden. Herr Riess für die Deutsche Börse.

**Sv Riess (Deutsche Börse AG):** Ich kann die politische Motivation für eine Beteiligung der Finanzbranche an den Kosten der Krise sehr gut nachvollziehen und andererseits bin ich auch sehr fest davon überzeugt - ich habe vorhin ausgeführt, was für Transparenzprobleme es gibt -, dass die Finanzmarkttransaktionssteuer die Krise nicht verhindert hätte. Warum? Transparenz ist wichtig. Die transparenten Märkte haben in der Krise funktioniert. Die intransparenten Märkte, nämlich der Kreditmarkt, der Geldmarkt haben in der Krise versagt. Deshalb gibt es Bemühungen auf europäischer Ebene bspw. über eine zentrale Stelle Clearing-Transaktionen zu registrieren und ggf. dann auch besichern zu können. Das Problem ist: Hätten wir eine Finanzmarkttransaktionssteuer gehabt, dass dann Ausweichbewegungen einsetzen. Das sehen wir z. B. in Großbritannien mit dem CFD-Handel, wo bspw. der Aktienhandel für Privatanleger zunehmend in intransparente CFD-Strukturen verdrängt worden ist. Das sehen wir auch bei anderen Finanzmarktinstrumenten gerade rund um die Krise, die nicht in deutschen Abwicklungsinstitutionen wie z. B. bei uns erfasst werden, sondern die in anderen Offshore-Jurisdiktionen entsprechend verbucht werden. Eine derartige nationale Finanzmarkttransaktionssteuer hätte sicher zu Ausweichbewegungen und damit dazu geführt, dass noch weniger Transparenz in den Märkten geherrscht hätte und dass damit wahrscheinlich auch sogar die Krise noch erheblich stärker hätte sein können. Wenn eine Finanzmarkttransaktionssteuer, dann bitte mit gleichen, einheitlichen, transparenten Regeln auf einer globalen Basis. Nur im nationalen Alleingang ist so etwas nicht umsetzbar. Ich hatte vorhin ausgeführt, weniger als 2 Prozent des europäischen Aktienhandels werden von deutschen Institutionen in Deutschland gehandelt. Das zeigt, wie schwierig ein nationaler Ansatz in diesem Bereich ist.

Vielleicht noch ein kurzer Kommentar auch zu den high frequency tradern: Ich möchte auch hier bestreiten, dass high frequency trader gut oder schlecht sind. Es ist am Ende auch hier immer wieder die Frage der Transparenz. Ob ein Handel sehr schnell oder langsam ist, ist relativ unwichtig. In vielen Bereichen unseres Alltagslebens ist eine zunehmende Computerisierung, die Einzug hält. Wir alle schätzen das im Sinne einer Effizienzsteigerung. Beispielsweise gehen wir heute nicht mehr für eine Flugbuchung ins Reisebüro, sondern wir buchen online im Internet, checken im Zweifel im Internet ein und haben ein elektronisches Ticket. Es gibt viele Bereiche des Lebens - und da ist die Börse keine Ausnahme -, wo einfach eine zunehmende Computerisierung Einzug hält. Das an sich kann eine Effizienzsteigerung sein. Wenn es intransparent ist und wenn es dazu führt, dass Märkte nicht mehr, auch von den Aufsichtsbehörden, überwachbar sind, dann ist es ein Problem. Insofern aus meiner Sicht ganz klare Antwort: Die Krise hätte durch eine nationale Steuer auf keinen Fall verhindert werden können. Was hilfreich wäre, wäre eine sehr viel stärkere Transparenz über insbesondere außerbörslich gehandelte Finanzmarktinstrumente.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Vielen Dank. Herr Kollege Troost hat das Wort für die Fraktion DIE LINKE..

**Dr. Axel Troost (DIE LINKE.):** Meine erste Frage geht noch einmal an den BVI, weil mir das mit der Belastung doch keine Ruhe gelassen hat. Ich habe jetzt selber einmal ein Excel-Modell aufgebaut. Je nachdem, was man für einen Zinssatz unterstellt - wenn der nichts mit unserem zu tun hat, dann kann ich natürlich auch hohe Werte nehmen - und wenn man einmal unterstellt, es wäre ein Steuersatz von 0,1 Prozent - wohlgemerkt, das ist zehnmal soviel wie in unserem Antrag -, dann ist es in der Tat so, dass in 30 Jahren insgesamt Steuern anfallen in der Größenordnung von 5 227 Euro. Hört sich viel an. Kapital aufgebaut wird aber 364 000 Euro, d. h., 1,4 Prozent sind sozusagen dann - mal 10 wohlgemerkt von unserem Steuersatz - die Gesamtbelastung. Können Sie das erstens nachvollziehen? Das ist nämlich ein Fünftel dessen, was Sie mit 0,5 errechnet hatten. Meine Frage wäre: Was schätzen Sie denn in den 30 Jahren, was an Bankgebühren eigentlich in dieser Zeit anfällt, um dieses Kapital aufzubauen? Steht das in irgendeiner Relation zu diesen 1,4 Prozent Steuerzahlungen? Zweite Frage an Herrn Dr. Claus Meier: Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern managt wohl auch selbst Fonds, wahrscheinlich auch zur Versorgung ihrer Beschäftigten. Müssten Sie nicht von daher auch gegen eine solche Steuer sein oder was bewegt Sie, Alternativen vorzuschlagen?

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Danke schön. Wer übernimmt für den BVI? Herr Siebel, bitte.

**Sv Siebel (Bundesverband Investment und Asset Management e. V.):** Ich kann jetzt Ihre Rechnung nicht nachvollziehen. Wir kommen bei 0,1 Prozent bei einer Rendite unterstellt von 5 Prozent auf eine Bruttorendite von 155 583 Euro. Nach Abzug der Abgeltungssteuer bleiben etwa 122 000 Euro und da kommen dann auch die 1 599 Euro, die ich an Transaktionssteuer hatte, dazu. Bei der zweiten Frage: Bankgebühren fallen bei Fonds am point of sale an. Depotverwaltung: Beim Fonds selbst fällt die Verwaltungsvergütung an. Diese ist ein Entgelt für die Managementleistung des Fonds und sollte eben die Erzielung der 5%-Rendite in dem angenommenen Beispiel rechtfertigen.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Eine kurze Nachfrage des Kollegen Troost.

**Dr. Axel Troost (DIE LINKE.):** Können wir das noch einmal prozentual haben, weil ich noch im Ohr habe – wir wollen ja korrekte die Belastung haben –, dass es bei 0,5 Prozent eine Belastung von 8,5 Prozent gab. Das würde bei 0,1 Prozent dann prozentual heißen, dass es sozusagen durch fünf eben ungefähr meine 1,4 Prozent wären.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Herr Siebel, bitte.

**Sv Siebel (Bundesverband Investment und Asset Management e. V.):** In Bezug auf die eingezahlten Beiträge hatte ich meine Werte gesagt und dort sind knapp 1 600 Euro etwas über zwei Prozent.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Dann kommen wir zu Herrn Dr. Meier für das Landeskirchenamt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.

**Sv Dr. Meier (Landeskirchenamt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern):** Als der für Finanzen der evangelischen Kirche in Bayern zuständige Oberkirchenrat will ich sehr deutlich sagen, dass wir in der Tat fast unser gesamtes Kapitalvermögen, was wir haben, im Sinne einer Pensionsversorgung einsetzen an den Kapitalmärkten, um langfristig die Versorgung außerhalb unserer Haushalte finanzieren zu können. Wohl gemerkt außerhalb unserer Haushalte. Sie wissen alle, die staatlichen Haushalte machen das eigentlich ganz anders. Insofern gehen wir ganz professionell von einer asset liability-Situation und Studie aus. Wir wissen, was wir über Jahre hinweg mit unseren Bankpartnern erarbeiten müssen. Wir haben fast unser gesamtes Vermögen in Spezialfonds angelegt. Wir sind aber auf der anderen Seite kein Gewinnmaximierer, sondern ein Verpflichtungsfinanzierer, nämlich wir finanzieren unsere Versorgung. Wir sind auch der Meinung als evangelische Kirche, dass sich jeder Kapitalanleger vor seiner Kapitalanlage darüber klar sein sollte, was er denn für Ziele mit seiner Kapitalanlage hat. Wenn er Gewinnmaximierung als Ziel hat, dann muss er für sich auch Verlustmaximierung in manchen Fällen in Kauf nehmen - und zwar sein Geld verliert er dann. Er darf nicht, wie wir das in der jetzigen Situation politisch erleben, seine Gewinne individualisieren und die Verluste in den Systemen sozialisieren, weil er sozusagen zum System gehört. Von daher bin ich in einem gewissen Teil der heutigen Diskussion doch sehr nachdenklich darüber, mit welcher buchhalterischen Fragen Sie an Probleme gehen, die gesellschaftlich verursacht sind und wo wir in der Gesellschaft auch als Kirche auch am letzten Wochenende beim ökumenischen Kirchentag in München sehr großen Widerhall haben, dass sich die Menschen in diesem Lande fragen, wer motiviert eigentlich die Politik in welche Richtung und wann motiviert die Politik die Bestandteile der Gesellschaft, der Gesellschaft dienlich zu sein und nicht, was sie an Risikotragfähigkeit nicht mehr selbst verkraften können, von dort finanzieren zu lassen.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Wir danken Ihnen. Ich komme dann zu Herrn Kollegen Brinkhaus.

**Ralph Brinkhaus (CDU/CSU):** Wir nähern uns langsam dem Ende der Diskussion. Ich glaube, die Erschöpfung macht sich auch schon so ein bisschen breit.

(Zwischenruf )



**Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): Da hinten nicht – okay. Wir sind gleich noch bei Pater Alt eingeladen, also insofern – der Kampf geht weiter. Ich hätte eine Frage und zwar ganz dezidiert an zwei Herren aus der Wissenschaft, die sich pro Finanztransaktionssteuer geäußert haben - zumindest ein bisschen. Das sind Prof. Horn und Prof. Otte. Es geht einfach darum: Wir haben verschiedene Level, wo wir es einführen können. Global - da gibt es eine relativ weite Übereinstimmung. Dann die europäische Lösung und dann die nationale Lösung, um das abzuschichten. Vielleicht können Sie mir eine Einschätzung dazu geben, ob es Sinn macht, eine europäische Lösung zu machen? Macht es Sinn, wenn die nicht organisierbar ist, weil z. B. UK nicht mitmacht, eine nationale Lösung zu machen?

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Prof. Horn.

**Sv Prof. Dr. Horn:** Selbstverständlich ist die Präferenzordnung in der Frage richtig vorgegeben – global, europaweit, national. Die globale Einführung wäre das Ideal, aber natürlich entsprechend unwahrscheinlich. Gleichwohl halte ich auch viel davon, national vorzupreschen, aber auch insbesondere unter Einbeziehung der europäischen Währungsunionländer. Man würde sicherlich relativ schnell auch Frankreich mit hinzu bekommen und dann hätte man schon mit Frankfurt und Paris sehr wichtige Handelsorte. Man darf eines nicht vergessen: Für die Standortentscheidung der Trader spielt nicht nur die Transaktionssteuer eine Rolle, sondern es ist eine Mischung aus vielerlei Kosten, die auch über Lebenshaltungskosten, Steuern insgesamt, Einkommensteuern der betreffenden Leute, ein ganz großes Gemisch abgeben. Bei den geringen Steuersätzen, die hier in der Debatte sind, ist die Existenz einer Finanzmarkttransaktionssteuer wohlweislich einer der geringeren Posten, die eine Relevanz haben können. Wenn es aber für einzelne, die sehr hochfrequent am Markt tätig sind, ein sehr großer Posten ist, dann muss ich auch ehrlich sagen, würde ich jetzt, um den schlechtesten Fall zu nehmen, dass wir nur in Deutschland diese Steuer erheben, auf die Anwesenheit dieses Traders am deutschen Markt keinen Wert legen. Damit setze ich ein Signal in die Welt. Ich möchte in Deutschland vielleicht einen Premiumfinanzmarkt haben, der stabil ist. Den Ramsch können andere gerne haben. Außerdem ist das ein allgemeines Problem. Auch in England, auch in den USA wird über die Einführung einer solchen Steuer diskutiert. Die Bevölkerung dort ist mit dem Finanzmarktsektor genauso unzufrieden, wie wir es sind. Die Schäden dort sind auch so groß wie bei uns – teilweise größer –, sodass damit zu rechnen ist, wenn es diese Pionierleistung in Deutschland gibt, es andere im Laufe der Zeit nachmachen werden und damit über diese Imitation letztlich ein höherer Level der Einführung erreicht wird. Es muss also auch dynamisch gesehen werden.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Herr Prof. Otte.

**Sv Prof. Dr. Otte:** Ja, freut mich, dass Sie mich als Kollegen aus der Wissenschaft ansprechen ...

( Zwischenruf )

**Sv Prof. Dr. Otte:** ... ja – zwei Kollegen aus der Wissenschaft. Ich bin aber auch Praktiker. Ich darf hier sagen, ich manage einen eigenen Hedgefonds, der allerdings ohne Derivate und mit 100 Prozent Eigenkapital arbeitet, also sehr nachhaltig. Zum Thema internationale ...

( Zwischenruf )

**Sv Prof. Dr. Otte:** Das ist auch ein Hedgefonds – doch, das ist einer. Ich erkläre es Ihnen nachher.

( Gelächter )

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Das machen Sie dann aber nachher bilateral. Jetzt gehen Sie bitte auf die Frage weiter ein.

**Sv Prof. Dr. Otte:** Zum Thema international einführen: Wir sind als Deutschland zweit- oder drittgrößter Produzent von Sparkapital in der Welt. Hier sind wir noch eine Weltmacht. Das Thema deutsche Interessen - europäische Interessen verwechseln wir manchmal ein bisschen. Natürlich gibt es da viele Schnittmengen, aber es gibt auch Divergenzen. Also England würde wahrscheinlich bei einer Verschärfung nicht mitziehen. Industriepolitik für England ist Politik für die Finanzbranche. Industriepolitik in Deutschland ist Politik für die noch vorhandene Industrie und den noch vorhandenen Mittelstand, den wir auch stärken müssen. Deutschland alleine könnte vielleicht sogar Vorreiter spielen. Es würden einige marginale Geschäfte in der Tat abwandern, also ein paar hochspekulative Geschäfte wären weg. Das müssten wir in Kauf nehmen. Besser wäre es, wenn Frankreich dabei wäre, wenn Österreich dabei wäre, wenn zwei, drei andere Länder dabei wären, aber schon alleine auf die ganze EU dürfen wir nicht warten. Vielleicht schaffen wir es in der Eurozone, aber wenn wir alleine auf die EU warten, dann wird es nie etwas.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Danke schön. Gerhard Schick.

**Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine erste Frage würde sich an die Sachverständigen in ihrer Gesamtheit richten, ob es noch jemanden von den Sachverständigen gibt, der der These widerspricht, dass bei einer 0,01-prozentigen Finanzumsatzsteuer die Belastungen für den durchschnittlichen Kleinanleger mehr als ein einstelliger Eurobetrag pro Jahr ist. Wenn es jemanden gibt, möchte ich ihn bitten, das noch einmal darzulegen.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** An wen richtet sich die Frage?

**Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte wissen, wer von den Sachverständigen dieser These noch widerspricht, nachdem nach meiner Ansicht die Zahlen jetzt geklärt worden sind. Dem möchte ich die Gelegenheit geben, dazu Stellung zu nehmen.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Gibt es jemanden, der dazu antworten möchte? Ja, bitte.

**Sv Dr. Boschan (Baden-Württembergische Wertpapierbörse GmbH):** Wir als führende Privatanlegerbörse sehen natürlich vor allen Dingen die Belastung für diese Sparer, die am Ende der Transaktionskette das zahlen werden. Ich kann mich als Geschäftsführer einer Börse, die erklärtermaßen sich dieser Sparergruppe verpflichtet fühlt, nur sehr wundern über diese Diskussion und auch über alle, die das Argument pflegen, der Privatanleger werde durch eine solche Steuer nur gering belastet. Die Frage ist: Warum wird er überhaupt belastet? Warum wird er überhaupt belastet?

( Zwischenruf )

**Sv Dr. Boschan (Baden-Württembergische Wertpapierbörse GmbH):** Nein. Warum wird eine Gruppe überhaupt belastet, die nicht ansatzweise – nach keiner Betrachtungsweise – auch nur in die Nähe von Spekulation gerückt werden kann?

( Zwischenrufe )

**Sv Dr. Boschan (Baden-Württembergische Wertpapierbörse GmbH):** Um zum Ende zu kommen, wir haben natürlich Beispielrechnungen in unserem Haus angestellt. Ich kann Ihnen die Zahl für den 0,05-prozentigen Vorschlag geben. Das ist eine Mehrbelastung unserer Klientel, die erklärtermaßen sich nur aus dieser Privatanlegerschaft speist: Für 0,05 Prozent

ist das eine Mehrbelastung der Privatsparer von einer halben Milliarde Euro. Wohlgermerkt, hier geht es nicht um die großen Institute. Hier geht es ausschließlich um den kleinen Sparer, der im Bereich von 5 000 Euro bis 10 000 Euro eine Order bei uns platziert. Deswegen kann ich nur dringend anheimstellen, in die Überlegungen einen Ausnahmetatbestand für diese Sparergruppe mit einzuschließen. Dieser Ausnahmetatbestand hätte natürlich notwendigerweise auch die Intermediäre mit einzuschließen, die mit der Privatanlegerorder am Handelsplatz vorstellig werden.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Jetzt sind wir ein bisschen außerhalb des üblichen Verfahrens gewesen. Ich kann das jetzt so machen, dass ich noch eine Wortmeldung zulasse aus dem Plenum der Sachverständigen. Die nächste war Herr Schackmann-Fallis und dann gehen wir wieder zur nächsten Fragestellung über. Ich habe das jetzt einfach der Reihe nach gemacht, wie ich die Wortmeldungen gesehen habe. Ich bitte um Verständnis.

**Sv Dr. Schackmann-Fallis (Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Dr. Schick, ich glaube, man sollte ganz nüchtern einmal anschauen, welche Möglichkeiten wir auch ansonsten im Steuerrecht auf entsprechende Problemsituationen anwenden. Sie haben verschiedene Möglichkeiten, die alle in anderen Zusammenhängen erprobt sind, die Kleinsparer, wie Sie sie hier genannt haben, von entsprechenden Belastungen auszunehmen. Das wird dann sehr technisch, wenn man das im einzelnen durchdekliniert, aber Sie können produktbezogene Ausnahmen machen, Sie können eine Umsatzgrenze für einzelne Transaktionsumsätze machen, Sie können eine Umsatzgrenze innerhalb eines einzelnen Jahres einführen und Sie können auch das Verfahren bei den Transaktionen ausgestalten. Da kennen die Steuerrechtler eine ganze Menge von – ich will das nicht im einzelnen ausführen – sehr, sehr technischen Möglichkeiten, die verhindern würden, dass entsprechende Belastungen am Ende der Kette beim Kleinsparer ankommen.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Besten Dank. Die nächste Wortmeldung ist Herr Sieling von der SPD-Fraktion.

**Dr. Carsten Sieling (SPD):** Ich möchte jetzt noch einmal auf die kontroverse Frage kommen, welche Bedeutung eine Finanztransaktionssteuer für die Finanzierung der Wirtschaft hätte. Prof. Kaserer hat eben sehr schön zugespitzt aus seiner Sicht gesagt, dass quasi die Finanzmärkte zusammenbrechen würden und auch in den Stellungnahmen von Deutsche Bank und Bundesverband der Banken liest man, dass die Kapitalfinanzierung belastet und schwieriger würde. Auf der anderen Seite habe ich heute Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser gelesen, der sagt, eine Transaktionssteuer kann ein richtiger Weg sein, um Erträge der reinen Finanzprodukte nicht zu weit von denen der Finanzierung der Realwirtschaft auseinanderdriften zu lassen. Die Idee sollte nicht mit ausschließlich ideologischen Reflexen vom Tisch gewischt werden. Kannegiesser spricht sich eher dafür

aus, dass es die Realwirtschaft stärken würde. Meine Frage geht an Prof. Horn. Ich sage es einmal salopp: Mehr Ackermann oder mehr Kannegießer - wo liegt die Wahrheit an diesem Punkt? Meine zweite Frage geht an Pater Dr. Alt. Wir haben schon ein wenig gehört, wie gesellschaftlich diese Frage auch gesehen wird und bei einer steuerpolitischen Frage ist das immer von großer Bedeutung. Deshalb würde ich Sie bitten, uns einmal darzulegen, wie das im Bereich der Kirchen am vergangenen Wochenende im ökumenischen Kirchentag, aber auch insgesamt gesellschaftlich aus Ihrer Sicht gesehen wird und ob es eine Unterstützung für eine Finanztransaktionssteuer auch jenseits der guten ökonomischen Argumente gibt.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Herr Prof. Horn.

**Sv Prof. Dr. Horn:** Ich will diese Frage jenseits der Personalisierung versuchen zu beantworten. Wenn einzelne oder auch eine ganze Menge Banken, wie wir wissen, Eigenkapitalrenditen von 25 oder 30 Prozent als Ziel sich vorgeben und tatsächlich auch erreichen, dann liegt diese Rendite weit über jener langfristigen inneren Produktivität und Rentabilität des realwirtschaftlichen Sektors. Das hat eine logische Konsequenz: Wenn dies über einen längeren Zeitraum möglich ist, dann lebt der Finanzsektor auch auf Kosten der Realwirtschaft, weil er deren Rendite teilweise abschöpft über die Finanzmarkttransaktion. Das ist genau das, was im letzten Jahrzehnt passiert ist. Das erklärt auch, warum die realwirtschaftliche Investitionstätigkeit, also in Ausrüstungen, Maschinen, Fabriken gemessen an dem, was angesichts der sonstigen Rahmenbedingungen möglich gewesen wäre und was man hätte erwarten können, so schwach war. Insofern wird ein stärker regulierter Finanzsektor, wo die Regulierungen die Anreize setzen, mehr das Brot- und Buttergeschäft einer aus Finanzmarkttransaktionssicht relativ langweiligen Ausleihe an Unternehmen zu betreiben, die Realwirtschaft in der Tat stärken. Ich erwarte mir von einer besseren Finanzmarktregulierung in allen ihren Facetten - nicht nur über die Finanzmarkttransaktionssteuer - in allen ihren Facetten tatsächlich, dass die relative Rendite in realwirtschaftliche Investitionen im Vergleich zu Finanzmarktinvestitionen steigt und dass damit Investitionen in Ausrüstung und Maschinen wieder attraktiver werden anstatt Investitionen in Finanzmarktaktivitäten und das würde nicht nur der deutschen Wirtschaft, sondern der globalen Wirtschaft gut bekommen.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Besten Dank. Herr Dr. Alt, Sie haben das Wort.

**Sv Pater Dr. Alt:** Ich würde gerne den ersten Teil der Frage selbst beantworten, den zweiten Teil der Frage an Herrn Kuschnerus von der GKKE übergeben. Was die Stimmung aus der Bevölkerung betrifft, da habe ich schon gesagt, dass die Kampagne davon überrascht gewesen ist, weil wir eigentlich nicht gedacht hätten, dass wir innerhalb kürzester Zeit 66 000 Unterschriften hinter diese doppelte Forderung kriegen, und zwar die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer als auch, dass die Gewinne aus dieser Steuer zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden sollen. Was hätte im Grunde genommen einen deutschen

Bürger motivieren sollen, das zu unterschreiben, wenn er sich damit selber ins Fleisch schneidet? Irgendwie habe ich den Eindruck, dass in der deutschen Bevölkerung das Gefühl schon sehr verbreitet ist, dass die Falschen für die Krise zahlen und die Falschen mit den Gewinnen davonkommen und dass dagegen etwas getan werden muss. Wie gesagt, es ist nicht nur das Faktum, dass innerhalb kürzester Zeit 66 000 Leute diese Petition mitgetragen haben - und deswegen sitzen wir heute ja hier, wegen dieser Petition und dem, was im Bundestag aufgrund dieser Petition in Gang gekommen ist. Von daher ist das sicherlich zu bedenken, wenn wir nicht wollen, dass es bei uns auf den Straßen zugeht, wie in Griechenland, weil die Leute einfach zunehmend frustriert werden und das Gefühl haben, jetzt haben wir eine Petition unterschrieben, jetzt wird groß geredet, aber es wird nichts entschieden und es geht so weiter wie bisher, dass wir die Zeche zahlen müssen, dann kann ich nur auch wieder in Erinnerung rufen, dass die Gesellschaft, der Staat von Voraussetzungen lebt, die er nicht selber schaffen kann. Hier geht es um eine Legitimationskrise, wie auch Präsident Köhler gesagt hat, hier geht es um die Glaubwürdigkeit unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells. Was die Position der Kirchen innerhalb dieser Kampagne betrifft, da möchte ich an Herrn Kuschnerus übergeben, der für beide Kirchen sprechen kann.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Bitte, Herr Kuschnerus.

**Sv Kuschnerus (Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung):** Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung ist eine Initiative der beiden großen Kirchen in Deutschland und als Teil der katholischen Weltkirche und des ökumenischen Rats der Kirchen sind wir mit kirchennahen und säkularen NRO in praktisch allen Teilen der Erde verbunden. Wir vertreten dabei die biblische Option für die Armen und möchten uns in erster Linie zur Verwendung der mit der Steuer generierten Mittel zu Wort melden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist offensichtlich und darum diskutieren wir hier auch so heftig und intensiv. Das ist bei der Klimakrise und der globalen Erderwärmung überhaupt nicht der Fall. Unter deren Auswirkungen leiden aber bereits heute die Menschen im Süden massiv. Die dritte Krise, die Ernährungskrise, der Skandal des Hungers, der bittere Geschmack der Armut, des Verhungerns, das liegt in unserer Wahrnehmung in ganz weiter Ferne. Aber diese Krise ist real und sie hat durch die Finanzkrise noch weiter dramatisch zugenommen. Über 1 Mrd. Menschen leidet an Hunger und durch massiv gestiegene Nahrungsmittelpreise und hohe Energie- und Transportkosten hat sich die Situation weiter verschärft. Wir plädieren als Kirchen deshalb dafür, umgehend und rasch zu handeln, um diese drei Krisen einzudämmen. Dazu bedarf es nicht allein, aber eben auch, erheblicher finanzieller Mittel, die in den Haushalten der Industrienationen nicht vorhanden sind. Wir brauchen also neue Finanzierungsinstrumente, auch für den Klimaschutz und für die Entwicklungsfinanzierung. Bis heute hält die Bundesregierung und halten die G8-Staaten an dem Ziel fest, bis 2015 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungsfinanzierung und zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele aufzubringen. Aber wie soll dieses Ziel je erreicht werden? Große Teile der Zivilgesellschaft und der Kirchen in Deutschland fordern deshalb: Haltet dieses Versprechen. Das Versprechen kann erfüllt werden, wenn Teile der Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer auch in den

Klimaschutz und in die Entwicklungsfinanzierung und weltweite Armutsbekämpfung fließen.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Wir danken Ihnen, Herr Kuschnerus. Das Wort hat Frau Kollegin Barbara Hendricks.

**Dr. Barbara Hendricks (SPD):** Ich habe eine Frage an Prof. Dr. Otte und an Frau Dr. Schratzenstaller-Altzinger vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung. Ich würde gerne von Ihnen hören, es wird sehr häufig behauptet, dass die Einführung einer Finanztransaktionssteuer außerordentlich bürokratieaufwendig sei. Wie ist Ihre Meinung dazu? Wie und auf welche Art und Weise lässt sich eine Finanztransaktionssteuer händeln?

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Herr Prof. Otte bitte.

**Sv Prof. Dr. Otte:** Die Argumente sind schon ein paar mal ausgetauscht worden. Also natürlich haben die Banken, haben die Clearing-Stellen, haben die Börsen hervorragende IT-Systeme. Da muss man eine Stelle, also einen tag ergänzen, dann hat man es erfasst. Die Devisen können über die Notenbanken gemacht werden, die Börsengeschäfte über die Börse und dann gibt es natürlich vieles, was over the counter ist und was nicht börsennotiert ist. Dann muss die Steuer auf die Produktion, also auf die Emission solcher Produkte her. Das kann man ganz einfach erfassen. Die Produkte sind ja auch erfasst. Ich möchte für eine Minute an Sony Kapoor weitergeben, der noch viel tiefer im Thema ist.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Bitte, Herr Kapoor.

**Sv Kapoor (Re-Define):** Vielen Dank. Wie bereits erwähnt, handelt es sich bei der Continuous Linked Settlement Bank und SWIFT um internationale Institutionen. Was die Herren, die dies erwähnten, jedoch vergessen oder absichtlich verschwiegen haben, ist der Umstand, dass die Continuous Linked Settlement Bank (CLS Bank) gemäß ihrer Satzung das nationale Recht aller Länder beachten muss, in deren Währung sie Geschäfte abwickelt. Das gilt immer – ob bei Geschäften in norwegischen Kronen, Euro oder britischen Pfund. Wenn die Zentralbank der CLS Bank vorschreibt: «Ziehen Sie eine Steuer von 0,5 Basispunkten ein», dann muss die CLS dies gemäß dem rechtlichen Rahmen, in dem sie gegründet wurde, auch tun. In Bezug auf SWIFT denke man nur an den Streit mit den USA in Bezug auf Daten im Zusammenhang mit dem Terrorismus etc. ... Der springende Punkt ist, dass auch SWIFT ein Unternehmen ist, das eine internationale Eigentümerstruktur hat, in der Europäischen Union reguliert wird und der Aufforderung, relevante Mitteilungen auf Verlangen der betreffenden nationalen Behörden weiterzuleiten, nachkommen wird, sofern diese zur

Erfüllung nationaler aufsichtlicher Pflichten dienen, zu denen auch die Zahlung einer Finanztransaktionssteuer zählen würde. In diesem Zusammenhang möchte ich Lord Turner, den Vorsitzenden der FSA, zitieren. Bei einem gemeinsamen Mittagessen sagte er mir kürzlich: „Sie haben völlig Recht. Manches, was wir tun, wird eine stärkere Nutzung des Clearings über zentrale Kontrahenten sowie Handelsverwahrstellen und eine klare Veröffentlichung nach dem Handel erfordern.“ An und für sich tragen beide dazu bei, dass eine Steuerordnung durchsetzbar ist. Doch allein der Prozess der Durchsetzung eines Besteuerungssystems – einer der Gründe, warum wir zum Beispiel überhaupt etwas über CO<sub>2</sub>-Emissionen wissen – ist bereits sehr nützlich für uns, um diese Transaktionen zu besteuern. Fakt ist, dass Indien und Brasilien die Finanztransaktionssteuern sehr kreativ nutzen – nicht einfach nur, um Steuereinnahmen zu erzielen, sondern auch um gleichzeitig der Steuerhinterziehung einen Riegel vorzuschieben. Schließlich möchte ich noch erwähnen, dass sich die Vorschriften und Bestimmungen für das Finanzwesen sehr viel umfassender ändern als je zuvor, außer vielleicht nach der Weltwirtschaftskrise. Wir wirken an deren Ausarbeitung zum Teil mit und wissen daher genau, wovon wir sprechen. Ich kann Ihnen sagen, dass die hier geäußerten Behauptungen, z. B. dass Transaktionen in andere Länder oder Regionen verlagert werden oder verschwinden oder künftig intern abgewickelt werden etc., einfach nicht stimmen. Wer so etwas ein Jahr nach Inkrafttreten dieser neuen Vorschriften und Bestimmungen macht, wird etwas Illegales tun und gefährdet seine Zulassung.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Frau Dr. Schratzenstaller-Altzinger vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung.

**Sve Dr. Schratzenstaller-Altzinger (Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung):** Vielen Dank noch mal für die Gelegenheit. Ich kann dem nicht mehr sehr viel hinzufügen. Ich denke auch, dass die technisch-administrativen Voraussetzungen für die Implementierung gut sind. Beim Börsenhandel sowieso, weil alles elektronisch abgewickelt wird. Aber auch bei den sonstigen Transaktionen ist es so, dass alle Transaktionen heutzutage mehr oder weniger mehrfach erfasst sind durch diverse Informations-, Überwachungs-, Clearing-, Settlement-Systeme usw. ein großer Teil dieses Handels ist hoch formalisiert, hoch standardisiert, zum Teil hoch zentralisiert. Es ist schwer - weil vorher nach dem Verwaltungsaufwand gefragt worden ist -, den zu schätzen. Also ich denke, auch eine seriöse Schätzung ist nicht möglich. Es gibt eine Schätzung für diese britische stamp duty, wonach sie die verwaltungsökonomischste Steuer ist, was auch ganz klar ist, weil man sie eben durch dieses elektronische System an der Börse sehr problemlos abwickeln kann. Eine allgemeine Finanztransaktionssteuer würde wohl etwas höhere Verwaltungskosten verursachen, weil man unterschiedliche Transaktionen hat, zum Teil auch außerbörsliche Transaktionen. Insgesamt würde sich der Verwaltungsaufwand doch in überschaubaren Grenzen halten und das Ganze wird auch untermauert durch die Einschätzungen der Europäischen Kommission. Es gab Anfang Dezember eine Anhörung vom Wirtschafts- und Währungsausschuss im Europäischen Parlament, wo die Europäische Kommission eine ähnliche Einschätzung hatte, dass der Verwaltungsaufwand eher gering wäre. Und auch der IWF schreibt in seinem



Zwischenbericht, dass der Verwaltungsaufwand und die technische Implementierung, nicht die zentralen Probleme einer Finanztransaktionssteuer wären.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Besten Dank. Herr Kollege Schick.

**Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Meine erste Frage an Herrn Kapoor noch einmal zum Verhältnis der verschiedenen Vorschläge, die im Raum sind. Die Financial Activity Tax, die Financial Transaction Tax und Bankenabgabe - ergänzen die sich oder sind sie nur alternativ zu machen? Vor allem finde ich noch mal die Frage wichtig, welche Größenordnung kann man jeweils eigentlich erwarten? Ich hatte jetzt manchmal in der Diskussion den Eindruck, dass von der Größenordnung auch Äpfel mit Birnen verglichen werden.

Meine zweite Frage würde ich gerne Herrn Hoffmann vom BVR stellen – ich sehe aber, dass er inzwischen gehen musste –, vielleicht kann Herr Möller da eingreifen: Ich fand den Punkt interessant, zu sagen, dass die räumliche Verteilung der Einnahmen sehr unterschiedlich ist. Jetzt haben wir in unserem Antrag vorgeschlagen, dass man ein Verfahren nimmt, wie bei den Zolleinnahmen der Europäischen Union: Dass es nämlich von der Europäischen Union mit einem Selbstbehalt des Mitgliedstaats vereinnahmt wird. Wäre das eine Lösung für die Bedenken, die Sie vorgetragen haben oder wäre es das nicht?

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Besten Dank. Ich würde die beiden Angesprochenen bitten, sich jetzt kurz zu fassen im Hinblick auf die noch verbliebene Zeit. Herr Kapoor, Sie haben das Wort.

**Sv Kapoor (Re-Define):** Kurz gesagt: Ideal wäre es, wenn das Finanzsystem keine Steuer zahlen müsste. Und das meine ich wirklich ernst, denn der Umstand, dass wir eine Steuer für sehr hohe Renditen vom Finanzsektor erheben müssen, bedeutet, dass die Regulierungsänderungen, die Wettbewerbsänderungen, die wir mit Bezug auf das Finanzsystem vornehmen, nicht genügen. Es gibt absolut keine wirtschaftliche, finanzielle Rechtfertigung, warum das Finanzsystem eine Kapitalrendite von 25 Prozent erzielen sollte. Das ist nur möglich ... Das war nur möglich durch eine Erhöhung des Fremdkapitalanteils, eine Zunahme der Laufzeitinkongruenzen, eine höhere Komplexität und eine geringere Transparenz – das alles sind Faktoren, die das systemische Risiko erhöhten, für das die Realwirtschaft die Kosten zu tragen hat. Meine Empfehlung lautet daher ... Meine erste Empfehlung lautet daher: Wenn etwas gegen das problematische Anreizsystem im Finanzsektor unternommen werden kann, bei dem jemand bei Zugewinnen hohe Boni kassiert, bei Rückgängen aber nicht am Verlust beteiligt wird, dann wäre das der erste Schritt. Die gegenwärtigen Empfehlungen der FSA gehen da absolut nicht weit genug. Ihnen zufolge würden lediglich die Boni nach oben begrenzt. Wir haben eine Gesetzesvorlage ins

Europäische Parlament eingebracht, um Boni auf 50 Prozent des Basisgehalts zu begrenzen. Ich weiß nicht, ob diese Vorlage letztlich Gesetzeskraft erlangen wird. Falls ja, würde damit aber bereits eine beträchtliche Zahl der Probleme angegangen. Da dies nicht wahrscheinlich ist, möchte ich nun zur Bankenabgabe und zur Finanztransaktionssteuer kommen... Sie wurden in den Medien und von Politikern als Entweder-Oder-Lösungen dargestellt. Das ist völlig falsch. Bei Bankenabgaben und Finanztransaktionssteuern ist die Steuerbasis jeweils eine andere. Die Bankenabgabe bezieht sich hauptsächlich auf die Bilanzen von Geschäftsbanken – auf Bilanzen mit einer Bilanzsumme von hundert Billionen US-Dollar. Wir bevorzugen und haben dem Fonds und den Finanzministerien vorgeschlagen, dass diese Abgaben nur auf unbesicherte kurzfristige Verbindlichkeiten erhoben werden, damit sie nicht die Gesamtbilanz, sondern nur das systemische Risiko reduzieren. Doch zusätzlich dazu die Finanztransaktionssteuer... Wenn es keine Finanztransaktionssteuer, sondern nur eine Bankenabgabe gibt, werden letzten Endes allein die kleinen und mittelständischen Unternehmen und die Verbraucher, die für Kredite auf Banken angewiesen sind, die Zeche zahlen. Große Finanzkonzerne und Konglomerate sowie multinationale Unternehmen, die ihr Kapital an den Finanzmärkten aufnehmen, kommen um eine Steuer herum. Tatsächlich würde das letztlich zu einer regressiven Situation führen. Doch Finanztransaktionssteuern und Bankenabgaben sind komplementäre Maßnahmen, bei denen die Sätze angepasst werden können, um ein Einnahmeziel zu erreichen. Und natürlich wollen wir keine Transaktionen aus den Bilanzen der Banken in das Schattenbankensystem drängen. Deshalb ist die Finanztransaktionssteuer so wichtig.

Abschließend möchte ich erwähnen, dass es mehrere Gründe gibt, warum ein System mit Finanztransaktionssteuern Probleme angehen wird, die die aktuellen Aufsichtssysteme nicht angehen. Wenigstens beim Thema Liquiditätsinkongruenz gibt es die Basler Empfehlungen zu zwei Liquiditätskennzahlen, die einige der Probleme angehen, aber eben nicht alle. Deshalb brauchen wir Bankenabgaben nach wie vor. Diese könnten aber eventuell geringer sein, als wenn es die Empfehlungen nicht gäbe. Doch eine Finanztransaktionssteuer betrifft die Finanzmärkte, die meist abseits von Banken existieren und an denen überwiegend Hedgefonds, high frequency trader und Investmentbanken beteiligt sind. Genau deshalb müssen beide Maßnahmen zusammen ergriffen werden und nicht die eine *oder* die andere.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Herr Dr. Möller.

**Sv Dr. Möller (Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V.):** Vielleicht ganz kurz: Wichtig ist für uns auf jeden Fall, dass zunächst eine Finanztransaktionssteuer, wenn man sie denn in Betracht zieht, den gesamten Euro-Raum betrifft. Zur Frage, ob dann etwa im Rahmen der Verteilung das Zolleinnahmesystem greifen könnte, liegen uns keine Erkenntnisse vor, aber ich würde das durchaus für einen interessanten Vorschlag halten.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Frau Kaul, Sie sind noch nicht zu Wort gekommen. Ich würde Ihnen gerne Gelegenheit geben, auch noch Ihre Sicht der Dinge vorzutragen.

**Sve Dr. Kaul (Hertie School of Governance GmbH):** Das ist sehr nett von Ihnen. Vielen Dank dafür. Ich habe den Ausführungen heute Nachmittag hier mit großem Interesse gelauscht. Ich muss sagen, ich bin etwas enttäuscht. Ich habe wenig Neues, wenig Konkretes gehört und deshalb habe ich zwei Vorschläge, die ich Ihnen gerne unterbreiten würde. Der erste Vorschlag wäre, dass wir uns systematischer überlegen müssen, welche Zielvorstellungen wir haben. Da gibt es zwei Zielvorstellungen: Einmal den Finanzmarkt zu beruhigen und zu stabilisieren und zum zweiten eine Finanzpolitik für das 21. Jahrhundert langsam zu entwickeln und uns zu überlegen, wie wir demnächst unsere Ressourcen mobilisieren. Ich würde vorschlagen, dass für jedes dieser Hauptziele wir eine ganze Batterie von Instrumenten uns überlegen und die dann systematisch vergleichen. Es ist nicht möglich, dass wir hier isoliert von einer Finanztransaktionssteuer sprechen. Wir müssen sie vergleichen zu Regulierungsmaßnahmen, zu den bestehenden Instrumenten, die wir haben, auch das wäre durchaus möglich, und getrennt für beide Zielvorstellungen. Vielleicht können manche Instrumente dann auch beide Ziele verwirklichen. Gleichzeitig würde ich aber vorschlagen, dass diese Untersuchung einerseits auf deutscher Ebene vorgenommen wird. Aber andererseits, wenn wir jemals klar sehen wollen, welche Instrumente international machbar sind und welche nur national, dass wir auch daran denken im Rahmen der G20 vielleicht eine internationale Expertenkommission zu befördern. Mein zweiter Vorschlag: Mir ist ehrlich gesagt ein Spatz in der Hand lieber, als eine Taube auf dem Dach. Deshalb sehe ich eine Finanztransaktionssteuer - wie ich in meiner schriftlichen Ausführung darlege -, die machbar ist, die sinnvoll ist und auch vorwärts schauend ist. Das ist eine Solidaritätsabgabe auf Devisengeschäfte. Warum schlagen wir diese Maßnahme vor? Einmal, weil Devisengeschäfte sehr zentral ablaufen. Wir haben schon häufiger auf die CLS verwiesen, auf die zentrale Settlement-Plattform in London. Wenn wir da eine leichte Abgabe einführen würden, dann wäre das wie folgt machbar: Man könnte im Rahmen von Basel III sagen, dass Großbanken, die sich von dieser Plattform wegbewegen, eine höhere Kapitaleinlage hätten, die wahrscheinlich teurer wäre, als eine 0,05 Prozent-Steuer in London zu bezahlen. Aber wie kommen wir auf diese Idee dieser globalen Solidaritätsabgabe und warum nennen wir sie Solidaritätsabgabe? Der Grund dafür ist der folgende: Fast alle transnationalen ökonomischen Aktivitäten, irgendwann hängen sie mit Devisengeschäften zusammen. Wir würden die Banken auffordern, diese Abgabe so weit wie möglich durchs System zu verteilen, sodass am Ende des Tages wir eine globale Solidaritätsabgabe hätten, die von der globalen Öffentlichkeit bezahlt wird. Diese Gelder könnte man verwenden für Klimafragen, für globale Krankheitsfragen, um Finanzmärkte, Kapazität in Entwicklungsländern, Emerging Markets zu stärken. Viele Möglichkeiten sind denkbar. Das Geld, wenn Sie, die Politiker, sich dazu entscheiden würden, könnte an die Weltbank fließen und von da aus könnten wir es verteilen. Das Ergebnis wären ungefähr 30 Milliarden an Einsparungen, die wir national hätten. So müssen wir diese Steuer sehen. Das wären meine zwei konkreten Vorschläge, aber ich finde, mehr Arbeit ist notwendig.

**Vorsitzender Dr. Volker Wissing:** Wir danken Ihnen. Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Anhörung. Ich darf mich herzlich bedanken für die Disziplin und die Aufmerksamkeit. Ich danke allen, die ihren Sachverstand zur Verfügung gestellt haben. Es ist für uns sehr wertvoll für die weiteren Beratungen. Ich danke auch den Dolmetschern, die konzentriert übersetzt haben. Die Kolleginnen und Kollegen des Finanzausschusses darf ich noch darauf hinweisen, dass unsere Ausschusssitzung am Mittwoch in dieser Woche erst um 14.00 Uhr aus den bekannten Gründen beginnt. Wir haben noch die Übung aus der letzten Sitzungswoche. Damit sind wir am Ende dieser Sitzung, die ich hiermit schließe.

Ende 16.03 Uhr

Up/Boe/Fre/Was